Neue Solidaritätsaktionen mit den verhafteten Genossen der KPD/DDR, S. 8/9

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 47 vom 26. November 1982 16. Jahrgang 1 DM

Pershing II jetzt angriffsbereit

Die Pläne des Raketenkanzlers

„Der Aufstellungs-Kanzler". Mit diesem Titel versah dieser Tage die „Baltimore Sun" den bundesdeutschen Kanzler Helmut Kohl. Sie brachte damit kurz und bündig zum Ausdruck, welchen Eindruck Kohl während seines USA-Besuches hinterlassen hat: Er ist ein Mann, der um jeden Preis und ganz wie es dem Willen der Reagan-Regierung in Washington entspricht, die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 in der Bundesrepublik durchsetzen will.

Die Vorbereitungen in den geplanten Stationierungsorten laufen bereits. Und nun scheint ja auch der Hauptgegenstand des Interesses endlich voll einsatzfähig zu sein: Im dritten Anlauf brachten die Amis den ersten erfolgreichen Testflug einer Pershing II, deren Atomsprengkopf diesmal noch eine Attrappe war, zustande. 111 Millionen Dollar bewilligte der US-Kongreß inzwischen für die Weiterentwicklung dieses Raketentyps.

Die neue Bundesregierung, das machte Kohl auch in den USA sehr deutlich — ihm war ja auch daran gelegen, Reagan in allen Punkten möglichst gefällig zu sein — tritt dafür ein, bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen im Sinne der Amerikaner sofort und ohne neue Absprachen oder große Formalitäten mit der Stationierung zu beginnen. Und wo selbst ein Helmut Schmidt, maßgeblich verantwortlich für den sogenannten Doppelbeschluß der NATO, das Auftreten der US-Delegation in Genf mit „nur for show" kennzeichnete, erklärte Kohl im offiziellen Kommuniqué sein „volles Vertrauen in die amerikanischen Verhandlungsbemühungen".

Wenn man also die Bundesregierung nach Belieben handeln läßt, dann werden diese Raketen im nächsten Jahr in Deutschland stehen. Wobei die Zahl der Raketen (und die der Sprengköpfe) noch immer nicht klar ist. Vor kurzem erst hatte die Fernsehgesellschaft ABC gemeldet, jede Abschußrampe in Westdeutschland solle mit zwei statt mit nur einer Rakete bestückt werden. Die US-Regierung ließ daraufhin zwar beteuern, sie habe nicht die Absicht, die tatsächlich vorhandene „Nachladekapazität" der mehrfach verwendbaren Rampen zu nutzen, aber einen Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben Erklärungen aus dieser Quelle grundsätzlich nicht.

Helmut Kohl brachte in Washington bei seiner Darstellung der aktuellen politischen Situation in der Bundesrepublik auch die Hoffnung zum Ausdruck, über die angeblich im März vorgesehenen Neuwahlen von der westdeutschen Bevölkerung ein ausdrückliches Votum für seine Raketenpolitik zu erhalten. „Die Wähler müssen ihr Wort dazu sprechen", sagte er.

In der Tat, das müssen sie. Aber der Wahltag entscheidet in keinem Fall darüber, ob den Plänen der Kriegstreiber tatsächlich der Weg verstellt werden kann. Das wird sich in Massenaktionen auf der Straße entscheiden müssen, auch und gerade an den vorgesehenen Stationierungsorten; Aktionen, die getragen werden müssen von den Werktätigen, für die in den Betrieben, in den Gewerkschaften und durch die Gewerkschaften geworben werden muß. Tragen wir unser Teil dazu bei.

Warnstreiks und andere Protestaktionen der Belegschaften verschiedener Betriebe signalisierten in den letzten Tagen die Kampfbereitschaft vieler Kolleginnen und Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung durch Stillegungen und Entlassungen. Das Bild oben zeigt eine Protestversammlung von 600 MAN-Kollegen am 18. 11. gegen die beabsichtigte Stillegung des Hamburger Motorenwerkes. Ebenfalls etwa 600 Kollegen beteiligten sich am 19. 11. am Warnstreik bei Bosch in Reutlingen-Rommelsbach. (Siehe Bericht auf Seite 3.)

Bestechung und Steuerhinterziehung

Flick feuert seine Top-Manager

Zu einem spektakulären Schritt hat sich letzte Woche Friedrich Karl Flick, Inhaber des größten westdeutschen Industrievermögens in Familienbesitz, entschlossen. Er feuerte seine beiden Top-Manager Eberhard von Brauchitsch und Hanns Arnt Vogels.

Den Hintergrund dieser ungewöhnlichen Aktion bildet die seit langem schwelende Bestechungsaffäre: Als Flick 1975 ein Daimler-Aktienpaket in Höhe von zwei Milliarden Mark verkaufte, hatten ihm Bonner Minister (u.a. Friderichs, Lambsdorff und Matthöfer) ein völligen Steuernachlaß gewährt und waren dafür offenbar durch großzügige Spenden belohnt worden.

Die Bonner Staatsanwaltschaft, die gegen Konzernbosse und Minister gegenwärtig wegen Verdachts auf Bestechung ermittelt, fand — wie jetzt bekannt wurde — bei einer Durchsuchung der Konzernbüros brisantes Material: handschriftliche Notizen von Eberhard von Brauchitsch, aus denen eindeutig hervorgeht, daß der schmutzige Handel zwischen Bonn und dem Konzern noch nicht einmal von den unternehmerfreundlichen Steuer- und Subventionsgesetzen gedeckt war. Flick muß nun auch mit einem Verfahren wegen Steuerhinterziehung rechnen, und vor allem für Lambsdorff, der die kriminellen Aktionen des Konzerns maßgeblich ermöglicht hat, sieht die Sache nun sehr finster aus.

Mit der Entlassung seiner Manager will sich Flick nun offenbar rechtzeitig aus der Affäre ziehen. Aber das darf nicht durchgehen. Gegen alle Beteiligten an der Spendenaffäre muß nun endlich Anklage erhoben werden.

Brandanschläge auf türkische Familien

WOLFENBÜTTEL. — Bei einem Wohnungsbrand in Wolfenbüttel kamen vier Türken ums Leben. Einem nächtlichen Brand in einem Ulmer Wohnheim entkamen zahlreiche türkische Familien nur durch viel Glück. In beiden Fällen spricht auch die Polizei von Brandstiftung, will allerdings keine Anhaltspunkte für politische Motive sehen.

Brandanschläge auf Ausländerwohnungen aber gehören zu den Aktionen faschistischer Terrorbanden, wie sie zum Beispiel von den Deutschen Aktionsgruppen des Manfred Roeder vorgemacht wurden. Deshalb muß man einem solchen Verdacht, der sich sofort aufdrängt, mit aller Gründlichkeit nachgehen. In Wolfenbüttel wie in Ulm war der Tod der Bewohner fest eingeplant.

Die Kripo in Wolfenbüttel macht bisher über die reine Feststellung des Todes der vier Türken und die Rettung des Ehemanns und zweier anderer Kinder durch die Feuerwehr keine Angaben.

In der Wohnbaracke in Ulm schliefen zur Zeit des Anschlages 55 Personen, darunter 17 Kinder. Die Explosion eines Zeitzünders weckte einen Bewohner, der für die Räumung des Gebäudes sorgte und den beginnenden Brand mit anderen zusammen löschte. Die sofort benachrichtigte Polizei erschien erst nach vier Stunden. Der Brandsatz bestand aus einem Benzinkanister, von dem aus eine Benzinspur ins Freie führte, die weiter um die gesamte Fassade des Hauses herumgezogen war. Die Absicht ist klar: Keiner sollte durch die Fenster entkommen können.

Genscher-Besuch in Ankara

Bonn: Volle Unterstützung für Evren-Junta

ANKARA. — Mit lobenden Worten über die Wahlfarce bei der Abstimmung über die neue Verfassung der Türkei begann Genschers Besuch in Ankara. Der türkischen Militärjunta, die ihr Schreckensregime jetzt in Zivil ausübt, wurde die volle Unterstützung der Bonner Regierung zugesagt.

Die konkreten Gesprächsergebnisse zeigen, wie reaktionär und menschenfeindlich die Außenpolitik der neuen Regierung ist. Sämtliche Bedenken und Vorbehalte, die die alte Regierung, und sei es nur aus Rücksichtnahme auf die breite Protestbewegung gegen die türkische Junta hatte, sind vom Tisch.

Die Abstimmung über die Verfassung, die ein diktatorisches Regime etablierte, nannte Genscher „einen guten Anfang zur demokratischen Entwicklung".

Die bisher „eingefrorene" Wirtschaftshilfe für die Türkei, immerhin 400 Millionen Mark, soll nunmehr freigegeben werden. Am Mittwoch nach seinem Besuch soll von Genscher ein „Türkei-Bericht" vorgelegt werden, der die Zahlung der Gelder empfiehlt.

Breiten Raum der Gespräche des Außenministers mit den Machthabern der Türkei nahm das Problem der türkischen Arbeiter in Westdeutschland ein. Hier wurde vereinbart, daß die nach den EG-Assoziierungsabkommen eigentlich ab Januar 1986 möglich werdende Freizügigkeit der türkischen Arbeiter innerhalb der EG einseitig per Vertrag nicht in Anspruch genommen wird.

Ein übler Schacher mit den Rechten der Bürger, den die Diktatoren mit Bonn über die Finanzhilfe abschließen wollen. Für „harte D-Mark" unterstützen sie die „Türken-raus"-Politik. Denn nichts anderes heißt es, wenn sie gemeinsam über die „Möglichkeit nachdenken, die Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu verringern."



Junta-Chef Evren (Mitte), jetzt Präsident mit diktatorischen Vollmachten

Kommentar der Woche

Über nichts wird in Bonn nun schon seit Monaten so oft und so gerne geredet wie über die vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag. Kanzler Kohl kann keine seiner unerträglichen Reden absondern, ohne gleich mehrmals zu versichern, er fühle sich in dieser Frage nach wie vor bei den Menschen draußen in diesem Lande im Wort. Genscher versucht in jedem seiner unzähligen Fernsehinterviews den Eindruck zu vermitteln, seine Restpartei sei von keinem größeren Wunsch beseelt, als sich am 6. März zur Wahl zu stellen. Und als sei das alles noch nicht genug, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein SPD-Spitzenpolitiker von der neuen Bonner Regierung verlangt, sie möge sich doch verbindlich zu den Neuwahlen im März erklären.

Bundestagswahlen

Bonner Verwirrspiele

Nur der Bundespräsident mag sich nicht festlegen. Und er ist ja immerhin die Schlüsselfigur in dieser Angelegenheit, der Mann, ohne dessen formale Zustimmung in Sachen Neuwahlen nichts laufen kann. Nun geht wohl ein aufgeklärter Bürger dieses Landes davon aus, daß es die berühmten verfassungsrechtlichen Bedenken — von denen jetzt allerorten die Rede ist — sind, die den Präsidenten noch zögern lassen. Ein Karl Carstens, vormals NS-Mitglied und später im Bonner Kanzleramt mit der Abwicklung illegaler Waffengeschäfte betraut, ist von solchen Bedenken nicht angekränkelt. Und sein Schweigen in der Wahlfrage ist denn auch nur taktischer Natur, um denen, die die Politik dieses Staates wirklich bestimmen, bis zum letzten Augenblick alle Möglichkeiten offen zu lassen.

Bis zur vergangenen Woche aber konnte man eigentlich davon ausgehen, daß die schwarze Reaktion am Bonner Ruder es nicht wagen würde, sich dem Druck zu entziehen, den sie selbst mit dem Versprechen, Neuwahlen auszurichten, geschaffen hatte. Jetzt aber erklärt der CSU-Politiker Stücklen plötzlich vor einem Kreis von Kapitalisten aus der Metallbranche, eben diese Neuwahlen seien völlig unnötig. Und Stücklen ist schließlich nicht irgendein Hinterbänkler, sondern Bundestagspräsident. Gleichzeitig kündigt ein FDP-Abgeordneter an, er würde gemeinsam mit einigen Fraktionskollegen — sollte der Weg zu Wahlen im März doch noch freigemacht werden — sozusagen die Notbremse ziehen und vorm Bundesverfassungsgericht dagegen klagen.

Als sei damit noch nicht genügend Verwirrung geschaffen, holt Franz Josef Strauß zu einem neuen Paukenschlag aus und bringt eine Große Koalition mit der SPD ins Spiel. Was sind die Ursachen für diese hektischen Manöver auf der Bonner Bühne? Stücklen hat in seiner Rede vor dem Unternehmerkreis einen Schlüssel für die Entwirrung dieser Manöver geliefert. Er sagte nämlich, die Bonner Demokratie kenne keinen Wählerauftrag, sondern nur das freie Mandat.

Im Klartext bedeutet das: Es ist dem Großkapital vor einigen Monaten problemlos gelungen, eine Wunschregierung in Bonn zu installieren, weil sich eben die meisten Mandatsträger der FDP — frei wie sie sind — einen Teufel um den Willen ihrer eigenen Wähler geschert und sich zu Strauß und Kohl ins Bett gelegt haben. So weit, so schlecht. Diese Wunschregierung nun aber per Wahl bestätigen zu lassen — das wird zu einem immer größeren Problem für die Hintermänner der jetzt durch Wählerbetrug in Bonn Regierenden. Denn allzu offensichtlich hat das Kabinett der Kohl, Genscher und Lambsdorff (mit dem Überkanzler Strauß) keine Mehrheit im Volk.

Hier liegt die Ursache für die gegenwärtigen Bonner Verwirrspiele. Hier liegt die Ursache dafür, daß der Bundestagspräsident inzwischen schon schlichtweg die Existenz eines Wählerauftrags leugnet. Die wahrhaft Mächtigen in diesem Land haben zum ersten Mal seitdem sie sich den Bonner Staat geschaffen haben, erhebliche Probleme mit der parlamentarischen Demokratie. Und in einer solchen Situation werden nicht nur immer neue Überlegungen darüber angestellt, wie sich Wahlen, von denen man nicht das gewünschte Ergebnis erwarten kann, vielleicht doch noch verhindern lassen. Strategische Planer, wie eben Strauß, denken heute schon öffentlich über den Abbau des parlamentarischen Systems selbst nach. Es sei hier nur an die Äußerungen des CSU-Chefs erinnert, man müsse die Grünen mit administrativen Mitteln aus den Parlamenten fernhalten.

So wird hinter den Manövern um scheinbar unwesentliche Wahltermine immer deutlicher der Schatten einer Entwicklung sichtbar, in die das Monopolkapital unser Land vor mehr als 50 Jahren schon einmal getrieben hat.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonner Koalitionsvereinbarungen zum Zivildienst

Recht auf Kriegsdienstverweigerung weitgehend demontiert

Nur neun Stunden brauchten die Unterhändler der drei Bonner Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP am letzten Mittwoch, um die vom Grundgesetz garantierten Rechte für Kriegsdienstverweigerer fast vollständig zu liquidieren und sich auf eine beispiellose Strafaktion gegen Zivildienstleistende zu einigen.

Familienminister Geißler, der bei den Verhandlungen den Vorsitz führte, hatte vor den Beratungen seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ein drastisches Absinken der Verweigererzahlen erreicht werden könnte. Damit hatte er auch ganz offen das angestrebte Ziel der Neuregelung des Ersatzdienstes benannt: Es geht dabei um nichts anderes als um eine möglichst wirksame Abschreckung von Verweigerern.

Und um das zu erreichen, hat sich die neue Bundestagsmehrheit folgende Maßnahmen ausgedacht:

Der zivile Ersatzdienst soll grundsätzlich ein Drittel länger dauern als der Kriegsdienst. Das bedeutet aktuell eine Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 20 Monate. Nun strebt die Kohl-Regierung aber bis spätestens 1985 auch eine Verlängerung des Wehrdienstes an; dann würde sich die Dauer des Zivildienstes automatisch auf 24 Monate ausdehnen.

Die FDP verkündet jetzt zwar, sie habe bei den Verhandlungen eine Abschaffung der Gewissensprüfung für Verweigerer durchsetzen können. Aber das ist eine völlig lächerliche Schutzbehauptung, die das Einschwenken der „Liberalen“ auf den Strauß-Kurs verschleiern soll. Denn künftig sollen Kriegsdienstverweigerer einen schriftlichen Antrag beim Bundesamt für Zivildienst stellen; Lebenslauf, polizeiliches Führungszeugnis und ausführliche, persönliche Begründung des Antrags sind beizufügen. Wenn aber „das Gesamtvorbringen des Antragstellers und die dem Bundesamt bekannten Tatsachen (Aktenlage) Zweifel an der Wahrheit der Angaben des Antragstellers begründen“, kann der Verweigerer zu einer mündlichen Prüfung bei den Prüfungsausschüssen der Kreiswehrersatzämter zitiert werden.

Nach der neuen Regelung kann ein Antrag — was bislang



Kriegsdienstverweigerer demonstrieren gegen Gewissensprüfung

nicht möglich war — auch ohne Anhörung des Verweigerers direkt vom Bundesamt für Zivilschutz abgelehnt werden.

Die Altersgrenze, bis zu der eine Einberufung zum Zivildienst möglich ist, soll von 28 Jahren auf 32 Jahre heraufgesetzt werden.

Die Bonner Koalition will zudem für eine „heimatferne Einberufung“ sorgen — das heißt, Ersatzdienstleistende sollen nicht mehr in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt werden.

Entgegen den letzten Wahlversprechen sowohl der FDP wie auch der CDU (nach denen bei einer geringfügigen Verlängerung der Dienstzeit die Gewissensprüfung ersatzlos gestrichen werden sollte), wird nun die Dauer des Ersatzdienstes erheblich verlängert — unter Beibehaltung der Gesinnungsschnüffelei. Gerade Nicht-Gymnasiasten, die nach der geltenden Regelung schon benachteiligt sind, werden erhebliche Schwierigkeiten haben, ihre Anträge zur Zufriedenheit des Bundesamtes für Zivildienst schriftlich zu begründen. Massenhafte Ablehnungsbescheide sind hier schon vorprogrammiert.

Und es bleibt festzuhalten, daß sich die Regierung der schwarzen Reaktion bedenkenlos über das Grundgesetz hinwegsetzt, das im Artikel 12a eindeutig formuliert: "Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen." Auch für diesen Verfassungsbruch hat die SPD Vorreiter-Dienste geleistet. Denn bereits von der früheren Koalition war eine Verlängerung des Zivildienstes auf 19 Monate geplant worden.

Bei den Koalitionsverhandlungen in der letzten Woche hat sich wieder einmal die CSU mit ihrem ultrareaktionären Kurs durchgesetzt. Das gilt nicht nur für die oben angeführten Maßnahmen, es gilt auch für eine bemerkenswerte Klausel, auf die man sich bei den Verhandlungen geeinigt hat. Noch in diesem Jahr soll die neue Regelung des Ersatzdienstes als Gesetz im Bundestag verabschiedet werden. Am 1. Januar 1984 würde es dann in Kraft tretun, aber es soll nur bis zum 30. Juni gelten. Und dann ist keineswegs eine Lockerung geplant. CSU-Unterhändler Hartmann wies vielmehr darauf hin, daß „ab Mitte der 80er Jahre“ die Bundeswehr „auf jeden brauchbaren Mann angewiesen sein“ werde. In Klartext heißt das: Man wird sich nach dem Auslaufen des jetzt geplanten Gesetzes neue, noch brutalere Eingriffe in das Recht auf Kriegsdienstverweigerung überlegen, um auf diese Art genügend „brauchbare Männer“ für die Bundeswehr zu bekommen.

Die von der Bonner Regierung angesteuerte Neuregelung des Zivildienstes ist auf massive Proteste gestoßen. IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz beispielsweise verurteilte den „eklatanten Verstoß gegen das Grundgesetz“ durch die Verlängerung des Ersatzdienstes und bekräftigte die Forderung seiner Organisation nach einer ersatzlosen Streichung der Gewissensprüfung. Der DFG-VK kündigte Gegenmaßnahmen an, beispielsweise Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen der Zivildienstleistenden nach Ablauf von 15 Monaten Dienstzeit.

Trotz Verbots der BaföG-Demo

Am 4. Dezember wird in Bonn demonstriert

Der Bonner Polizeipräsident hat die von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) und der Konferenz der Landesschülervertretungen (KdLSV) für den 4. Dezember angemeldete Demonstration gegen den Kahlschlag bei der Ausbildungsförderung verboten. Die fadenscheinige Begründung: Durch die Protestaktion an einem verkaufsoffenen Samstag würde in der Bonner Innenstadt „der Verkehr völlig zusammenbrechen.“

Die Veranstalter der geplanten Demonstration protestierten energisch gegen diese Willkürmaßnahme. Bei einer Pressekonferenz in Bonn wiesen sie darauf hin, daß im Juni beispielsweise die CDU an einem verkaufsoffenen Samstag für die NATO demonstrieren konnte. Offenbar soll jetzt ein Präzedenzfall geschaffen werden. Denn mit ähnlichen „verkehrstechnischen“ Argumenten könnte ja jede Massenaktion gegen die Politik der schwarzen Reaktion verboten werden. Gegen den Bescheid des Polizeipräsidenten ist eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht beantragt worden. Die VDS wiesen darauf hin, daß die Vorbereitungen für die Protestaktion schon auf Hochtouren liefen und daß in jedem Fall in Bonn demonstriert würde.

Die neue Bundesregierung will die Ausbildungsförderung nahezu vollständig kappen (siehe auch RM 36/82). Schüler-BaföG soll nur noch für solche Schüler gewährt werden, die nicht bei ihren Eltern wohnen (das sind gegenwärtig 7 500 von 520 000 Geförderten). Das Studenten-BafөG soll vollständig auf Darlehensbasis umgestellt werden, was bedeutet, daß sich für solcherart Geförderte — bei unsicheren Berufsaussichten — bei Abschluß ihres Studiums ein Schuldenberg von etwa 40 000 Mark auftürmt. Worauf diese Maßnahmen der Kohl-Regierung abzielen, wird deutlich, wenn man weiß, daß die große Masse der Familien, deren Kinder BafөG beziehen, Monatseinkünfte hat, die unter 2000 Mark liegen. Bildung soll wieder zum ausschließlichen Privileg der Reichen werden.

Kohl selbst hat in seiner Regierungserklärung klar gesagt, daß die BRD „auf eine Leistungselite nicht verzichten“ könne. Und während jetzt mit dem geplanten Kahlschlag bei der Ausbildungsförderung den Kindern aus Arbeiterfamilien der Weg auf weiterführende Schulen und Universitäten versperrt wird, nimmt die von Kohl geforderte Eliteförderung bereits Formen an. 14 Millionen Mark sind dafür bereits im kommenden Jahr veranschlagt worden.

Wie notwendig es ist, diesem Kurs jetzt energischen Widerstand entgegenzusetzen, zeigt sich auch darin, daß Bildungsministerin Wilms in einem Interview noch weitergehende Pläne der neuen Regierung ankündigte. Sie sprach nämlich von der Wiedereinführung der Studiengebühren für Studenten.



Studenten-Aktion gegen Bafög-Kürzung

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete letzte Woche ergänzend dazu, im Ministerium der Frau Wilms lägen schon konkrete Pläne bereit, nach denen beispielsweise Examensgebühren von 5000 bis 10000 Mark erhoben werden sollten.

Die Kommunistischen Studenten (KS), der Hochschulverband der KPD, der mit vielen anderen Jugendorganisationen zur Bonner Demonstration aufruft, erklärte in einem Flugblatt: "Die Demonstration am 4. Dezember in Bonn kann ein erster Höhepunkt sein im Kampf gegen Bildung als Privileg der Reichen. Aber das ist nicht genug. An jeder Hochschule, an jedem Fachbereich müssen sich massive Proteste gegen die Wende im Bildungsbereich zeigen. Nur so wird es uns gelingen, den Angriff auf das BafөG abzuwehren und unsere bestehenden BafөG-Forderungen durchzusetzen:

- sofortige Erhöhung des BafөG-Höchstförderungssatzes auf mindestens 750 Mark, des Elternfreibetrages auf mindestens 1 500 Mark;
- jährliche Anpassung der BafөG-Sätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten;
- ersatzlose Streichung der unsozialen Darlehensregelung;
- keine Einschränkung des Kreises der Geförderten!

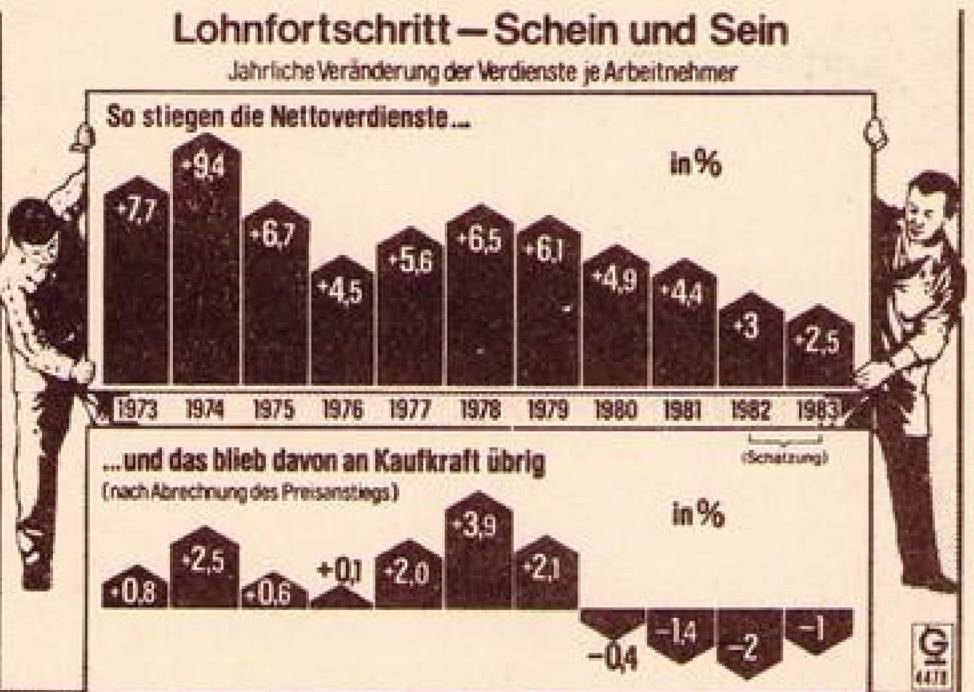
Lohnforderung IGM

Metaller für mindestens 200 Mark mehr

FRANKFURT. — Am 1. Dezember will der IG-Metall-Vorstand über die Lohnforderung für die anstehende Tarifrunde beraten. Schon jetzt ist deutlich geworden, daß eine Forderung, die unter 10 Prozent oder 200 Mark liegt, nicht dem Willen der Basis entsprechen würde. Das zeigen die bisher vorliegenden Beschlüsse aus den Betrieben.

In der vergangenen Woche organisierte ein aktiver Gewerkschafter der IG Metall bei Bosch/Reutlingen-Rommelsbach eine Fragebogenaktion in einem Teilbereich des Betriebs. Ziel: Die Meinung der Kollegen über die aufzustellende Lohnforderung der IG Metall sollte ermittelt werden. Ergebnis: Von 53 Kollegen, die den Fragebogen erhalten hatten, sprachen sich 28 für eine Festgeldforderung von 200 Mark aus; 16 Kollegen votierten sogar für eine Festgeldforderung von 250 Mark; ein Kollege wollte eine Lohnforderung von 10 Prozent aufgestellt wissen.

Die Vertrauensleutevollversammlung der IG Metall bei BBC in Mannheim sprach sich für 11 Prozent, mindestens jedoch 200 Mark, sowie für 80 Mark mehr für die Auszubildenden als Lohnforderung aus. Ein Vorschlag, sich für 7,5 Prozent zu entscheiden, wurde von der Mehrheit der Kollegen als zu niedrig abgelehnt.



Selbst die bürgerliche Statistik muß einräumen, daß die Reallöhne seit drei Jahren gesunken sind. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die wirklichen Reallohnverluste noch deutlicher ausgefallen sind. So sind nach einer Berechnung der Arbeitskammer des Saarlandes die Nettolöhne von Januar bis Juni 1982 um 2,5 Prozent zurückgegangen.

Bereits im letzten RM berichteten wir über ähnlich gelagerte Lohnforderungen aus anderen Metallbetrieben: IGM-Vertrauenskörper BMW Berlin-Spandau: 200 Mark; IGM-Vertrauenskörper Berstorff Maschinenbau GmbH Hannover:



200 Mark; IGM-Vertrauenskörper Honeywell GmbH Maintal: 10 Prozent, mindestens jedoch 180 Mark; IGM-Vertrauenskörper Siemens Erlangen: 100 Mark plus 5 Prozent.

Diese Forderungen sind alles andere als hochgegriffen, wenn man das vom IGM-Vorstand auf seiner Klausurtagung im September proklamierte Ziel der Lohnrunde ernst nimmt: Sicherung der Reallöhne.

Bei einer momentanen Preissteigerung zwischen 5 und 6 Prozent und einem im kommenden Sommer zu erwartenden sprunghaften Preisschub infolge der für Juni 1983 vorgesehenen Mehrwertsteuererhöhung liegen diese Forderungen eher an jener Grenze, unterhalb derer die Reallöhne weiter absinken. Bei den Diskussionen in den genannten Vertrauenskörpern wurde denn auch verschiedentlich betont, daß eigentlich höhere Forderungen nötig wären, wollte man den Reallohnverlust des laufenden Jahres und die zu erwartende Teuerung für 1983 ausgleichen und das Absinken des Lebensstandards bremsen.

Druckerei Baruth in Reinbek

Arbeiter boykottieren Druckauftrag von Faschisten

HAMBURG (Arbeiterkorrespondenz). — Die Druckerei Baruth in Reinbek bei Hamburg mußte einen Auftrag der faschistischen Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA) zurückgeben, weil sich die Druckereiarbeiter geschlossen weigerten, ihn auszuführen.

Zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. Dezember kandidiert erneut die faschistische HLA. Ein Vertreter dieser Liste, der sich nur mit Namen meldete (ohne Anschrift und Telefonnummer zum Rückrufen), bestellte bei der Druckerei Baruth, einer angesehenen, alteingesessenen Akzidenzoffsetdruckerei mittlerer Größenordnung, 1800 Plakate sowie an die 300000 Handzettel.

Als dies im Betrieb bekannt wurde, weigerten sich die Kollegen geschlossen, für die HLA zu drucken, so daß Baruth den Auftrag nicht übernehmen konnte.

Die IG Druck und Papier hat auf ihrer Deligiertenversammlung in Hamburg am Montag, den 15.11., die vorbildliche Haltung dieser Kollegen gelobt und alle Hamburger Druckereiarbeiter aufgefordert, keine Arbeit anzufassen, die für die HLA ist. Desweiteren rief die IG Druck auf, im Falle, daß bekannt wird, wo die HLA versucht, den zurückgewiesenen Auftrag unterzubringen, seine Durchführung zu verhindern.

Die Haltung der Baruth-Kollegen ist auch deshalb hoch zu bewerten, weil die Krise auch die Druckereien mittlerer und kleinerer Größenordnung in Hamburg voll erfaßt hat. Es gibt Konkurse, Vergleiche, Kurzarbeit und Entlassungen. In dieser Situation muß jeder Drucker froh sein, Arbeit zu haben.

Interessant noch, daß der HLA-Vertreter nicht rückrufbar war. Das deutet wohl daraufhin, daß die Faschisten in Hamburg ganz schön Angst haben.

Tarifverhandlungen gescheitert

Streik im Tischlerhandwerk?

Hamburg (Arbeiterkorrespondenz). — Die Tarifverhandlungen im nordwestdeutschen Tischlerhandwerk werden für gescheitert erklärt. 80 Prozent der in der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) organisierten Arbeiter haben in betrieblichen Abstimmungen das Verhandlungsangebot der Unternehmer als viel zu gering abgelehnt.

Das abgelehnte Angebot sah eine Erhöhung in zwei Stufen vor. Und zwar: Vom 1. Oktober 1982 bis 31. März 1983 eine Erhöhung um 30 Pfennig bzw. 2,2 Prozent; vom 1. April 1983 bis 30. September 1983 eine weitere Erhöhung um 20 bzw. 1,4 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt würden dabei lächerliche 2,9 Prozent herauskommen.

Schon auf den örtlichen GHK-Mitgliederversammlungen hatten die nordwestdeutschen Tischlergesellen diesen Lohnabbau zurückgewiesen. Auf der Hamburger GHK-Versammlung berichtete ein Holzarbeiter darüber, daß die Tischlerinnen sich lobend über „den ruhigen und sachlichen Verhandlungsstil" der kleinen Tarifkommission der GHK ausgelassen hätten. Dies löste bei den Anwesenden große Empörung aus. Die Tarifkommission wurde nachdrücklich aufgefordert, härter zu verhandeln; zugleich erinnerten die Versammelten an die aufgestellten Forderungen: Hamburg und Schleswig-Holstein: 8,5 Prozent; Bremen: 7 Prozent.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen tritt in Schleswig-Holstein ein Schlichtungsverfahren in Kraft. In Hamburg und Bremen gibt es keine Schlichtungsvereinbarung. Dort müßte nach den gewerkschaftlichen Spielregeln vom Vorstand jetzt die Urabstimmung für Streik eingeleitet werden.

Manteltarifverhandlungen Seeleute gescheitert

Stuttgart. — Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hat am 15. November das Scheitern der Verhandlungen für einen neuen Manteltarifvertrag für Seeleute erklärt. Seit fast fünf Jahren ist der alte Manteltarifvertrag in Kraft, den die ÖTV nun gekündigt hat. Die Gewerkschaft fordert u.a. eine Verbesserung der Seemannsrente und eine Vereinheitlichung der Urlaubsregelungen für die Besatzungsmitglieder auf Schiffen unterschiedlicher Größe.

+ kurz berichtet + + + kurz berichtet + + kurz berichtet + + + kurz berichtet

Warnstreik bei MAN/Hamburg

Hamburg. — Aus Protest gegen die beabsichtigte Stillegung des Motorenwerks der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) in Hamburg haben 600 betroffene Kollegen am vergangenen Freitag einen Warnstreik durchgeführt. Die Hamburger MAN-Belegschaft befürchtet, daß die Aufgabe der Produktion von Schiffsdieselmotoren sowie der Ersatzteilfertigung ein Schritt auf dem Weg zur völligen Schließung des Hamburger MAN-Werkes ist.

Protestaktion der Enka-Arbeiter

Kassel-Wuppertal. — Am Donnerstag früh fuhren 350 Arbeiter und Angestellte des Kasseler Werkes der Enka AG mit Omnibussen zu einer Protestaktion nach Wuppertal, dem deutschen Hauptsitz des Konzerns. Dort tagte der Aufsichtsrat des Unternehmens. Das Gremium beschloß ungeachtet breiter Proteste der Belegschaft und der Kasseler Bevölkerung, die schon mehr als ein Jahr andauern, daß das Werk mit seinen 800 Beschäftigten stillgelegt werden soll. Die Aufsichtsräte konnten allerdings den Sitzungssaal erreichen, nachdem sie über Ketten geklettert waren, mit denen sich die demonstrierenden Belegschaftsmitglieder vor dem Eingang des Verwaltungsgebäudes aufgestellt hatten. Die Kollegen riefen im Chor: „Wir lassen uns nicht vertreiben, Werk Kassel muß erhalten bleiben!".

An der Aktion waren deutsche und ausländische Kollegen solidarisch beteiligt. Der Betriebsratsvorsitzende Helmut Haase bezeichnete die Schließung als einen „Akt der Willkür". Die Begleitumstände des Konfliktes um das Enka-Werk würden zeigen — sagte Haase weiter —, „daß dieser Staat nicht unser Staat, sondern ein Staat der Unternehmer ist." Außerdem sagte Haase, daß „unabhängig von den Aufsichtsratsbeschlüssen der Kampf um die Arbeitsplätze weitergeführt" werden muß.

IGM gewinnt Warnstreikprozeß in zweiter Instanz

Düsseldorf. — Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hat die Berufung der Metallunternehmer von Nordrhein-Westfalen gegen das Warnstreik-Urteil des Düsseldorfer Arbeitsgerichtes zurückgewiesen. Das Gericht hatte in seinem erstinstanzlichen Urteil eine Klage der Unternehmer gegen die IG Metall abgewiesen und die Warnstreiks während der Metalltarifbewegung 1981 im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" für rechtmäßig erklärt. Damit hat nun auch das Landesarbeitsgericht die grundsätzlichen Positionen der Gewerkschaften in dieser Frage gutgeheißen und die Auffassung der Unternehmerseite zurückgewiesen, daß die „neue Beweglichkeit" keine zulässige Form der Tarifauseinandersetzung sei. Die IG Metall rechnet damit, daß die Unternehmer gegen dieses Urteil Revisionsantrag beim Bundesarbeitsgericht in Kassel stellen. Dort ist bereits ein vergleichbarer Prozeß aus Baden-Württemberg anhängig.

Warnstreik bei Bosch/Reutlingen

Die Klamotten hingeschmissen und durch die Hallen gezogen

REUTLINGEN (Arbeiterkorrespondenz). — Am Freitag letzter Woche kam es bei Bosch/Reutlingen-Rommelsbach zu einer Streikaktion, an der sich rund 600 Arbeiter beteiligten. Es ging um eine Produktionsverlagerung, von der 150 Beschäftigte betroffen sind.

Im Rahmen der Rationalisierung und seiner Kooperation mit dem Mannesmann-Konzern hat Bosch eine Teilproduktion des Bereiches Industrieausrüstung (IA) an Mannesmann verkauft. Es handelt sich dabei um den Rohrleitungsbau für Kraftwerke. Bereits seit Jahren hat Bosch diesen Produktionszweig des Reutlinger Werkes systematisch kaputtgehen lassen. Es wurde nichts mehr investiert. 50 Beschäftigte sind hier inzwischen schon "abgebaut" worden. 150 Kollegen, vor allem Monteure, sind momentan noch hier beschäftigt.

Von diesen 150 sollen, nach einer zwischen Bosch und Mannesmann über Köpfe der Betroffenen hinweg getroffenen Vereinbarung, 90 Kollegen von Mannesmann automatisch übernommen werden, davon 70 Monteure und 20 Angestellte.

Die Belegschaft und ihre Vertretung jedoch stehen auf dem Standpunkt: Kein Menschenhandel! Die Betroffenen müssen selbst wählen können, ob sie bei Bosch bleiben oder von Mannesmann übernommen werden wollen.

Eine dementsprechende Vereinbarung versuchte der Betriebsrat per Sozialplan durchzusetzen. Der Konflikt kam vor eine Einigungsstelle, die von beiden Seiten in freiwilliger Initiative angerufen wurde. Die Verhandlungen vor dieser Einigungsstelle scheiterten jedoch. Dies, obwohl die Beschäftigten der IA mehrfach während der Arbeitszeit zu den Verhandlungen gezogen sind, um „von ihrem Informationsrecht Gebrauch zu machen".

Am Freitagmorgen wurde dann zu dem Scheitern der Verhandlungen ein Flugblatt des IGM-Vertrauenskörpers vor den Werkstoren verteilt. Um 9.00 Uhr marschierten die Kollegen aus der IA los und zogen durch die anderen Fabrikbereiche. Bald war der Zug auf 600 Arbeiter angewachsen.

Man versammelte sich in der Kantine und zitierte die Werksleitung dorthin, um ihr nachdrücklich klarzumachen, daß die Belegschaft auf ihren Forderungen besteht. Die Streikaktion dauerte knapp zweieinhalb Stunden.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Seit 150 Jahren: Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit

Die Verkürzung der Arbeitszeit war von Anfang an eine der wichtigsten Forderungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Und solange die Arbeiterklasse existiert, wird sie auch danach streben, die zur Bestreitung des Lebensunterhalts notwendige Arbeitszeit immer weiter einzuschränken. Fortschritte in dieser Hinsicht bedeuten Fortschritte bei der Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen, bedeuten Fortschritt im Kampf für ein besseres, menschenwürdigeres Dasein. Ohne diesen Kampf, ohne Erfolge bei der Verkürzung der Arbeitszeit, gibt es erst recht keinen Fortschritt im Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Seit den Anfängen der organisierten Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gab es nicht nur immer wieder Streiks, Demonstrationen und Zusammenstöße der Klassen um Lohnforderungen, sondern auch um die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit.

Dieser Kampf begann unter den Bedingungen einer zügellosen Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital. Eine tägliche Arbeitszeit von 16 Stunden und mehr war im Frühkapitalismus nicht die Ausnahme sondern eher die Regel. Auch die Frauen und sogar die Kinder wurden von den Unternehmern in ihre Knochenmühlen gezwungen und ohne jede Rücksicht auf die physischen und psychischen Folgen erbarmungslos ausgebeutet. Das ging soweit, daß sogar die physische Existenz der Arbeiterklasse in Gefahr geriet und der bürgerliche Staat gezwungen war, wenigstens gegen die hemmungslosesten Auswüchse einige Maßnahmen zu ergreifen.

Aber entscheidende Fortschritte bei der Beschränkung des Arbeitstages wurden nur durch den Kampf der Arbeiterklasse erreicht. Zunächst konzentrierten sich die Forderungen auf die Einschränkung der Kinderarbeit. Mit der Zeit aber ging es dann mehr und mehr um die allgemeine gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages. Es schälte sich die Forderung nach dem „Normalarbeitstag" heraus, wobei darunter in der Regel ein zehnstündiger Arbeitstag verstanden wurde.

Der Achtstundentag: Mit Blut erkämpft

In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts entstand bereits eine internationale Bewegung der Arbeiter in Europa und Nordamerika für die Durchsetzung des Achtstundentages. Dieses große Ziel konnte nur über erbitterte und teilweise auch blutige Zusammenstöße zwischen Arbeit und Kapital erreicht werden. Im großen und ganzen durchgesetzt war der Achtstundentag erst innerhalb der ersten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts.

In Deutschland war der Achtstundentag ein Ergebnis der Revolution von 1918/19, die zwar mit der Niederlage der Arbeiterklasse endete aber immerhin die Verwirklichung einiger wesentlicher sozialpolitischer Ziele der Arbeiterbewegung brachte. Am 23. April 1919 trat ein Gesetz in Kraft, das der deutschen Arbeiterklasse den Achtstundentag brachte.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt

In seiner Klausurtagung vom 20. und 21. September in Ludwigsburg faßte der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall einen außerordentlich wichtigen Beschluß. Die größte und mächtigste Einzelgewerkschaft des DGB soll 1984 den Kampf für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die Tagesordnung setzen. Mit diesem Beschluß erlitten gewisse Bestrebungen der auf Sozialpartnerschaft eingeschworenen Kreise in Führungsorganen und Funktionärskörper des DGB und der Einzelgewerkschaften einen entscheidenden Dämpfer. Diese Bestrebungen zielten darauf ab, die Tariffrente als Alternative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit aufzubauen und dadurch die 35-Stunden-Woche als zentrale gewerkschaftliche Zielsetzung auf den Sankt Nimmerleinstag zu verlegen. Mit dem Ludwigsburger Beschluß hat sich demgegenüber nun der Druck der Basis in jener Gewerkschaft Geltung verschaffen können, die einen entscheidenden Einfluß auf die Marschrichtung des DGB insgesamt auszuüben vermag. Gleichzeitig entspricht dieser Beschluß den Anträgen 202, 280 und 281, die auf dem DGB-Bundeskongreß im Mai dieses Jahres verabschiedet worden sind. Diese Anträge verpflichten den DGB und seine Einzelgewerkschaften darauf, „durch ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche durchzusetzen". In den meisten Branchen sind die entsprechenden Punkte der Manteltarifverträge bis zum 31.12.1983 kündbar. Der Beschluß von Ludwigsburg bedeutet, daß die IG Metall diese Möglichkeit wahrnimmt und daß sie sich auf die Durchsetzung einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit als dem absoluten tarifpolitischen Schwerpunkt des Jahres 1984 einstellen muß. Schon vor der IG Metall hat sich bereits die IG Druck und Papier in dieser Weise festgelegt. Somit ist im DGB eine Weichenstellung in Richtung Kampf für die 35-Stunden-Woche entstanden, die von den aktiven Gewerkschaftern jetzt entschlossen und offensiv genutzt werden muß. Was die Stahlarbeiter im unvergessenen Streikwinter 1978/79 begonnen haben, gilt es jetzt auf weit breiterer Basis und mit vervielfachter Kraft weiter und zum Erfolg zu führen. Vorwärts zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Mit der in dieser Ausgabe des „Roten Morgen" beginnenden Artikelserie soll ein Beitrag zur Unterstützung dieses Kampfes geleistet werden. Es geht darum, die Bedeutung dieser Forderung und ihre brennende aktuelle Notwendigkeit aufzuzeigen sowie die Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten zu führen, die von den Unternehmern und ihren Helfershelfern ins Spiel gebracht werden.

Bekanntlich geht auch der traditionelle Kampftag der Arbeiter aller Länder, der 1. Mai, auf das Ringen um den Achtstundentag zurück. In den USA traten am 1. Mai 1886 Hunderttausende von Arbeitern für Arbeitszeitverkürzung in den Streik. Am 3. Mai kam es in Chicago zu einem Überfall der Polizei auf streikende Arbeiter, wobei sechs Kollegen getötet wurden. Am folgende Tag gab es große Protestdemonstrationen gegen diesen Terror. Die Polizei eröffnete erneut das Feuer und wieder gab es Tote. Diese blutigen Zwischenfälle nahm die Staatsgewalt zum Anlaß, die Streikführer als angeblich Schuldige an den „Ausschreitungen" zu verhaften. Zwei von ihnen wurden zum Tode verurteilt und gehängt.

Aufgrund dieser Ereignisse in Chicago faßte die II. Internationale auf ihrem Kongreß im Jahr 1889 den Beschluß, daß der 1. Mai zum internationalen Kampftag der Arbeiterklasse erklärt wird.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß in den USA die Arbeiter bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einer Periode mit Massenarbeitslosigkeit und großem Elend die Forderung nach Einführung des Sechsstundentages aufstellten.

Widerstand gegen zunehmende Ausbeutung

Die Entwicklung, die eine zunehmende Verkürzung des Arbeitstages bis zur Einführung des Achtstundentages beinhaltete, war allerdings nicht etwa gleichbedeutend mit einer dementsprechenden Verringerung der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital. In Wirklichkeit verhielt es sich sogar umgekehrt. Die Kapitalisten holten zunehmend mehr Profit aus den Arbeitern heraus.

Der Grund liegt in Folgendem: Erstens konnten die Kapitalisten durch Einführung neuer Maschinen, neuer Produktionstechniken, durch rationellere Produktionsmethoden usw. die Arbeitsergebnisse gewaltig steigern, ja vervielfachen. Das heißt, daß die Produktivität der Arbeit in die Höhe getrieben wurde. Zum zweiten aber zwangen die Kapitalisten die Arbeiter in Verbindung mit der Einführung der neuer Maschinen und Methoden, immer schneller zu arbeiten.

Karl Marx beschrieb diesen zweiten Aspekt in Band I des „Kapital" auf sehr plastische Weise: Gleichzeitig mit der Entwicklung der Produktivkraft durch neue Techniken und der Rationalisierung wird dem Arbeiter „vergrößerte Arbeitsausgabe in derselben Zeit" aufgezwungen, bzw. „erhöhte Anspannung der Arbeitskraft, dichtere Ausfüllung der Poren der Arbeitszeit, das heißt Kondensation der Arbeit". Dies geschieht in einem Grad, „der nur innerhalb des verkürzten Arbeitstags erreichbar ist".

Im Endeffekt führen diese beiden Faktoren, Steigerung der Produktivität und Intensivie-

zung den Unternehmern ein Hindernis bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen in den Weg zu legen bzw. sie zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und zur Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen zu veranlassen.

„Samstags gehört Vati mir"

Dieser Aspekt der Arbeitszeitverkürzung trat in Deutschland erstmalig in der Zeit der verheerenden Weltwirtschaftskrise in das Bewußtsein der Arbeiterschaft. Die Krise hatte in den Jahren 1929 bis 1931 zu einer Massenarbeitslosigkeit von noch nie gekanntem Ausmaß geführt. So wurde in der Arbeiterbewegung und im ADGB trotz der verheerenden Wirt-



Im Winter 1978/79 streikten die Stahlarbeiter sechs Wochen lang. Ihr Kampfziel: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

rung der Arbeit dazu, daß jener Teil des Arbeitstages, in dem der Arbeiter den Mehrwert schafft, den der Kapitalist sich also unentgeltlich aneignet, enorm zunimmt gegenüber dem Teil des Arbeitstages, der zum eigenen Lebensunterhalt des Arbeiters notwendig ist.

Mit anderen Worten: Die Ausbeutung ist größer geworden und der Kapitalist des zwanzigsten Jahrhunderts bereichert sich weit mehr an der Arbeit seiner „Lohnsklaven" als der des neunzehnten Jahrhunderts.

Von dieser Dynamik her

schaftskrise über eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit diskutiert. 1931 tauchte erstmalig die Forderung nach der 40-Stunden-Woche in einer Broschüre des ADGB-Vorstands auf.

Die Machtergreifung des Faschismus allerdings machte solchen Überlegungen ein plötzliches Ende. Unter der Nazi-Diktatur war das Kapital in der Lage, Fortschritte bei der Verkürzung der Arbeitszeit, die in Jahrzehnten erkämpft wurden, zum Teil schlagartig wieder rückgängig zu machen. Das war nur möglich durch die Zerschla-

wird einsichtig, daß der Verzicht auf den Kampf für weitere Arbeitszeitverkürzungen gleichbedeutend wäre mit dem Verzicht darauf, gegen einen immer höheren Grad der Ausbeutung Widerstand zu leisten. Zudem braucht der Arbeiter oder der kleine Angestellte aber auch dringend mehr Freizeit, weil seine Arbeitskraft jetzt intensiver beansprucht wird. Er braucht mehr Zeit, um sich zu regenerieren, von kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten gar nicht zu reden.

Im heutigen sogenannten Spätkapitalismus kommt aber noch ein weiteres Motiv hinzu. Immer stärker wird der Kapitalismus infolge seiner eigenen Dynamik von einer allgemeinen tiefen Krise erfaßt. Zugleich wird die Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauererscheinung, die sich in der Tendenz zunehmend verschlimmert. In dieser Situation drängt sich die Möglichkeit auf, durch Arbeitszeitverkürzung der Gewerkschaften und aller politischen Organisationen der Arbeiterklasse.

In weiten Bereichen wurde in der Zeit der Nazi-Diktatur der Achtstundentag praktisch zunichte gemacht. Insbesondere in der Rüstungsindustrie wurde die Arbeitszeit extrem ausgedehnt. Hier galt de fakto bereits in der Vorkriegszeit wieder der Zehnstundentag. Dazu kamen noch ständige Überstunden, zu denen die Belegschaften gezwungen wurden.

Nach 1945 setzte sich in der Bundesrepublik und Westberlin erst einmal wieder die 48-Stunden-Woche durch. Erst im Herbst 1956 schaffte die IG Metall einen entscheidenden Durchbruch auf dem Weg zu der nun auf tariflicher Basis angestrebten 40-Stunden-Woche: Die Wochenarbeitszeit für die Metaller wurde von 48 auf 45 Stunden verkürzt. Es dauerte noch bis 1956, daß die 45-Stunden-Woche in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen als normale Arbeitswoche durchgesetzt war.

Die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche hat der DGB dann in Form einer langfristig geführten Kampagne betrieben, die er unter das bekannte Motto stellte: „Samstags gehört Vati mir".

Es bedurfte eines ganzen Jahrzehnts, von 1960 bis 1970, bis die 40-Stunden-Woche im wesentlichen durchgesetzt war. Allerdings hat der DGB darauf verzichtet, durch Kampfmaßnahmen der fehlenden Bereitschaft der Unternehmer Beine zu machen.

Startschuß für die 35-Stunden-Woche

Seit Mitte der 60er Jahre ist in der Bundesrepublik und Westberlin eine starke Verlangsamung beim Tempo der Arbeitszeitverkürzung festzustellen. Seit 1974, dem Jahr des schweren Kriseneinbruchs, wurde aus dieser Stagnation ein nahezu völliger Stillstand.

Offensichtlich haben die Unternehmer ihren Widerstand gegen die weitere Verkürzung der Arbeitszeit seit knapp 20 Jahren erheblich verstärkt. In den Zeiten der Hochkonjunktur begründeten sie dieses Mauern mit dem Hinweis auf den herrschenden Mangel an Arbeitskräften.

Aber mit dem Aufkommen der Massenarbeitslosigkeit lokkerten die Kapitalisten ihre Haltung keineswegs. Im Gegenteil. Jetzt wurde ihre Ablehnung noch kategorischer. Wobei sie jetzt als Begründung hauptsächlich den „Kostendruck" und die „internationale Wettbewerbsfähigkeit" anführen.

Auf der anderen Seite aber wird die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter- und Angestelltenschaft gerade durch die Verschärfung der Wirtschaftskrise und das katastrophale Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu einer dringenden Notwendigkeit. Der Kampf für Arbeitszeitverkürzung kristallisiert sich als ein Hebel heraus, mittels dessen die Arbeiterklasse dem Kapital und der Regierung gegen die totale Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken Widerstand leisten kann.

Es ist kein Zufall, daß gerade in der Zeit seit 1974 sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in unserer Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr durchzusetzen begann. Und auch kein Zufall ist es, daß der erste Versuch, diese Forderung durchzusetzen, in einer Branche erfolgte, die schon damals ganz besonders krisengeschüttelt war: In der eisen- und stahlerzeugenden Industrie.

Sechs Wochen lang streikten die Stahlwerker im Winter 1978/79 für einen Durchbruch zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Dies, obwohl die Gewerkschaft diesen Kampf keineswegs ausreichend vorbereitet hatte. Die Aufklärungsarbeit über die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Forderung war von der IG Metall viel zu spät und in viel zu schwacher Form angepackt worden. Die Stahlarbeiter erkannten trotzdem die große Bedeutung ihres Kampfes.

Der Kampf endete mit einer Niederlage. Der Grund: Der Streik wurde von der Gewerkschaftsführung inkonsequent geführt (Schwerpunkttaktik) und dann gegen den Willen der Kollegen mit einem faulen Kompromiß abgewürgt.

Trotzdem war es einer der härtesten Arbeitskämpfe seit Bestehen der Bundesrepublik. Der Stahlarbeiterstreik zeigte nicht nur, daß die Unternehmer gegen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit erbitterten Widerstand leisteten. Er zeigt auch, daß für diese Forderung eine große Kampfbereitschaft entfacht werden kann.

Das ist eben ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt, ein Ziel, das zu erkämpfen eine dringende Notwendigkeit für die Arbeiter- und Angestelltenschaft darstellt.

Warum das Agfa-Werk in München stillgelegt werden soll

Mehr Profit mit elektronischen Medien

Am 2. November bestätigte der Vorstandsvorsitzende der Agfa-Gevaert AG auf einer Betriebsversammlung des Agfa-Kamerawerkes in München die Absicht, dieses Werk mit seinen 3200 Beschäftigten stillzulegen. Erschütternde Szenen spielten sich — so Betriebsratsvorsitzender Karl Müller hinterher zu den Journalisten — auf dieser Betriebsversammlung ab.

Ein großer Teil der Belegschaftsmitglieder des Münchener Kamerawerkes von Agfa arbeitet schon seit vielen Jahren in diesem Betrieb, viele bereits seit 20, 30 Jahren. Oft sind mehrere Mitglieder einer Familie hier beschäftigt: Vater, Mutter, Tochter oder Sohn. Viele wohnen auch in Agfa-Werkswohnungen. Oft bedeutet die Stillegung für die Betroffenen eine persönliche Katastrophe. Mit großer Betroffenheit, Enttäuschung und Zorn wurde die Schreckensbotschaft von der Belegschaft aufgenommen.

Wie begründet der oberste Agfa-Chef, der Belgier André Leysen, die Entscheidung, die Tausende ins Unglück stürzt? Leysen stellt das Münchener Kamerawerk als schweren Klotz am Bein des Konzerns hin, als Verlustbringer von solchem Kaliber, daß Agfa das einfach nicht länger verkraften kann: Eine Million Mark täglichen Verlust würde das Münchener Werk dem Unternehmen auflasten.

Was ist davon zu halten? Der 1. Bevollmächtigte der Münchener IG Metall, Alois Laus, erklärte unumwunden: „Ich behaupte, daß Verluste beim Kamerawerk München bewußt in die Höhe getrieben worden sind." Und sogar der Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtrat der Landeshauptstadt, Franz Josef Delonge, verhehlt nicht seine Überzeugung, daß das Münchener Agfa-Werk „durch konzerninterne Manipulation in die roten Zahlen gefahren worden" sei, damit es nun, „zur Gesundung des Restkonzerns amputiert werden" könne.

Der „Restkonzern": Das ist immerhin nach wie vor das größte europäische Foto-Unternehmen! Die Agfa Gevaert AG — eine deutsch-belgische Firma — gehört im übrigen seit 1981 vollständig zu dem deutschen Chemie-Multi Bayer AG. Weltweit beschäftigt Agfa Gevaert 31000 Leute, davon 12900 in der Bundesrepublik. Der Umsatz belief sich im Vorjahr auf fünf Milliarden Mark, und für das noch laufende Jahr geht man von einem Anstieg um 20 Prozent auf sechs Milliarden Mark aus! Offiziell wies der Fotokonzern für das vergangene Geschäftsjahr immerhin einen Gewinn von 32,2 Millionen Mark aus.

Angesichts dieser Zahlen wird deutlich, was hier unter „Gesundung" zu verstehen ist. Es ist keineswegs so, daß die Agfa-Kapitalisten keinen Profit mehr scheffeln würden oder, daß sie gar noch Geld zulegen müßten. Profit wird wohl gemacht, aber nicht genug! Der Markt für Amateurfotokameras nämlich ist inzwischen übersättigt und zum Schauplatz eine ungemein scharfen Konkurrenzkampfes geworden. Im vergangenen Jahr bekamen auch die Hersteller von Amateurfotokameras die Konsequenzen des sinkenden Lebensstandards bei der arbeitenden Bevölkerung im Zuge des Abbaus der Reallöhne zu spüren: Mit 3,33 Millionen Kameras wurden in der Bundesrepublik und Westberlin 12 Prozent weniger abgesetzt.

Auf der anderen Seite verschärft sich die kapitalistische Überproduktion in dieser Branche. So heißt es, daß die japanischen Kamerhersteller allein 2,5 Millionen Spiegelreflexkameras auf Halde liegen haben. Glaubt man den Angaben der Foto-Kapitalisten, so ist die Preiskonkurrenz bereits so scharf, daß selbst für Produkte aus Fernost „kaum mehr eine kostendeckende Kalkulation" möglich ist.

Die geplante Stillegung des Agfa-Kamerawerkes in München (sowie eines weiteren Werkes in Porutgal) muß auf diesem Hintergrund als Bestandteil eines schon seit Jahren von der Konzernmutter Bayer vorangetriebenen Umstrukturierungsplanes für Agfa gesehen werden. Bereits im vergangenen Jahr hat das Fotounternehmen einen großen Schritt in diese Richtung gemacht: Der Konzern übernahm eine Mehrheitsbeteiligung an dem führenden amerikanischen Fotosatzgeräte-hersteller Compugraphic Corp. Ferner wurde mit der Bertelsmann AG der Bau einer Fabrik für Videokassetten vereinbart.

Hier, auf dem Sektor der elektronischen Medien, können die Konzernherren von Bayer sich auf längere Sicht enorme Profitmöglichkeiten ausrechnen. Der Weltmarkt für Magnetbänder entwickelt sich mit jährlichen Steigerungsraten von mindestens 15 Prozent. Sein finanzieller Umfang wird bereits heute auf 7,7 Milliarden Mark geschätzt.

Das Kapitalisten- und Manager-Fachblatt „Wirtschaftswoche" befaßt sich in seiner Ausgabe vom 5.11.1982 mit dieser Konzernstrategie und berichtet: „Für Bayer-Chef Herbert Grünewald ist die Tochter auf dieses Geschäft (das Geschäft mit den elektronischen Medien — RM) gut vorbereitet. ‚Bayer', so meint er, ‚wird noch viel Freude an Agfa-Gevaert haben'."

Agfa-Stillegung durch Aufsichtsrat bestätigt

Belegschaftsversammlung: Kollegen brachen zusammen

MÜNCHEN. — Am Donnerstag letzter Woche faßte der Aufsichtsrat der Agfa-Gevaert AG erneut den Beschluß, daß das Kamera-Werk in München stillgelegt wird. Am Freitag morgen kam es daraufhin auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung zu erschütternden Szenen.

Mehrere Belegschaftsmitglieder konnten die Nachricht von dem erneuten Stillegungsbeschluß nicht verkraften und brachen mit Kreislauf- und Herzattacken zusammen. Ein Notarzt mußte herbeigerufen werden.

Große Empörung herrschte, als Betriebsratsvorsitzender Karl Müller mitteilte, daß von Unternehmerseite alle Alternativvorschläge zur Aufrechterhaltung des Kamerawerkes rigoros abgelehnt worden sind.

Der Aufsichtsrat hatte zum zweitenmal über die Stillegungsabsicht des Konzernvorstandes beschließen müssen, weil ein bereits vor Wochen gefaßter Stillegungsbeschluß formal nicht korrekt zustandegekommen war. Auch diesmal war für das Abstimmungsergebnis wieder ausschlaggebend, daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden doppelt zählt. Die Aufsichtsräte der sogenannten Arbeitnehmerbank stimmten gegen die Stillegung.

Nach Arbeitsschluß um 14.30 Uhr versammelten sich erregt diskutierende Gruppen von Werksangehörigen vor dem Agfa-Hochhaus, um ihren Protest zu zeigen und über Kampfschritte zu beraten. Der IGM-Bevollmächtigte Alois Laus sagte bei diesem Anlaß: „Die IG Metall muß mit tiefer Enttäuschung und Entrüstung diese Entscheidung der Aufsichtsratsmehrheit zur Kenntnis nehmen. Akzeptieren können wir diese Entscheidung jedoch in keinem Fall."

Diese Erklärung darf jedoch kein leeres Wort bleiben. Die unmenschliche Entscheidung der Kapitalisten des Bayer-Konzerns „nicht zu akzeptieren", kann nur bedeuten, den Kampf für die Erhaltung des Werkes zu organisieren. Einen anderen Weg als Kampfmaßnahmen der Arbeiter und Angestellten zur Rettung des Werkes gibt es nicht!



Die Sauerei ist riesengroß — Jung und Alt sind arbeitslos! So wurde bei einer Demonstration von Metallern in München am Montag letzter Woche gerufen, die sich gegen Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Arbeitsplatzvernichtung in der bayerischen Landeshauptstadt richtete. Konkreter Anlaß für die Demonstration und Kundgebung, zu der die IG Metall aufgerufen hatte, war die angekündigte Stillegung des Münchener Kamera-Werkes von Agfa mit 3200 Arbeitsplätzen. Viele Transparente forderten: „Keine Schließung des Agfa-Werkes!". Ein Transparent trug die Aufschrift: „Keine Schließung von Agfa — Arbeitsplätze statt Sozialplan!" Es waren aus vielen Münchener Betrieben, aber auch von den Agfa-Werken in Peißenberg, Kollegen gekommen. Bei der Kundgebung im Stadion an der Grünwalder Straße wurde Oberbürgermeister Kiesl (CSU) ausgepfiffen, der von der IGM-Ortsverwaltung unverständlicherweise als Redner eingeladen worden war. Nach Angaben der IG Metall beteiligten sich 10000 Menschen an der Aktion.

Entlassungsfeldzug bei Thyssen

6000 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden

DUISBURG. — Einen drastischen Arbeitsplatzabbau haben jetzt auch die Bosse des größten deutschen Stahlkonzerns, der Thyssen AG, angekündigt. Allein bis zum September 1983 will Thyssen die Belegschaften in seinen Hüttenbetrieben um rund 3000 verringern.

Vor einiger Zeit wurde den Belegschaften der Thyssen AG ein „7-Punkte-Programm" des Konzernvorstandes bekannt gegeben, das folgendermaßen aussieht:

1.) Bis auf weiteres im Angestelltenbereich keine Ersatz- und Neueinstellungen.

2.) Im Lohnempfängerbereich ab sofort Einstellungen nur noch mit vorheriger, schriftlicher Zustimmung des Ressortvorstandes.

3.) Unbezahlter „Zusatzurlaub" für ausländische Kollegen nach dem Modell Mannesmann.

4.) Kurzarbeit mit Null-Arbeitszeit.

5.) Vorzeitiges Ausscheiden älterer Kollegen noch unter 59 Jahren.

6.) Massenentlassungen von monatlich bis zu 29 Beschäftigten pro Standort. (Erst ab 30 Entlassungen pro Monat besteht Anmeldungspflicht beim Arbeitsamt.)

7.) Generelle Verringerung des Personalstandes im überbetrieblichen Bereich um mindestens 5 Prozent bis spätestens 30. September 1983.

Aus den Plänen der Thyssen-Bosse errechnet sich eine Zahl von mindestens 3000 Arbeitsplätzen, die bis Ende September nächsten Jahres bei Thyssen abgebaut werden sollen. Die Duisburger Ortsverwaltung der IG Metall schätzt darüber hinaus, daß für das Jahr 1984 ein Personalabbau um weitere 3000 Beschäftigte geplant ist. Damit wären innerhalb von relativ kurzer Zeit 6000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Belegschaft der Thyssen AG liegt zur Zeit bei 34000 Beschäftigten.

Weg mit dem „7-Punkte-Programm"!

Mit der Veröffentlichung des „7-Punkte-Programms" haben die Thyssen-Bosse einen ersten Schritt zu einem neuen Rationalisierungsfeldzug getan, der weit radikaler als vergleichbare Maßnahmen der vergangenen Jahre in diesem Konzern ausfallen soll. Dabei muß man sich die Erfahrungen der Belegschaften in anderen Stahlkonzernen vor Augen halten, die diese in den letzten Monaten und Jahren machen mußten.

Beispielsweise bei Hoesch oder Krupp erwies es sich, daß die Rationalisierungskonzepte, mit denen die Konzernherren anfangs herausrückten, zunächst noch nicht das volle Ausmaß der Angriffe auf die Belegschaftsinteressen erkennen ließen. Vielmehr kamen die Bosse, um die Empörung in Grenzen und sich Spielraum für Spaltungsmanöver innerhalb der Belegschaft offenzuhalten, erst nach und nach mit immer radikaleren Maßnahmen heraus. Mit Sicherheit sind auch bei Thyssen noch weitergehende Angriffe zu erwarten, als sie der „7-Punkte-Plan" bereits erkennen läßt.

Für die Belegschaft und ihre Interessenvertreter gibt es jetzt nur eine konsequente Reaktion, die es ermöglicht, den Rationalisierungs- und Entlassungsplänen Einhalt zu gebieten: Das „7-Punkte-Programm" muß kompromißlos abgelehnt werden!

Verhandlungen über die einzelnen Punkte würden den Aufbau einer geschlossenen Kampffront der Belegschaften von vornherein erheblich behindern. Stattdessen ist es notwendig, daß die IG Metall die Belegschaften umgehend unter der Parole „Weg mit dem 7-Punkte-Programm" zu Protestaktionen mobilisiert.

Was tut die IGM-Führung?

Gemeinsame Aktionen der Stahlwerker müssen her!

Gegenwärtig spitzt sich die die Krise der Stahlindustrie dramatisch zu, und die Stahlbarone verschärfen ihren Feldzug gegen die Arbeitsplätze wie noch nie zuvor. Ob bei Hoesch, Krupp, Peine-Salzgitter, ARBED, Klöckner oder jetzt Thyssen: Überall werden Stillegungen, Rationalisierungsfeldzüge und Massenentlassungen ins Werk gesetzt. Seit 1974, dem Jahr des großen Kriseneinbruchs, haben die Stahlbarone in der Bundesrepublik bereits 100000 Arbeitsplätze ausradiert! Und für die kommenden Monate sind von den verbliebenen 259000 Stahlarbeitsplätzen mindestens weitere 30000 in akuter Gefahr!

Angesichts dieser Situation fragt man sich: Wann endlich ergreift die Führung der IG Metall die schon lange überfälligen und aus der Basis immer wieder geforderten Initiativen für branchenweite, gemeinsame Protestaktionen und Widerstandsmaßnahmen gegen die Kahlschlagstrategie der Stahlbarone?

In einem Flugblatt der Verwaltungsstelle Duisburg der IG Metall für die Belegschaft der Thyssen AG, das sich mit dem „7-Punkte-Programm" (Rationalisierungskonzept des Thyssen-Vorstandes) befaßt, heißt es:

„Die Solidarität aller Stahlarbeiter ist das Gebot der Stunde. Der Arbeitsplatz ist unsere einzige Existenz, darum darf der Arbeitsplatzabbau nicht weitergehen."

Das ist absolut richtig! Nur: Wenn der IGM-Vorstand nicht endlich die daraus folgenden Schritte und Initiativen unternimmt, dann verwandeln sich solche Parolen in leere Phrasen.

Schon vor einem Jahr hat der Vertrauenskörper der IG Metall auf der Klöckner-Hütte die Einberufung einer Stahlkonferenz für alle aktiven IGM-Gewerkschafter aus dem Bereich Eisen und Stahl gefordert, zwecks Beratung über gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitsplatzvernichtung. Die „schnellstmögliche" Einberufung einer solchen Konferenz forderten nun vor wenigen Wochen auch die Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter der IGM auf der Thyssen-Henrichshütte in Hattingen (Ruhr). Wie lange stellt sich die IGM-Führung in Frankfurt gegenüber dieser absolut notwendigen Forderung der Kollegen noch taub?

Sofortige Einbürgerung von Abdallah Abou Rashed!

„Der Kläger hat eine Mitarbeit für Verfassungsschutzbehörden von vornherein abgelehnt"

Die Evangelische Studentengemeinde und das Ausländerzentrum der Stadt München haben die untenstehende Anzeige gegen die bayerische Justiz an verschiedene Organisationen und Presseorgane verschickt, verbunden mit der Bitte um kostenlose Veröffentlichung. Dieser unerhörte Fall der Erpressung und Benachteiligung eines Ausländers, der sich nicht dafür hergegeben hat, Spitzeldienste für den westdeutschen Verfassungsschutz zu leisten, muß in der Tat weitestgehend bekanntgemacht werden. Er wirft auch ein Licht auf die hemmungslosen kriminellen Praktiken der Staatsschützer.

Abdallah Abou Rashed bemüht sich seit elf Jahren um Einbürgerung. Als Flüchtling aus Palästina kam er 1965 in die Bundesrepublik, seit 1970 ist er mit einer Münchnerin verheiratet.

Am 14. Juli dieses Jahres wurden die bayerischen Behörden deutlich: Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof als Berufungsinstanz hob ein früheres Urteil des Verwaltungsgerichts München auf, mit dem das Land verpflichtet worden war, Rashed einen Paß auszustellen.

In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft vor dieser Entscheidung hatte Bayerns Innenminister Tandler zu dem Fall erklärt: „Neben den in das Einbürgerungsverfahren eingebrachten Erkenntnissen liegen mir weitere Informationen vor, die dazu zwingen, den Kläger als erhebliches Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland zu bewerten." Das Gericht nahm diese Äußerung als Grundlage für seine Entscheidung.

Über den Inhalt dieser sogenannten Erkenntnisse hüllt er sich allerdings in Schweigen — unter Berufung auf Paragraph 99 der Verwaltungsgerichtsordnung, der es Behörden erlaubt, Auskünfte zu verweigern, „wenn (...) Vorgänge (...) ihrem Wesen nach geheimgehalten werden müssen", lehnt es Tandlers Ministerium auch ab, Rashed oder seinen Rechtsanwälten Einblick in die Verfassungsschutzakte zu gewähren.

In der Tat liegt überhaupt nichts Greifbares vor. Die Behörden sind bemüht, wenn sie denn schon etwas anführen müssen, sich Begründungen auszudenken.

Hören wir dazu Abdallah Rashed selbst:

„Am 1. Dezember 1971 hatte ich meinen Einbürgerungsantrag gestellt. Mit Bescheid vom 8.11.1977 (!) wurde er abgelehnt. Die Begründung war schlicht und ergreifend: Meine Einbürgerung läge nicht im öffentlichen Interesse.

Ich legte Widerspruch gegen diese Ablehnung ein. Dieser Widerspruch wurde abgewiesen. Diesmal wurde die Regierung von Oberbayern etwas ausführlicher: Grund für die Ablehnung sei meine frühere Mitarbeit in der Nationalunion Syrischer Studenten (NUSS) und in der Union fortschrittlicher Araber (UfA).

Obwohl ich zu dem Zeitpunkt schon über ein Jahr nicht mehr in der NUSS und fast ein Jahr nicht mehr in der UfA tätig gewesen war, wurde angeführt, ich hätte mich „in zwei Emigraten- bzw. Nationalorganisationen für (mein) Heimatland eingesetzt und damit zu erkennen gegeben, daß er sich seiner Heimat mehr verbunden fühlt als der Bundesrepublik Deutschland." Daher sei „die für die Einbürgerung erforderliche freiwillige und andauernde Hinwendung zur Bundesrepublik Deutschland nicht erkennbar".

Ich frage: Wenn ich Bürger der Bundesrepublik Deutschland werden will, muß ich dann das Land vergessen, aus dem meine Vorfahren stammen? Muß ich dann das Land vergessen, in dem meine Eltern seit ihrer Vertreibung aus Palästina leben und in dem ich aufgewachsen bin? Muß ich mir dann vom Verfassungsschutz vorschreiben lassen, mit welchen Bekannten und Freunden ich verkehre?

Dies ist eine Anzeige gegen die bayerische Justiz!

Die bayerische Justiz mitsamt dem Innenminister will einen seit über 17 Jahren in der Bundesrepublik lebenden Palästinenser nicht einbürgern.

Warum? Abdallah Abou Rashed, verheiratet mit einer deutschen Frau und Vater von zwei Kindern, hat sich einfach geweigert, für die hiesige politische Polizei gegen ausländische Mitbürger als Spitzel zu arbeiten.

Der Landesanwalt des Freistaates Bayern führte die im Gericht so aus:

„Weitere Einbürgerungsversuche würde der Kläger nicht erfüllen. Er habe eine Mitarbeit für Verfassungsschutzbehörden von vorneherein abgelehnt."

Wir lehnen diese offiziellen und äußerst bürgernahen Intergrationsversuche für Ausländer in unsere Gesellschaft für verfassungsfeindlich ab — trotz Verfassungsschutz ab.

Deshalb bitten wir um Weiterinformierung und Solidarität in der ganzen Bundesrepublik.

Ausländerzentrum München
Bestellt die Broschüre dazu bei der
Ev. Studentengemeinde München
Friedrichstr. 25, 8000 München 40

Meine frühere Tätigkeit in NUSS und UfA wurde auch als Begründung dafür hergenommen, daß meiner Einbürgerung „erhebliche Belange der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland entgegen"-stünden.

Über die NUSS wußte der Vertreter von Oberbayern auch später vor Gericht nie etwas Schlimmeres zu sagen, als daß es sich um eine politische Organisation handle „mit dem Ziele, auf die politischen Verhältnisse in Syrien und Israel Einfluß zu nehmen".

Und? Nimmt die Regierung von Oberbayern bzw. die Regierung des Freistaats Bayern etwa auch Anstoß daran, daß z.B. der bayerische Ministerpräsident ständig Einfluß auf die politischen Verhältnisse anderer Länder nimmt und zu nehmen versucht?

Im Gegensatz zur NUSS (die nichtsdestoweniger immerzu in einem Atemzug genannt wird) wird die UfA als „gefährliche Organisation" dargestellt, die „für die Vernichtung Israels, die Gründung eines palästinensischen Staates und gegen eine friedliche Lösung des Nahost-Problems" kämpfe. Sie sei „zu der revolutionären Bewegung ‚Volksfront für die Befreiung Palästinas' (PFLP) des Dr. Habasch zu rechnen, die auch vor Terroranschlägen in europäischen Staaten nicht zurückschrecken" würde.

Diese Behauptungen über die UfA sind schlichtweg falsch. Die UfA wurde im April 1976 gegründet und arbeitete für die folgenden, in ihrer Satzung festgelegten Ziele:

1. Soziale und psychologische Unterstützung der Araber in München,
2. Belebung und Verstärkung der arabischen Kultur unter den Arabern,
3. Verstärkung und Unterstützung der deutsch-arabischen Beziehung und Zusammenarbeit,
4. Studien über Probleme der arabischen Welt, welche die Bindung an das Heimatland erhalten sollen.

Als fünften Punkt legte die Satzung Kriterien der Mitgliedschaft fest: „Der Eintritt in den Verein steht jedem Araber offen, der für die Ziele der arabischen Revolution — Freiheit, Sozialismus, Einheit — einsteht".

Auf der Grundlage dieser Satzung hat die UfA gearbeitet, jedenfalls solange ich ihr angehörte. Warum hätte ich ihr nicht angehören sollen? Natürlich interessiere ich mich für das Land meiner Vorfahren, und ich unterstütze die Forderung nach Freiheit, Sozialismus und Einheit. Warum sollte ich nicht? In der UfA betätigte ich mich aktiv besonders für die in Punkt 1 und Punkt 3 genannten Ziele, an den sonstigen Aktivitäten nahm ich schon aus beruflichem Interesse heraus teil.

Meine Tätigkeit und Mitgliedschaft in der UfA beschränkte sich auf wenige Monate, genau gesagt: knapp fünf Monate. Im Oktober 1976 verließ ich München, um dem Verfassungsschutz zu entgehen, und kehrte erst Anfang 1979 zurück. In der Zwischenzeit war ich immer nur kurzzeitig zurück, um meine Familie zu sehen. Im Januar 1977 trat ich aus der UfA ganz aus.



Als einzige Grundlage für die Behauptung, ich sei ein „Sicherheitsrisiko" wegen meiner Tätigkeit in der UfA führt das Innenministerium aber Verfassungsschutzberichte von 1977 bis 1979 an! Tatsächlich weiß die Regierung von Oberbayern ja auch, daß sie mir gar nichts vorwerfen kann. Sie wagt es daher auch nicht, zu behaupten, ich sei ein „Sicherheitsrisiko", sondern sie formuliert vage: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Antragsteller wegen seiner Zugehörigkeit zur Union fortschrittlicher Araber ein Sicherheitswagnis für die Bundesrepublik Deutschland darstellt."

Dem Bayerischen Verwaltungsgericht München, das ich angerufen hatte, reichte diese Art der Argumentation nicht aus. Es hob am 28. Januar 1981 den Ablehnungsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 8.11.1977 und den Widerspruchsbescheid vom 12.10 1978 auf und verpflichtete den Freistaat Bayern, meinem Einbürgerungsantrag stattzugeben."

Die Landesanwaltschaft Bayern legte Berufung ein, mit dem oben genannten Ergebnis. Für Abdallah Rashed hatte so das erstinstanzliche Urteil eigentlich nur negative Folgen:

„In der Zwischenzeit trat ein Zustand ein, der mich nicht nur in meiner Freizügigkeit beträchtlich einschränkt, sondern im täglichen Leben immer wieder zu den unangenehmsten Situationen führt: Seit anderthalb Jahren besitze ich — außer meinem Führerschein — keine gültigen Papiere.

Früher hatte ich einen syrischen Fremdenpaß als Palästina-Flüchtling. Nachdem das Verwaltungsgericht in der ersten Instanz entschieden hatte, daß ich eingebürgert werden müssen, wurde dieser syrische Paß nicht mehr verlängert."

Einen deutschen Fremdenpaß, den Abdallah Rashed daraufhin beim Landratsamt München beantragte, hat er bis heute auch noch nicht erhalten.

Was wirklich hinter diesen ganzen Vorgängen steckt, das schilderte Abdallah Rashed in einem Beschwerdebrief, den er am 5. September dieses Jahres an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags richtete, so:

„Was ich aber besonders betonen möchte, ist, daß das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Sommer 1976 versucht hatte, mich anzuwerben. Ich lehnte es aber ab. Dieser Versuch wurde 1979 noch einmal wiederholt. Es wurde mir von den Beamten des Verfassungsschutzes klar gesagt, wenn ich für sie nicht arbeiten würde, dann würde ich auch nicht eingebürgert. Es gab auch Drohungen, Erpressungen und Bestechungsversuche, bis ich zweimal ohne meine Familie einmal nach Bonn und einmal nach Bremen floh.

Zum Beispiel wurden während der Unterhaltung verschiedene psychologische Taktiken angewandt, die mich bewegen sollten, das Angebot anzunehmen.



So wurde Geld auf den Tisch gelegt. Es wurde auch versprochen, mir weiter in meiner beruflichen und wissenschaftlichen Entwicklung zu helfen. Außerdem wurde erwähnt, daß ich Schwierigkeiten mit der syrischen Politik habe. Diese Äußerung klang für mich als Erpressung, weil der Beamte auch dabei von Ausweisung verschiedener Ausländer, speziell Araber, sprach. Ich verstand daraus, wenn ich nicht für sie arbeite, dann kommt das Gleiche bei mir auch. Was sehr großen Eindruck auf mich machte, war, als der Beamte eine große Akte vor mir auf den Tisch legte und ich davon las. Ich war vom Verfassungsschutz lange Zeit beobachtet worden. Er erzählte, wo ich an bestimmten Tage war und wie lange und mit wem und zeigte mir auch Fotos, wo ich fotografiert war, auch Fotos von verschiedenen Palästinensern. Das alles war für mich ein Einschüchterungsversuch, der mich verunsichern sollte. Ich bin der Meinung, daß die Ablehnung der Einbürgerung und die Ablehnung der Erteilung eines Fremdenpasses und die erwähnten verschiedenen Beschuldigungen die Folge meiner Ablehnung der Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Verfassungsschutz sind. Besonders weil sie Mangel an Fachkräften im Bereich Nahost — Araber und Palästinenser haben. Ich sei für sie wichtig, und mit meinem Studium besitze ich gute Voraussetzungen für sie, wurde mir mehrmals von den Beamten gesagt."

Gerold Tandlers persönliches Eingreifen in den Verlauf der Verfahren, in denen sich Abdallah Rashed darum bemühte, zu seinem Recht zu kommen und eingebürgert zu werden, und das dadurch erfolgte Urteil des Bayerischen VGH droht nun die Angelegenheit endgültig zu Rasheds Ungunsten zu entscheiden. Aber: „Soll das das letzte Wort sein?" fragt Abdallah Rashed, und er wendet sich an alle Demokraten unseres Landes mit der Erklärung:

„Gegen dieses Urteil soll ich mich nicht mehr wehren können. Selbst die beschränkten Möglichkeiten, die ein Revisionsverfahren noch offenläßt, sollen mir nicht mehr offenstehen: **‚Die Revision wird nicht zugelassen.'**

Gegen diese Entscheidung kann ich noch Rechtsmittel einlegen. Das habe ich auch getan. Aber wird mir das noch etwas nützen?

So stehe ich nach 17 Jahren in der Bundesrepublik mit leeren Händen da. Seit fast zwei Jahren habe ich außer meinem Führerschein nicht einmal irgendein gültiges Ausweispapier. Will ich bei einer Bank Geld abheben, wo man mich nicht seit Jahren kennt, will ich bei der Post ein Einschreiben abholen, will ich in einer Bibliothek Bücher ausleihen, will ich ein Auto anmelden, habe ich mit irgendwelchen Behörden zu tun, wo ich mich ausweisen muß — immer muß ich mit Schwierigkeiten rechnen.

Ich kann auch nicht ins Ausland reisen. Einladungen von ausländischen Universitäten, die mich aufgrund meiner wissenschaftlichen Arbeiten zu Vorträgen eingeladen hatten, mußte ich ausschlagen. Das beeinträchtigt meine berufliche Laufbahn beträchtlich. Wofür arbeite ich eigentlich? Die meisten Arbeitsplätze, die für mich in Frage kommen, haben die deutsche Staatsangehörigkeit zur Voraussetzung. So wurde z.B. meine Bewerbung beim Außenministerium in Bonn nur deshalb abgelehnt, weil ich nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitze.

Die ständige Unsicherheit über meine berufliche und sonstige Zukunft, die ständig vor mir stehende Frage: Wird dir nicht alles, was du tust, wieder negativ ausgelegt?, die Angst davor, die eigenen Freunde bespitzeln zu müssen — all das hat meine Nerven und meine Gesundheit überhaupt sehr strapaziert. Meine Frau und meine Kinder haben ebenso darunter gelitten. Meine Ehe stand ständig unter dieser Belastung ...

Mit 19 Jahren, direkt nach dem Abitur, kam ich hierher, hier habe ich studiert, hier habe ich geheiratet und Kinder gemacht, hier habe ich meine Freunde, hier habe ich meine ganze Persönlichkeitsentfaltung erlebt.

Hier ist meine Heimat!

Meine Eltern wurden aus ihrer Heimat vertrieben, als ich kaum zwei Jahre alt war. Ich kam nach Deutschland und fand eine neue Heimat. Warum will man mich hier nicht akzeptieren? Soll ich immer in der Angst leben, wieder vertrieben zu werden?

Ich bin sicher: Wenn ich eingewilligt hätte, für den Verfassungsschutz zu arbeiten, dann hätte nie jemand Zweifel an meiner Hinwendung zu Deutschland gehabt. Dann wäre auch keine Mitgliedschaft in irgendwelchen Organisationen, kein Besuch von irgendwelchen Veranstaltungen, alles, was man mir jetzt vorwirft, kein Grund gewesen, daß ich ein „Sicherheitsrisiko" sein soll. **Im Gegenteil: je eifriger ich dann Veranstaltungen besucht und Kontakt zu politisch engagierten Arabern gepflogen hätte, desto mehr „Hinwendung zum Deutschtum" hätte ich wohl bewiesen. Als wenn der Bayerische Verfassungsschutz unter Herrn Langemann Deutschland wäre ...**

Fortsetzung auf Seite 7

Türkischer Antifaschist ermordet

Am Mittwoch, den 10.11., überfielen drei türkische Faschisten auf dem Kehler Marktplatz drei türkische Kollegen. Sie lauerten ihnen mit Messern und Fahrradketten auf. Bei dem Überfall wurde der 19jährige Ahmed Tat ermordet. Seine beiden Freunde erlitten lebensgefährliche Verletzungen und wurden auf Intensivstationen in Straßburg und Kehl eingeliefert.

Bei dem Überfall wurde auch einer der Faschisten getötet, die anderen beiden sitzen in U-Haft. Bei den Faschisten handelt es sich u.a. um den Sekretär des Kehler Islamischen Kulturvereins Idealisten (Mitglied der berüchtigten Türk-Föderation, die Dachorganisation der Terrorbande Graue Wölfe ist), sowie seinem Sohn, der getötet wurde.

Ahmed Tat ist nicht der erste türkische Kollege, der von den Grauen Wölfen in der BRD ermordet wurde. Ähnliche Überfälle geschahen schon in Aachen, Berlin und anderen Städten. Der Sekretär des islamischen Kulturvereins in Kehl hat schon mehrfach türkische Mitbürger, die nicht Mitglied im Kulturverein werden wollten, bedroht und tätlich angegriffen. Nebenbei sei bemerkt, daß Strauß sehr gute Beziehungen zur Türk-Föderation und ihrer Mutterpartei MHP (der Partei der Faschisten in der Türkei) hat. Dessen Vorsitzender Alparslan Türkes hat Strauß als seinen persönlichen Freund bezeichnet und mehrfach Gespräche mit ihm geführt.

Der Vorsitzende der Türk-Föderation in der BRD, Celestri, wurde in diesem Jahr verhaftet, da er direkt vor dem Papst-Attentat in enger Beziehung zu dem Attentäter Mehemet Ali Agca stand, der ebenfalls Mitglied der MHP war. Diese türkischen Faschisten können in der BRD ungehindert ihre Organisationen aufbauen, sogenannte Kulturvereine und Koranschulen einrichten, Politik betreiben und Terror organisieren.

Die antifaschistischen, türkischen Organisationen fordern gemeinsam mit *Volksfront*, BWK und KPD das Verbot dieser faschistischen Organisationen und ihre Zerschlagung.

Was macht die bürgerliche Staatsmacht stattdessen: Wie schon sooft wirft sie gemäß Ministerpräsident Späths Maxime „Keine Duldung von gewaltsamen Auseinandersetzungen unter Ausländern" Opfer und Täter in einen Topf. Die beiden verletzten Kollegen stehen in den Krankenhäusern unter polizeilichem Gewahrsam und müssen mit ihrer Abschiebung rechnen.

Gegen den Anschlag sind Plakate geklebt und Flugblätter in Baden-Württemberg verbreitet worden.

T.L., Karlsruhe

Faschist bei „Holocaust" Diskussion

In Köln bekam er keinen Raum zum Sprechen, der WDR aber ermöglichte ihm einen großen Auftritt im ersten Programm des Deutschen Fernsehens: der englische Faschist und sogenannte Historiker David Irving.

Die Deutsche Volksunion des Herausgebers der faschistischen „National-Zeitung", Dr. Frey, wollte mit ihm in Köln eine Veranstaltung machen. Aber aufgrund des antifaschistischen Protestes wurden dafür keine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Irvings Beliebtheit bei den deutschen Neonazis erklärt sich daraus, daß er unter der Vorspiegelung von Geschichtsforschung und Wissenschaftlichkeit versucht, den Hitler-Faschismus zu beschönigen.

Eine seiner Hauptthesen: Hitler habe von der Judenvernichtung gar nichts gewußt und sie nicht gewollt.

Ausgerechnet im Fernsehen, ausgerechnet in der Diskussion nach Abschluß des vierten und letzten Teils der Fernsehserie „Holocaust" bekam er die Möglichkeit, diese Unverschämtheiten zu verbreiten — der WDR hatte ihn nachträglich zu der Diskussionsrunde eingeladen! Zwar nahm Stefan Heym, der neben Heinrich Albertz, Martin Walser und anderen Persönlichkeiten an der Runde teilnahm, zur Person Irvings Stellung, nachdem er selbst offenbar erst kurz vorher darüber informiert worden war, mit wem er es dabei zu tun hatte; aber leider brachte weder er noch die anderen es fertig, ultimativ die Rücknahme dieser Provokation zu fordern und sich zu weigern, sich mit so einem Faschisten an einen Tisch zu setzen.



„Herrlich: endlich gleichberechtigt!"

Frauen, hier könnt ihr euren Mann stehen!

DORTMUND. — Am 18. November besuchte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor die Polizeischule Selm-Bork, um die ersten 74 Schutzpolizistinnen des Bundeslandes zu begrüßen. Sie haben am 1. Oktober ihre Ausbildung begonnen.

„Sie haben blonde Locken, freche Pferdeschwänze oder brave Bubischnitte. Auch Lippenstift und zartes Rouge sind kein Tabu: So sehen Nordrhein-Westfalens erste Schutzpolizistinnen aus. Also ganz normal — wie die Mädchen von nebenan." So begeistert sich Detlev Lampe, Schreiber in der „Bild"-Zeitung, über diesen angeblichen Fortschritt bei der Gleichberechtigung der Frau.

Das ist doch auch noch eine Zukunftsperspektive. Während ansonsten heutzutage vor allem wieder das Hohelied der Mutter und Hausfrau gesungen wird, ist dies wohl die andere Seite des „neuen Frauenlieds": Schön und fit und zielsicher. „Wir wollen keine Schönwetterpolizei. Ich bin sicher, die Polizeibeamtinnen werden im harten Männerberuf ihren Mann stehen." Das sagte wieder Herbert Schnoor. Dementsprechend ist auch die Ausbildung der jungen Polizistinnen.

Das Experiment mit Frauen im Dienst der sogenannten Schutzpolizei soll erklärtermaßen auch der Sympathiewerbung dienen, und unter dem Schlagwort der Gleichberechtigung soll der Ausbau der Polizeiarmee geradezu sympathisch erscheinen.

Wohlgemerkt: Wir haben durchaus nichts dagegen, daß Frauen schießen lernen. Aber Dienst bei den bewaffneten Kräften des Ausbeuterstaates hat nichts Positives und ist auch kein Ziel der fortschrittlichen Frauenbewegung.

Fortsetzung von Seite 6

Da ich abgelehnt habe, bin ich ein Sicherheitsrisiko, wenn ich die normalsten demokratischen Rechte in Anspruch nehme und mir erlaube, eine Meinung zu haben und mich zu informieren.

Diese Überzeugung habe ich, weil ich weiß, was zu mir gesprochen wurde. Und weil ich weiß, daß was auch immer in den geheimnisvollen Akten des Herrn Tandler über mich drinstehen mag, es nicht Stichhaltiger sein kann, als das, was auf den Tisch gelegt wurde. Auch wenn das Innenministerium das Gegenteil behauptet. Und auch, wenn der Gerichtshof sagt: „Im Hinblick auf die Erklärung des Staatsministers des Innern ist auch auszuschließen, daß der Beklagte die Einbürgerung des Klägers in unzulässiger Weise von seiner Mitarbeit bei den Verfassungsschutzbehörden abhängig gemacht hat."

Nachdem ich all dies jahrelang in mir verschlossen habe, sehe ich nun keinen anderen Ausweg mehr als mich an die Öffentlichkeit zu wenden. Ich hoffe nur, daß es nicht schon zu spät ist, daß ich das tue.

Ich kam her mit Begeisterung für Demokratie. Und ich glaube noch immer, daß dies nicht das letzte Wort sein kann, daß dieses Land über mich gesprochen haben soll."

Daß es nicht das letzte Wort ist, dafür müssen sich all die einsetzen, die nicht hinnehmen wollen, daß „dieses Land" als identisch mit Tandler und Co. angesehen wird. Alle Demokraten und Antifaschisten, alle Gegner von Strauß und Tandler.

Wir fordern einen deutschen Paß für Abdallah Abou Rashed!

Zimmermann führt die Feder

In diesen Tagen wird die Bundesregierung die Kommission für Ausländerfragen einsetzen, die sich mit wesentlichen Punkten der Ausländerpolitik befassen und bis zum 1. März nächsten Jahres „Vorschläge und Empfehlungen" vorlegen soll. Sie soll aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Gemeinden bestehen — „Die Federführung liegt beim Bundesinnenministerium".

Das erläuterte Innenminister Zimmermann auf einer Tagung des Bundesvorstandes und Hauptausschusses der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU in München. Dabei betonte er erneut, daß es in Zukunft für auch dem angeblichen Grundrecht auf die Unversehrtheit der Familie Hohn spricht, wie üblich mit einer angeblichen Sorge um die Zukunftsaussichten der Kinder, die für ältere „Seiteneinsteiger" düster seien. Daß es dieser Staat ist, der ihre Chancen durch eine gezielte Politik bzw. Unterlassung und Verhinderung jeglicher Hilfe zunichte macht, verschweigt Zimmermann. So soll die Zerstörung der Familien ausländischer Mitbürger endgültig festgeschrieben werden. Die Unionsparteien sind dabei zu jedem Zynismus fähig. Wie sagte doch Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung: „Die Bundesregierung wird (...)



Kinder ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik, die aus Ländern außerhalb der EG stammen — für die Türkei soll das auch gelten, wenn sie demnächst assoziiert wird —, ein Zusammenleben mit ihren Eltern nur dann geben soll, wenn sie jünger als sechs Jahre sind. Begründet wurde dieser Vorschlag, der unter anderem den Familiennachzug begrenzen — gerade auch im Interesse der Kinder, **die einen Anspruch auf Familie haben.**" Da fehlen einem doch die Worte.

Aber wichtiger als Worte sind jetzt auch verstärkte Aktivitäten gegen die Ausländerfeindlichkeit, verstärkter Protest gegen die Politik der schwarzen Reaktion.

Justiz in der Krise

Mitte November traten die Teilnehmer des 5. „Richterratschlags" mit zwei Papieren an die Öffentlichkeit, die wir im folgenden dokumentieren. Der „Richterratschlag" ist ein Gesprächskreis von Juristen, von denen viele in der Gewerkschaft ÖTV organisiert sind; er entstand bei einer Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Boll über „Justiz und Nationalsozialismus". Die darin mitarbeitenden Juristen machten unter anderem durch ihren Protest gegen die Nürnberger Massenverhaftungen von sich reden.

Die beiden neu verabschiedeten Papiere befassen sich mit den „Folgen der ökonomischen Krise für Justiz und Rechtsprechung". Sie stellen heraus, daß infolge der Krise und der beabsichtigten Einsparungen im Gerichtswesen gerade die sozial Schwachen in Zukunft noch schlechter darstehen werden. Wenn diese Juristen auch nicht von dem Bewußtsein ausgehen, daß es sich bei der bundesdeutschen Gerichtsbarkeit grundsätzlich um eine Klassenjustiz im Dienste des Kapitals handelt, so sind doch die von ihnen angesprochenen Punkte selbst Hinweise und Beleg dafür.

(Mit politischen Verfahren hatte sich der 5. „Richterratschlag" nicht befaßt).

„Die sozial schwachen Schichten und die auf ihre Rechte Angewiesenen, ohnehin schon seit eh und je benachteiligt, haben es jetzt vor Gericht noch schwerer. Sie treffen nämlich auf eine Justiz, die selbst von der Krise nicht unberührt bleibt. Bei zu geringer Personalausstattung fällt in dem Maße Mehrarbeit an, als der Richter gesetzliche Möglichkeiten zur Hilfe suchen und nutzen will. Wir nehmen uns vor, die rechtlichen Möglichkeiten zur Hilfe für die von der Krise Betroffenen voll auszuschöpfen, sehen aber, daß auch eine gutwillige Justiz dabei auf harte Grenzen stößt. Die Härte der Krise schlägt — durch die Justiz allenfalls schwach gemildert — auf die Betroffenen durch.

In dieser Situation wollen wir Richter und Staatsanwälte, die sich im Richterratschlag treffen, uns gegen den Mißbrauch der Justiz durch überstarke und nicht legitimierte wirtschaftliche und politische Macht wehren. Wir wollen im Vorfeld der Gesetzgebung, zusammen mit gewerkschaftlichen Gruppierungen, auf das öffentliche Bewußtsein einwirken.

Im einzelnen haben wir zum Beispiel folgende Krisenprobleme erörtert:

1. Wo die Rechtsprechung Freiräume zugunsten der Gesetzesunterworfenen nutzt, schraubt der Gesetzgeber fortwährend die Rechte durch Gesetzesänderungen zurück.

2. Oft kommen restriktive Gerichtsentscheidungen beabsichtigten Gesetzesänderungen sogar zuvor, etwa bei der Versagung des Kindergeldes für Asylbewerber.

3. Die Tarifautonomie gerät durch immer häufigeres Heranziehen von Asylbewerbern, deutschen Sozialhilfeempfängern und Straffälligen zu Arbeitsleistungen, die ohne den rechtlichen Schutz eines Arbeitsverhältnisses erbracht werden müssen und nicht tarifgerecht entlohnt werden, in Gefahr.

4. Fremdenfeindliche und autoritäre Stimmungen der Öffentlichkeit strömen in Gerichtsentscheidungen ein, wie etwa in die „Folgeurteile" der Verwaltungsgerichtshöfe von Baden-Württemberg und Hessen.

5. Im Mietrecht hat die ökonomische Krise zu einer Zunahme der Räumungsklagen geführt, weil Mieter den Mietzins nicht mehr aufbringen können. Wenn jetzt das geltende Mietrecht durch Erleichterung der Mietzinserhöhung und Einschränkung des Kündigungsschutzes „liberalisiert" werden soll, bedeutet dies für die Mieter eine weitere entscheidende Wende zum Schlechteren. Wir befürchten die Entstehung von schlecht ausgestatteten, überbelegten Wohnquartieren mit allen bekannten sozialen Folgen.

6. Als bedenkliches Symptom der Entwicklung im Strafrecht sehen wir die Schwierigkeiten, in die vermögenslose Angeklagte geraten, wenn es sich um die Verhängung von Geldstrafen und -bußen anstelle von Freiheitsstrafe handelt."

Die beim 5. „Richterratschlag" versammelten Richter und Staatsanwälte wandten sich auch gegen die Gesetzgebungsvorschläge der Konferenz der Landesjustizminister vom September 1982:

„Die Vorschläge sollen nur scheinbar der Entlastung der Strafjustiz dienen. Tatsächlich führen die vorgeschlagenen Maßnahmen zu einem kurzen Prozeß und bewirken einen Abbau rechtsstaatlicher Verfahrensgarantien zugunsten des Angeklagten.

Das gilt insbesondere für die Vorschläge, das amtsgerichtliche Verfahren zu einem summarischen Verfahren ohne formelles Beweisrecht zu degradieren, die Rechtsmittel einzuschränken, den Angeklagten und der Verteidigung das Rederecht zu beschneiden und die Möglichkeit zu schaffen, auch polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Protokolle in der Hauptverhandlung zu verlesen, ohne daß die Zeugen persönlich vernommen werden. Bezeichnenderweise sind die Vorschläge nicht neu. Als Vorlage haben offenbar Notverordnungen aus der Zeit von 1932 bis 1944 gedient.

Der Richterratschlag teilt uneingeschränkt die Auffassung der Mehrheit der Anwaltschaft und der in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Richter und Staatsanwälte, die die Justizministervorschläge ablehnen und sie als Horrorliste bezeichnen.

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten, Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt, haben den nebenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR initiiert.

Mittlerweile haben ihn weit über 250 Menschen unterschrieben, unter ihnen so Prominente, wie der frühere Regierende Bürgermeister von Westberlin, Heinrich Albertz, der Nobelpreisträger Heinrich Böll und viele andere Wissenschaftler, Literaten und Ärzte.

Wir möchten alle „Roter-Morgen"-Leser aufrufen, ebenfalls die unten abgedruckte Solidaritätserklärung zu unterzeichnen und an die angegebene Adresse einzusenden.

Solidarität tut not.

Freiheit für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,
im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von Amnesty International als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

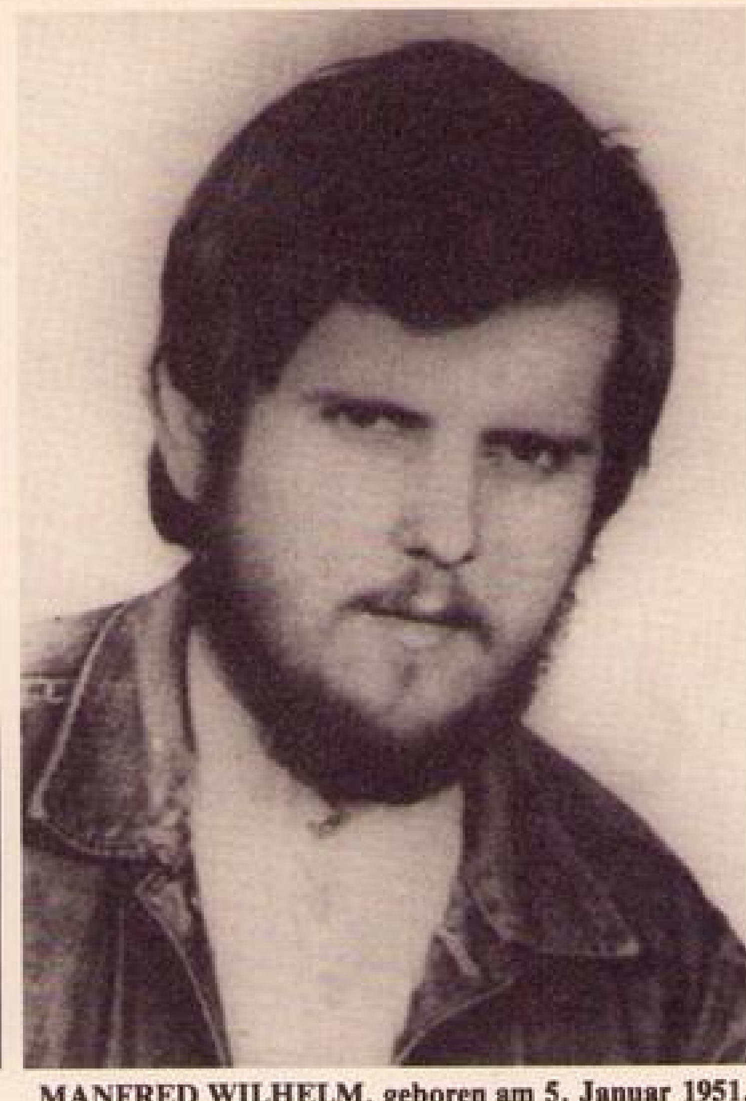
Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Diesen Appell haben bisher unter anderem unterschrieben:

Heinz Abosch, Düsseldorf
Prof. Dr. H.G. Adler, London
Ilse Aichinger, Bayrisch Gmain
Herbert Albert, Bad Oldesloe
Heinrich Albertz, Berlin
Ulrich Anschütz, Berlin
Heinz Ludwig Arnold, Göttingen
Andreas Augsburg, Osterholz-Scharmbeck
Wolfgang Beck, München
Dr. Wolfgang Behm, Berlin
Hans Bender, Köln
Wolfgang Bendler, München
Dr. Hendrik Benson, Monrovia
Dr. Manfred Bentrup, Worpswede
Wolfgang Bergmann, Lüneburg
Angela Bernhardt, Stadthagen
Horst Bienek, Ottobrunn
Horst Bingel, Frankfurt
Anna Birnbaum, Berlin
Timbeaux Black, Hamburg
Dr. Georg Bleyer, Lilienthal
Iris Bleyer-Rex, Lilienthal
Britta Bock, Grasberg
Heinrich Böll, Hürtgenwald
Senta Böll, Bremen
Lydia von Borstel, Bremen
Hermann Bortfeldt, Bonn
Dr. Knut Bortfeldt, Lilienthal
Dr. Bothem, Bremen
Dr. Peter Brandt, Berlin
Horst Breitner, Worpswede
Dieter Buchholz, Bad Oldesloe
Heiner Bunte, Lilienthal
Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach
Karin Busch, Bremen
Christiane Butt, Basel
Viktor Czitkovits, Hamburg
Prof. Dr. Gerhard Dautzenberg, Gießen
Ulf Dihle, Worpswede
Hugo Dittberner, Kalefeld
Kathrin Donte, Berlin
Ingeborg Drewitz, Berlin
Wolfgang Drössler, Bremen
Dr. Dieter Eichenlaub, Berlin
Dr. Heinrich Ellermann, Vaduz
Hans Magnus Enzensberger, München
Elden Fensch-Becher, Worpswede
Ota Filip, München
Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Berlin
Dr. Ingo Freudenhammer, Monrovia
Alice Friedli, Basel
Annemarie Gaugel, München
Ingrid Gehiken, Worpswede
Margot Gehlenborg, Bremen
Andreas Goehrt, Grasberg
Bernd Grashoff, Frasdorf
B. Gratzke, Noderstedt
Martin Gregor-Dellin, Gröbenzell
Ulrich Greinert, Lilienthal
Maja Friedel Greiser, Hamburg
Maja Greiser-Albert, Bad Oldesloe
Dr. Mathias Groll, Bremen
Dr. Andreas Gutzwiller, Basel
Claudia Gutzwiller, Basel
Dr. Peter Gutzwiller, Zürich
Ursula Gutzwiller, Basel
Bärbel Haase, Teufelsmoor
J.M. Hahn, Berlin
Peter Hakawarth, Bremen
Ursula Hanstein, Bremen
Andreas von der Harpe, Quickborn
Tina Hartick, Wülfrath
Volker Hartick, Wülfrath
Egon Hass, Hamburg
Alice Hasselbach, Worpswede
Cornelia Hasting, Worpswede
Steffen Hasting, Worpswede
Gert Heidenreich, Weßling
Gisela Heidenreich, Weßling
Georg Heinemann, Bremen
Elke Hergert, Bremen
Dr. Karl Hans Herter, Bremen
Elke Horniewicz-Drössler, Bremen
Heinz Hostning, Hamburg
Prof. Dr. Urs Jaeggi, Berlin
Otto Jägersberg, Baden-Baden
Peter Jokostra, Kasbach
Dr. Eberhard Just, Garmisch
Ilse Just, Garmisch-Partenkirchen
Dr. Rolf Kappes, Monrovia
Rainer Kettler, Worpswede
Antje Kirbis, Berlin
Dr. E.A. Klusen, Düsseldorf
Eva Klusen, Düsseldorf
Jutta Knipp, Bremen
Egon Koch, Grebin
M. Kodenitz, Bremen
Gerd Köhnken, Worpswede
Hartmut Kreikenbau, Worpswede
Verena Kreikenbaum, Woprswede
Dr. A. Krassat, Basel
Reinhold Kuder, Allschwill
Prof. Dr. Hans Küng, Tübingen
Claudia Lange, Berlin
Hartmut Lange, Berlin
Ingrid Lange, Berlin
Gabriel Laub, Hamburg
Dr. Thies Lehmann, Berlin
Dr. Jan Leidel, Köln
Dr. Siegfried Leidel, Köln
Marita Lingenfelder, Worpswede
Christel Lüthje, Hamburg
Ruta Marchel, Binningen
Prof. Dr. C. Mayer, Pohlheim
Ingrid Mays, Hamburg
Edmund von der Meden, Hamburg
Winfried Mehrtens, Lilienthal
Til Meier, Bremen
Dr. Ursula Menck, Bremen
Jörg Merholz, Frankfurt
Dr. Lutz Mez, Berlin
Mareike Milz, Worpswede
Johanna Moosdorf, Berlin
Peter Mühlhoff, Bremen
Otto Müller, Hamburg
I. Muskat, Hamburg
Kristen Muskat, Hamburg
Margrit Muskat, Hamburg
Angela Nagel, Ottersberg
Eva Nagel, Grasberg
Horst Nagel, Grasberg
Klaus Nagel, Althuste
Reinhard Nagel, Ottersberg
Matthias Neumann, Worpswede
Elfriede Nicolai, Hamburg
Maja Niederberger, Basel
Ulrike Ohlenbusch, Worpswede
Hans Jürgen Paech, Berlin
M. Paetzke-Hasselmann, Bremen
Elke Pätzold, Lilienthal
Prof. Dr. Ulrich Pätzold, Dortmund
Ute Pätzold, Stadthagen
Axel Peppke, Bremen
Michael Peters, Lilienthal
Dr. Ingeborg Peters Parow, Hamburg
Elsa Pöllot, Bergisch Gladbach
Karin Prelle, Tarmstedt
Inge Preuß, Worpswede
Prof. Dr. Harry Pross, Berlin
Angelika Rademaker, Grasberg
Dirk Rademaker, Grasberg
Erika Reif, Kaltenengers
Reinholf Reif, Kaltenengers
Dagmar Reimann, Hamburg
Robert Reimann, Hamburg
Sabine Richter, Worpswede
Andreas Ristau, Grasberg
Wilhelm Rohedenburg, Worpswede
Jürgen Roth, Frankfurt
Christina Schaak, Hamburg
Mignon Schauer, Neumünster
Veronika Schick, Hamburg
Karin Schiek, Bremen
Heinrich Schirmbeck, Darmstadt
Elke Schlo, Lilienthal
Joachim Schmahl, Bremen
Wolfgang Schmidtholstein, Bremen
Elke Schmidt-Stein, Rückerstorf
K.P. Schreckenberg, Bremen
Jutta Segitz, Rückersdorf
Mechthilf Siebert, Lilienthal
Günter Skupin, Henstedt Ulzburg
Dorothee Sölle, Hamburg
Prof. Dr. Ulrich Sonnemann, Gudensberg
Gerd Sowka, Düsseldorf
Gerold Späth, Rapperswil
Egbert Spars, Hamburg
Hermann Stahl, Diessen
Prof. Dr. F. Steffensky, Hamburg
Gertrud Stoyke, Bremen
Prof. Dr. Wolfram Thiemann, Lilienthal
Dr. Ulrich Thieme, Berlin
Philippo Esteban Trawcoso, Berlin
Maja Uphoff, Worpswede
Philipp Uphoff, Worpswede
P. Vanderelst, Bremen
Prof. Dr. Marie Veit, Marburg
Guntram Vesper, Göttingen
Dr. Hans Voss, Bremen
Helga Vogelsang, Lilienthal
Hartmut Waechtler, München
Martin Walser, Überlingen
Klaus Weber, Offenbach
Brigitte Woller, Worpswede
Ulrich von Wulffen, Grasberg
Ulrike Zak, Bremen
Günter Zint, Hamburg
Dr. Jürgen Zippel, Hamburg
Gerhard Zwerenz, Schmitten



ANDREAS BORTFELDT, geboren am 1. Mai 1953. Verheiratet. Zwei Kinder. Diplom-Mathematiker. Verhaftet am 19.3.81, verurteilt am 9.7.82 zu 8 Jahren Haft. Derzeit in der Haftanstalt Bautzen.



MANFRED WILHELM, geboren am 5. Januar 1951. Ledig. Betriebsschlosser. Verhaftet am 19.3.81, verurteilt im Juni 1982 zu 8 Jahren Haft. Derzeit in der Haftanstalt Brandenburg/Havel.

Solidaritätsaktion der Angehörigen

Neuer Druck auf die DDR-Behörden

Dr. med Knut Bortfeldt, Landarzt in Woprswede in Norddeutschland, ist ein Halbbruder von Andreas Bortfeldt, der in der DDR in Haft sitzt. Zusammen mit anderen Angehörigen hat er nach der Verurteilung von Andreas angefangen, Unterschriften für einen Appell an den Ministerrat der DDR zu sammeln.

Die nebenstehende (auszugsweise) Wiedergabe der Unterzeichner zeigt den Erfolg der Sammlung. Am 18.11. nun hat Knut Bortfeldt eine Pressekonferenz in Westberlin abgehalten.

Zwar kamen nur Vertreter der Deutschen Presse Agentur, dpa, und von der „Ost-West-Redaktion" des Senders Freies Berlin, aber immerhin wurde diese Initiative noch am gleichen Tage im Rundfunk vorgestellt.



Wer hinter der Mauer oppositionell ist, muß mit starker Verfolgung und unmenschlichen Strafen rechnen. Solidarität mit den gefangenen kommunistischen Oppositionellen in der DDR!

Nach der Pressekonferenz fuhr Knut Bortfeldt mit einem ganzen Aktenordner voller Unterschriften über den Grenzübergang Prinzenstraße/Heinrich-Heine-Straße in die DDR zum Gebäude des Ministerrates. Bei der Eingabestelle für Petitionen wollte er den Appell übergeben.

Zunächst wollte man ihn abwimmeln, die Eingabestelle sei nur für DDR-Bürger, sagte man ihm. Er gab aber nicht auf, und nach einigem hin und her, sagte man ihm, er könne den Brief abgeben.

Als er seinen Ordner zeigte, kam der — typisch deutsche, bürokratische Einwand, der Ordner sei kein Brief. Knut Bortfeldt verlangte einen großen Umschlag, der Ordner wurde eingetütet und dann als Brief angenommen.

Die Annahme des Appells ist schon ein Erfolg, bedenkt man, daß die bei der großen Friedensdemonstration im Oktober 1981 gesammelten Protestunterschriften von der gleichen Stelle zurückgewiesen worden sind. Übrigens mit der Begründung, es handele sich um die Einmischung in eine innere Angelegenheit der DDR.

Während Knut Bortfeldt ohne weiteres wieder nach Westberlin zurückkam, wurde ein Freund von ihm von der DDR-Polizei angehalten und kontrolliert. Er hatte zur gleichen Zeit dieselben (fotokopierten) Unterlagen zur ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR gebracht. Hier hat man ihm zugesichert, diese Unterlagen auf dem Dienstweg an die zuständigen Stellen des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen weiterzuleiten.

Kaum hatte der Freund Knut Bortfelds die ständige Vertretung verlassen, hatte er zwei Volkspolizisten hinter sich, die ihn dann festhielten und seine Personalien aufnahmen.

Auch die Weiterleitung der Liste mit den prominenten Fürsprechern der Gefangenen an die zuständigen westlichen Stellen ist ein Schritt vorwärts. Bisher haben diese auf mehrmalige Anfragen von Knut Bortfeldt nur immer wieder zu verstehen gegeben, daß sie von den Fällen zwar wüßten, aber nichts tun würden.

Knut Bortfeldt nutzte den Westberlinaufenthalt ferner auch noch dazu, einen Informationsstand auf einem Ärztekongreß gegen Atomkrieg durchzuführen. Auch hier wurde der Appell der Angehörigen von vielen Medizinern unterschrieben.

Am gleichen Wochenende benutzten Genossen aus Norddeutschland die feierliche Einweihung der neuen Autobahn durch die DDR nach Westberlin zu einer Protestaktion. Zwar war die große Politiker- und Funktionärsversammlung durch viel Polizei und Bundesgrenzschutz völlig abgeschirmt, es gelang aber immerhin, anwesende Pressevertreter über die Verhaftungen, die Prozesse und Urteile zu informieren.

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name **Anschrift**

....

Unterschrift

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal

Für aktive Solidarität ...

... hat das Solidaritätskomitee für die verhafteten kommunistischen Oppositionellen in der DDR verschiedene Materialien erstellt, die zur Information über die Verhaftungen beitragen, und bei Solidaritätsaktionen gute Dienste tun.

Die Broschüre „Informationen und Dokumente" enthält neben Artikeln und Materialien über die Verhafteten und ihre politische Arbeit auch Angaben zu Haftbedingungen und berichtet über die bisherigen Solidaritätsaktionen. Ferner gibt es Unterschriftenlisten, Protestpostkarten, Kleber und ein Plakat.



Die Broschüre wird zum Solidaritätspreis von 2,— DM vertrieben, alle anderen Materialien gibt es gegen Rückporto kostenlos vom Solidaritätskomitee. Bestellungen bitte an: Horst Dieter Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund.

Die unbekannte Opposition in der DDR Kommunistische Arbeiter gegen das Honecker-Regime



Diese Broschüre der KPD enthält Artikel und Berichte aus dem „Roten Morgen", Ausgabe DDR und dem „Roten Stachel" einer in Ostberlin erscheinenden Flugschrift der KPD. Aus dem Inhalt: Die Ereignisse in Polen aus der Sicht eines DDR-Arbeiters. Die großen und kleinen Gauner. Berichte aus dem Arbeitsleben. Oppositionelle Bestrebungen im „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund" (FDGB). Versorgungslage: Katastrophal. Nichts Neues in punkto Wohnungen. DDR — ein Paradies für Kinder? Berlin Alexanderplatz: Der 7. Oktober 1977 und die Folgen. Die Mauer, die Nationale Volksarmee und die russischen Truppen — in der DDR verhaßt. Frauen in der DDR.

50 Seiten, Preis 2,50 DM zu bestellen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Zum Beispiel Jena

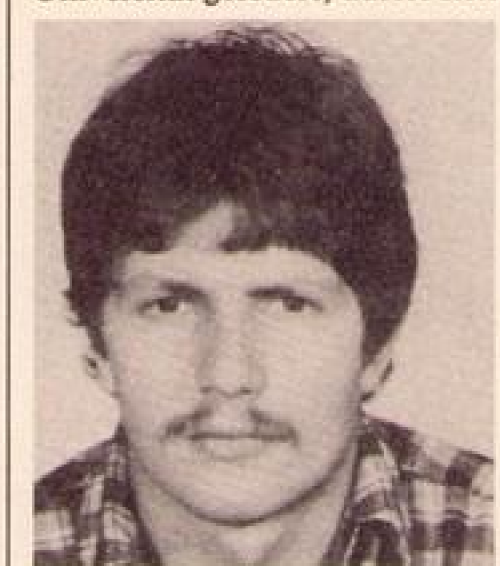
Breite Opposition gegen Honecker-Regime

Die Opposition in der DDR gegen das Bonzen-Regime der Honecker und Co. geht natürlich nicht nur von den Genossen der illegalen KPD der DDR aus. In breiten Teilen der Bevölkerung wächst der Unmut, immer häufiger werden verschiedenste Protest- und Widerstandsaktionen bekannt. Neben den vielen Solidaritätsaktionen von Arbeitern der DDR mit der polnischen Gewerkschaft Solidarność, der sich entwickelnden Friedensbewegung, sind es häufig junge Leute, die sich gegen die staatliche Unterdrückung wehren.

Aus Jena sind in den letzten Monaten einige Fakten bekanntgeworden, die diesen Widerstand zeigen und die sicherlich keine Ausnahmefälle in der DDR darstellen.

Die thüringische Stadt Jena, im Süden der DDR gelegen, kennt man vor allem durch die dortigen Zeiss-Betriebe und die Universität. Drei Fälle aus dieser Stadt zeichnen ein Bild der breiten oppositionellen Szene.

Da ist Roland Jahn, der sich schon 1976, als Student der Wirtschaftswissenschaften mit dem ausgebürgerten Liedermacher Wolf Biermann solidarisierte. Damals wurde er von der Universität gefeuert, durfte sich



Der Transportarbeiter Robert Jahn aus Jena, wegen aktiver Solidarität mit dem polnischen Volk im DDR-Gefängnis.

als Hilfsarbeiter im VEB Carl Zeiss „bewähren". Doch auch während seiner Tätigkeit als Transportarbeiter steckte er nicht zurück, wegen seiner oppositionellen Tätigkeit wurde ihm der Lohn von 900 Mark auf 700 Mark gekürzt.

Die letzte Aktion des Roland Jahn brachte ihn dann ins Gefängnis. Im September 1982 fuhr er mit seinem Fahrrad durch Jena. Am Fahrrad eine polnische, weiß-rote Flagge befestigt mit der — natürlich doppeldeutigen — Parole „Solidarität mit dem polnischen Volk". Die Staatssicherheitspolizei (Stasi) schlug zu. Er wurde fristlos entlassen, die Behörden erkannten ihm das Recht auf Wohnraum ab, er kam in U-Haft, völlig isoliert.

Sogar seine Freundin Beate Sonntag wurde unter Druck gesetzt. Auch ihr wurde die Wohnung gekündigt, sie darf Jahn nicht besuchen, der nicht einmal Lebensmittelpakete und Post ausgehändigt bekommt. Die letzten Nachrichten aus Jena besagen, daß Jahn in einen unbefristeten Hungerstreik getreten ist.

Die harte Gangart der Staatssicherheit in Jena hängt offensichtlich mit anderen Fällen zusammen, die dort trotz Nachrichtensperre und Polizeiwillkür für Unruhe gesorgt haben.

Am 10. April 1981 wurde der 24jährige Matthias Domaschk verhaftet. Er war mit dem Zug aus Jena nach Berlin unterwegs, um bei Freunden an einer Geburtstagsfeier teilzunehmen. Dem Stasi schon länger verdächtig, wurde Domaschk bei Jüterbogk „zur Klärung eines Sachverhalts" aus dem Zug geholt. Zwei Tage später war er tot. Seinen Eltern wurde mitgeteilt, ihr Sohn hätte sich erhängt, am eigenen Hemd.

Seine Freunde aus der kirchlichen Friedensbewegung und kritische DDR-Bürger erfuhren davon erst am Abend vor der Beerdigung. Trotzdem nahmen 200 Leute in einem stummen Zug an der Beisetzung teil, noch heute liegen immer wieder frische Blumen am Grab, die allerdings immer wieder entfernt werden. Die Selbstmordgeschichte glaubt keiner. Nachweislich gibt es in den Zellen des Gefängnisses von Gera, in dem Domaschk starb, keine Haken oder Fensterhebel wie der Stasi behauptet; ferner wollte Matthias Domaschk damals bald heiraten — der Selbstmord ist so völlig unvorstellbar.

Die DDR-Presse lehnte jede Traueranzeige der Freunde Domaschks ab. Erst ein Jahr später erschienen kleine Gedenkanzeigen. Diese wurden ausgeschnitten und von Freunden als Aufkleber in Jena verklebt, was die Behörden wiederum veranlaßte, sie zu entfernen oder bis zur Unleserlichkeit zu zerkratzen.

Im Zusammenhang mit dem Tod des Matthias Domaschk steht auch der bekannteste Fall aus der oppositionellen Bewegung Jenas, die Vorfälle um den 23jährigen Bildhauer Michael Blumhagen. Zum Gedenken an Domaschk hatte Blumhagen im Frühjahr dieses Jahres eine Plastik auf dem Friedhof aufgestellt. Eine kleine Inschrift am Sockel des Gedenksteins erinnerte an den Toten: „Matthias Domaschk — 12.6.57 — 12.4.81"

Einige Tage später ist die Skulptur verschwunden. Als Michael Blumhagen nachforscht, bekommt er widersprüchliche Angaben zu hören. Zunächst hört er von den Ämtern, die Plastik, die einen Trauernden zeigt, seit „beschlagnahmt" worden, später heißt es, sie sei „gestohlen".

Was die Jenaer Behörden damals noch nicht wußten, war, daß die Freunde Blumhagens und Domaschks den Abtransport des Denkmals nicht nur beobachteten, sondern sogar fotografiert hatten. Als diese Fotos —, die vier Männer zeigen, die den Gedenkstein auf den zweirädrigen Anhänger eines schwarzen Ladas verstauen — in den Westen gelangen, geht die Verfolgung des Bildhauers los.

Im Zusammenhang mit den in Jena geklebten Todesanzeigen für Matthias Domaschk wird den Freunden des Toten vorgeworfen, sie selber hätten die Skulptur gestohlen. Blumhagen erhielt ganz plötzlich einen Einberufungsbescheid zu einer Reserveübung der Nationalen Volksarmee, NVA. Normalerweise werden Reservisten in der DDR immer nur zum 1. November oder 2. Mai einberufen — ganz deutlich will man Blumhagen „aus dem Verkehr ziehen".



Die Skulptur des Bildhauers Michael Blumhagen, zum Gedenken an den im Gefängnis umgekommenen Matthias Domaschk auf dem Jenaer Friedhof aufgestellt, wurde von einem Stasi-Kommando abtransportiert.

Wir gedenken unseres Freundes

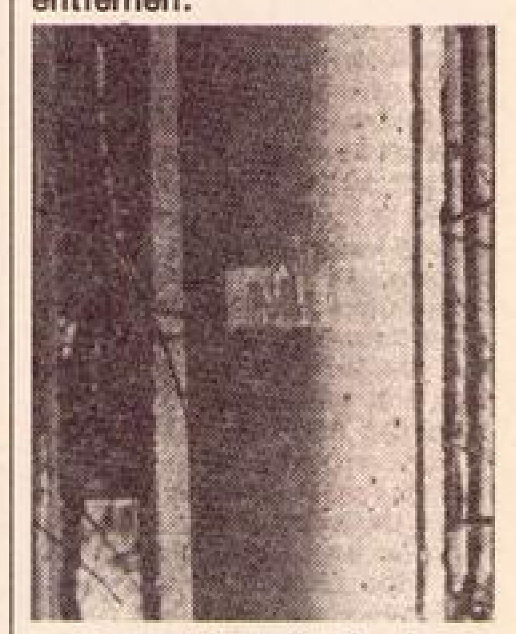
Matthias Domaschk

der im 24. Jahr aus dem Leben gerissen wurde

Manfred, Petra und Roland

Jena, im April 1982

Die Gedenkanzeige für Mathias Domaschk wurde von Freunden in Jena an Lichtmasten und Telefonzellen geklebt. Die Behörden versuchten sie, wo es ging, wieder zu entfernen.



Daraufhin stellt Blumhagen einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Theoretisch ist das in der DDR möglich, wenn die Verweigerer auch nicht „sozialen Friedensdienst" leisten können, wie ihn die Friedensbewegung fordert, sondern als „Bausoldaten" wie es heißt, waffenlosen Dienst in der NVA machen müssen. Reservisten allerdings, also Leute, die schon den normalen Wehrdienst abgeleistet haben, können in der DDR nicht mehr verweigern. So kommen nach diesem Antrag auch prompt Stasi-Beamte in Blumhagens Wohnung in Graitschen bei Jena und verhaften den Bildhauer.

Ein Erfurter Militärgericht verurteilt ihn zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Damit war die Verfolgung aber noch nicht zu Ende. Blumhagens Haus galt als Treffpunkt junger, oppositioneller Leute. Flugs wurde das Haus von den Behörden als „baufällig" erklärt und abgerissen.

Auch danach ging die Verfolgung weiter. Wohnungen wurden durchsucht, die Stasi forschte nach Beweisen für Westkontakte, versuchte die Fotos zu bekommen, die nicht nur von dem Raub der Skulptur sondern auch vom Abriß des Blumenhagen-Hauses gemacht worden sind.

Diese Beispiele zeigen anschaulich, daß es Demokratie und politische Freiheiten in diesem System, daß sich fälschlicherweise „sozialistisch" nennt, nicht gibt. Daß jede oppositionelle Regung auf den Widerstand der Geheimpolizei stößt, daß der Versuch, die geringsten Rechte durchzusetzen, große Gefährdung mit sich bringt. Um so höher müssen die oppositionellen Aktionen bewertet werden.

Die Behörden von Jena übrigens, gehen nicht nur mit den geschilderten massiven Repressalien gegen oppositionelle Bürger vor, mittlerweile ist es so, daß aus der Stadt Jena, von allen Städten der DDR die meisten Leute ausgewiesen, abgeschoben und ausgebürgert werden.

Bücher zum Verschenken

Bestellungen bei: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30



„Ausländerbuch für Inländer" — Bausteine zum Begreifen der Ausländerprobleme. Hrg.: Pea Fröhlich/Peter Märthesheimer; Inhalt: Schilderungen, Erfahrungsberichte, Reportagen und Erzählungen aufgeschrieben von Menschen, die sich seit Jahren um unsere ausländischen Mitbürger und ein besseres Zusammenleben zwischen Ausländern und Deutschen bemühen. 264 Seiten, Fischer Verlag; Preis: 7,80 DM.



„Sehnsucht im Koffer" — vom Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Fischer Verlag. Seiten 172. Preis: 8,80 DM.

Inhalt: Kanaken, Spaghettifresser, Kameltreiber — so werden sie gehässig genannt. In diesem Büchlein kommen die ausländischen Arbeiter selber zu Wort. In Zusammenarbeit mit betroffen Deutschen beschreiben sie ihren bundesrepublikanischen Alltag.

Nazim Hikmet: „Allem Kallem" — Ein Märchen. Mit Zeichnungen von Abidin Dino Ararat Verlag. Texte in zwei Sprachen. Seiten 48. Preis: 7,80 DM

●●●●●●●

„Denk Anschläge" Eine Dokumentation von Manfred Spies. Päd. extra Buchverlag. Seiten 174. Preis: 29,80 DM.

●●●●●●●

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan" — Eine Streitschrift von Peter Schütt. Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik? Werkkreis Verlag. Seiten 262. Preis: 12,80 DM.

●●●●●●●●

Hilde Buhmann, Hanspeter Häseler: „Das kleine dicke Liederbuch". Lieder und Tänze vom Mittelalter bis in unsere Zeit. 800 Seiten mit Noten, vielen Illustrationen und einer Grifftabelle für Gitarre. Preis: 16,80 DM.



Yüksel Pazarkaya: „Heimat in der Fremde?" — Texte in zwei Sprachen. Drei Kurzgeschichten. Ararat Verlag. Seiten: 44. Preis: 7,80 DM.



Yusuf Ziya Bahadinli: „Zwischen zwei Welten" — Texte in zwei Sprachen. Zwei Kurzgeschichten. Ararat Verlag. Seiten: 79. Preis: 9,80 DM.



Aufkleber von Manfred Spies: „Kämpfen für den Frieden". Preis 1,— DM.
Button von Manfred Spies: „Kämpfen für den Frieden". Preis: 0,75 DM.

Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland
NEUE REIHE ATELIER 6

„Täglich eine Reise von der Türkei nach Deutschland" — Texte der zweiten türkischen Generation in der Bundesrepublik; Hrg.: Förderzentrum Jugend schreibt e.V., Verlag Atelier im Bauernhaus. 120 Seiten. 15 Fotos. Preis: 9,80 DM.

Inhalt: Junge Türkinnen und Türken erzählen in diesem Bändchen selbst ihre Geschichten. Gedichte, Kurzgeschichten, Gespräche — dazu wichtige Hintergrundinformationen über Kultur, Sprache, Arbeitsbedingungen usw.

Franco Biondi
Passavantis Rückkehr
NEUE REIHE ATELIER

„Passavantis Rückkehr" von Franco Biondi. Erzählungen über den Italiener Passavanti —. Verlag Atelier im Bauernhaus. 96 Seiten. Preis: 9,80 DM.



„Zu Hause in der Femde" — Ein bundesdeutsches Ausländer-Lesebuch. Herausgegeben von Christian Schaffernicht. Verlag Atelier im Bauernhaus, 1981. Seiten 220. Preis: 16,80 DM.



„SÜRÜ" — Die Herde. Filmerzählung von Yilmaz Güney. Buntbuch Verlag, Seiten 109. Preis: 18,— DM.



Nazim Hikmet: „Menschenlandschaften" Vier Bücher je 15,— DM. Buntbuch Verlag.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

I. Spenden für den 5. ordentlichen Parteitag der KPD

LBV Weser-Ems 1466 DM; P.K., München 3000 DM; Buchladen Hamburg 1000 DM; W.K., Essen 20 DM; H.W., Bremen 200 DM; KPD Wuppertal 487,53 DM; KPD Dortmund-Hörde 312,47 DM; KPD Emden/Oldenburg 550 DM; KPD Lüneburg 100 DM; Skatrunde Roter Strich, Karlsruhe 100 DM; **Insgesamt 7236,— DM.**

Damit sind für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher **104457,10 DM** an Spenden bei uns eingegangen.

II. Spenden für die verfolgten Genossen in der DDR

LBV Weser-Ems 130,— DM.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Iach Breschnews Tod

Andropow in der Klemme

Der Tod Leonid Breschnews, von den Revisionisten vieler Länder als „schwerer Verlust“ betrauert, wird selbstverständlich, trotz aller Spekulationen der Kreml-Astrologen im Vesten, zunächst einmal nichts an der sowjetischen Politik ndern. Die Wahl des früheren KGB-Chefs Yuri Andropow um neuen Generalsekretär der revisionistischen KPdSU macht dies deutlich. Denn er ist ein Mann, der seit Jahrzehnten für die Politik Breschnews eingetreten ist.



Andropow

Und dennoch: Die Auseinandersetzungen um den künftien Kurs der UdSSR werden unehmen. Der Grund dafür ist, aß die krisenhafte Entwicklung der sowjetischen Wirtchaft immer deutlicher wird, aß immer drängender wirkche Maßnahmen zur Behebung er Schwierigkeiten erforderlich nd anstelle der bisherigen, benso regelmäßigen wie fruchtosen Appelle.

Zu Beginn der siebziger ahre, mit dem neunten Fünfahrplan, wurde allmählich eutlich, daß die sowjetische Virtschaft zunehmend unleichmäßig, unübersichtlich nd auch weniger effektiv vurde. Zwar waren die Wachsumsraten, im allgemeinen Durchschnitt gesehen, in der Regel immer noch weit über enen der westlich-kapitalistichen Staaten, aber die Ergebisse der „Reformen“ der mittechziger Jahre, der verstärkten Rolle der Betriebsdirektoren sw. ergaben genau ein solches Bild.

Zu jener Zeit wurde immer fter registriert, daß die Planzahlen nicht erfüllt wurden – und zwar nicht nur knapp, ondern weit verfehlt wurden. Diese Tendenz wurde im ehnten Fünfjahrplan, in der weiten Hälfte der siebziger ahre, noch deutlicher: Jetzt gab s eine Reihe von Zweigen der Virtschaft, die mit offensichichen Schwierigkeiten, mit Stagnation und teilweise auch chon mit Rückschlägen zu kämpfen hatten.

Seit dem Jahr 1979 ist nun unehmend zu sehen, daß sich diese negative Entwicklung beschleunigt. Drei Jahre hintereinander hat die landwirtschaftliche Produktion der UdSSR nicht nur den Plan nicht erfüllt, sondern ihre Produktion hat absolut abgenommen. Eine Entwicklung, die auch schon andere, industrielle Bereiche erfaßt hat und sich in ganz entscheidenden Sektoren ebenfalls anbahnt, wo kein weiteres Wachstum zu registrieren ist.

Seit dem letzten Parteitag der KPdSU, als Leonid Breschnew lang und breit über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sprach, wurde nun in der sowjetischen Presse immer breiter über grundlegende wirtschaftliche Reformen diskutiert, ganz ähnlich, wie es Mite der sechziger Jahre schon der Fall gewesen war.

Bei dieser Auseinandersetzung haben sich, wie schon damals, zwei Strömungen herausgebildet, die als Interessenvertretung bestimmter Schichten innerhalb der neuen herrschenden Klasse von Ausbeutern wirken.

Immer lauter wird von der einen Richtung das „ungarische Modell“ vertreten, der Weg zur allmählichen offenen Wiederherstellung der privatkapitalistischen Wirtschaft. Die ungarischen Revisionisten waren ja seit längerem dazu übergegangen, die Ausweglosigkeit ihrer Pseudoplanwirtschaft durch immer weitergehende Privatisierungsmaßnahmen zu umgehen und stehen heute an dem Punkt, wo die völlige und offene Abschaffung der Planwirtschaft überhaupt gefordert wird. In der Regel wird diese Position von jenen Leuten vertreten, die schon bisher, unter der Losung der betrieblichen Planung, eine privilegierte Rolle nicht nur beim Einstreichen von Prämien gespielt hatten, sondern auch bei der konkreten Verfügung über die Produktionsmittel. Sie haben ein Interesse daran, daß solch eine Entwicklung beschleunigt wird und auch juristische Grundlagen für Privateigentum wieder geschaffen werden. Diesen stehen natürlich andere Kräfte aus dem bürokratischen Apparat entgegen, die den eigenen Einfluß und Anteil bei so einem Vorgehen schwinden sehen.

Das ist der eine Grund, weshalb Andropow in der Klemme steckt, denn die wirtschaftliche Realität beschleunigt und verschärft diese Auseinandersetzung.

Aber auch die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen überhaupt hat zugenommen. Breschnews vor einiger Zeit verkündetes „Lebensmittelprogramm“ war ja nicht nur eigentlich eine Bankrotterklärung für eine Politik, deren offizielle Vertreter stets behaupten, hier werde alles „für das Volk“ getan, sondern auch eine Beruhigungspille angesichts der polnischen Erfahrungen.

Nach den ursprünglichen Versprechungen der revisionistischen Partei sollte ja eigentlich im letzten Jahr für die Bürger der Sowjetunion der Kommunismus angebrochen sein. So stand es jedenfalls im Parteiprogramm, das im Jahre 1961 auf dem 22. Parteitag der KPdSU mit viel Rummel beschlossen worden war — und da man offensichtlich bestrebt ist, heimlich, still und leise, in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Die Mutmaßungen darüber, zu welcher Richtung Andropow nun wohl gehört, erscheinen in diesem Augenblick als pure Spekulation. Das wird die kommende Zeit zeigen, auch ob er vielleicht nur ein vorübergehender Kompromißkandidat war oder ähnliches.

Die oben angedeutete Auseinandersetzung wird es auf jeden Fall geben, selbst wenn Andropow, wie es Breschnew tat, versuchen sollte, ihren offenen Ausbruch hinauszuschieben, sich mit kleinen Maßnahmen mal in die eine, mal in die andere Richtung zu begnügen. Der Zwang zu tiefgreifendem Handeln jedenfalls wird ständig größer. Und mit Leonid Breschnew ist der Mann gestorben, der für das jetzige kapitalistische System in der UdSSR stand wie kein anderer. Der dadurch auch „neue Maßnahmen“ verhindern konnte.

Zu diesen inneren Problemen der UdSSR kommen natürlich die wachsenden außenpolitischen Schwierigkeiten hinzu, der wachsende Verlust von Einfluß in verschiedenen Regionen und Staaten, die man in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in den eigenen Bereich gezogen hatte. Alle diese Tatsachen, bisher oft nur als Tendenzen sichtbar und wirksam, werden jetzt immer aktueller. Und sie sind es, die Andropow allgemein in die Klemme bringen.



Französische Soldaten im Libanon

Über die Rolle der französischen Armee im Libanon

In der Zeitung „La Forge“, dem Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Frankreichs (PCOF), wurde in der Nummer 77 ein Kommuniqué der URP veröffentlicht, das sich mit dem französischen Kontingent an der sogenannten UNO-Friedenstruppe im Libanon befaßt. Wir geben dieses Kommuniqué im folgenden in eigener Übersetzung wieder.

Die URP protestiert gegen die Aktivitäten der französischen Armee im Libanon.

Die Regierung hatte die Entsendung von französischen Truppen im Rahmen der multinationalen Streitmacht damit gerechtfertigt, daß es darum ginge, den Frieden im Libanon wiederherzustellen. Aber heute ist klar, daß die französischen Paras (Fallschirmjäger — RM) an der Seite der libanesischen Armee, die zumeist aus Falangisten zusammengesetzt ist, sich an den Durchsuchungen der Stadtteile Beiruts und der palästinensischen Lager beteiligt haben.

Das Ziel dabei: Waffen auffinden, Personenkontrollen, Festnahme von „Verdächtigen“, das heißt, von Palästinensern und libanesischen Progressiven, um sie den falangistischen libanesischen Behörden auszuliefern, die die Gefangenen brutal mißhandeln.

Schon die französische Armee im Rahmen der FINUL hatte die zionistische Invasionsarmee in den Süden des Libanon einrücken lassen. Danach, in Übereinstimmung mit den amerikanischen Marines und den israelischen Truppen haben sie die Evakuierung Beiruts von palästinensischen Kämpfern veranlaßt und die Zivilbevölkerung schutzlos den Mördern und Verfolgern überlassen.

Heute erfüllt die französische Armee die schmutzige Arbeit der Vertreibung des palästinensischen Volkes und der Liquidierung jeglichen Widerstands.

Gestern in Kolwezi, heute in Beirut, die Armee spielt immer dieselbe Rolle: Sie verteidigt die Interessen des westlichen Imperialismus und vor allem des französischen Imperialismus. Sie stellt sich gegen die gerechten Forderungen der Völker, die frei und unabhängig leben wollen.

Wir fordern den sofortigen Rückzug der französischen Armee und aller Besatzungstruppen aus dem Libanon!

Das Nationale Büro der URP, 7. Oktober 1982

Verstärkte Bonner Unterstützung für Diktaturen

Neuer Botschafter in El Salvador, neue Hilfe für Evren

Die neue Außenpolitik der Bonner Koalition nimmt Formen n — nicht nur beim Besuch Kohls bei Reagan, sondern uch in vielen anderen Gegenden der Welt wird die neue Linie deutlich. Sie besteht im wesentlichen darin, die heuchlerichen Klimmzüge der früheren Bundesregierung sein zu lassen, und die faschistischen Diktatoren und alle Reaktionäre ffen zu unterstützen und auch darin, daß diese Hilfe vertärkt wird.

o wurden unter anderen Ieuigkeiten in den ersten Iovembertagen folgende Maßahmen bekannt: Ende des Ionats soll wieder ein Bonner Botschafter nach El Salvador eschickt werden. Die frühere Regierung hatte ihren Botchafter vor zwei Jahren urückgezogen, als immer deuticher geworden war, daß er bei iner Regierung zugelassen war, ie Krieg gegen den Großteil des igenen Volkes führte und führt.

Außenminister Genscher vollte diese Maßnahme schon m letzten Jahr rückgängig nachen und den Posten wieder esetzen, was am Protest lagegen, der bis weit in die ozialdemokratischen Reihen inein ging, scheiterte. Jetzt soll las unter Dach und Fach geracht werden. Dies ist nicht nur in demonstrativer Akt, ohne veitere praktische Bedeutung, ondern es bedeutet ganz konret die Unterstützung für die Einmischungspolitik des USA-Imperialismus, für die Diktatur der Junta mit der verlogenen Begründung, es sei ja inzwischen „gewählt“ worden. Es ist die Aufwertung eines Regimes, das erst kürzlich wieder seinen wahren Charakter gleich doppelt zeigte: Indem ein weiteres Mal fliehende Bauern massakriert wurden und zur selben Zeit sozialdemokratische Oppositionelle von der Armee verschleppt wurden.

Zur selben Zeit wird auch die Basis Honduras durch ein erneuertes Polizeihilfeabkommen weiter als Ausgangspunkt für amerikanische Überfälle auf Nicaragua und El Salvador ausgebaut — wie aus den Zeiten des Vietnamkrieges vielleicht noch manchen bekannt — einmal mehr also, finanzielle und logistische Hilfe der BRD für die US-Kriegspläne.

Dieselbe durchsichtige Ausrede wandte Genscher auch bei seinem schnellen Besuch beim türkischen Militärdiktator Kenen Evren an, dem er zur Wahl gratulierte und verstärkte finanzielle Hilfe in Aussicht stellte: Auch da sei ja nun „gewählt“ worden, deshalb handele es sich „selbstverständlich“ um ein demokratisches Regime, das man eben unterstützen müsse.



Massaker in El Salvador

Nach den bereits seit längerem bekannten Maßnahmen, die Beziehungen zum südafrikanischen Rassistenstaat schnell auszubauen (siehe auch den letzten „Roten Morgen“) fehlen in der Liste der blutigsten Diktatoren eigentlich nur noch solche Figuren wie Pinochet, dem man sicherlich auch noch die Eigenschaft des Demokraten offiziell zusprechen wird — was Strauß für ihn ja seit langem getan hat —, um auch dort zu einer Stärkung der Reaktion beitragen zu können. Vor allem gegen die verstärkte Einmischung Bonns in die mittelamerikanischen Entwicklungen haben bereits zahlreiche Komitees der Solidarität mit Nicaragua und El Salvador mit der Vorbereitung von Protestaktionen begonnen.

Brief des ZK der KPD an das ZK der PCE(ml)

Solidaritätserklärung

Liebe Genossen,

mit Empörung haben wir erfahren, daß das spanische Innenministerium kurz vor den jüngsten Wahlen den Versuch unternommen hat, eure Partei zu verbieten.

Wir protestieren entschieden gegen diesen Anschlag auf die demokratischen Freiheiten und solidarisieren uns vollständig mit eurem Kampf, um diesen Angriff der spanischen Reaktion zurückzuschlagen. Die Leser unseres Zentralorgans „Roter Morgen“ haben wir aufgerufen, an die neue spanische Regierung von Felipe Gonzales zu appellieren, mit dem groß angekündigten Wechsel Ernst zu machen und diesen Antrag des alten Innenministers unverzüglich zurückzuziehen.

Wir wünschen euch vollen Erfolg in euerem Kampf und senden euch herzliche brüderliche Kampfesgrüße

Zentralkomitee der KPD

Spanien:

Verbotsantrag gegen PCE (ml)

Kurz vor den jüngsten Parlamentswahlen in Spanien hat das Innenministerium in Madrid einen Verbotantrag gegen unsere Bruderpartei, die PCE (ml), gestellt. Anlaß dafür war der Wahlkampf der PCE (ml), die die Abschaffung der Monarchie und die Errichtung einer Republik im Dienst des Volkes forderte.

Die KPD verurteilt diesen Akt als Anschlag auf die demokratischen Freiheiten und ruft die Leser des „Roten Morgen“ auf, an die neue spanische Regierung von Felipe Gonzales zu appellieren, mit dem groß angekündigten Wechsel ernst zu machen und diesen Antrag des alten Innenministers unverzüglich zurückzuziehen.

Protestschreiben zu richten an:
Fiscal General Estado
S. Gil Albert
Tribunal Supremo
Plaza Mostenses
Madrid
Spanien

Druck auf die Medien nimmt zu

Stoiber attackiert ARD

MÜNCHEN. — Entweder hat die bayerische CSU-Regierung viel Zeit zum Fernsehen, oder sie „läßt“ fernsehen — kritisch natürlich. Denn egal ob Dieter Hildebrandt die Verwicklungen der CSU-Minister in das Rhein-Main-Donau-Kanal-Projekt auf die Schippe nimmt, oder ein ernsthafter Beitrag über die Geschichte der Stadt Nürnberg unter dem Hitler-Regime mit aktuellen Anmerkungen gesendet wird —, Tags drauf kommt der Protest der Regierung, Versuche, kritischen Journalismus mundtot zu machen.

Der letzte Fall betrifft die Sendung über die Stadt Nürnberg innerhalb der Serie „Europa unterm Hakenkreuz“. Die Folge „Nürnberg — die Stadt der Reichsparteitage“ vom 7. November beschrieb nicht nur die Massenaufmärsche der Nazis, sondern brachte auch Anmerkungen zum Verhalten fanatisierter Anhänger der dortigen Fußballmannschaft, erinnerte an den rechtsradikalen Amokläufer Helmut Oxner, erwähnte natürlich auch die Großaktion der Polizei gegen das Jugendzentrum KOMM und die haarsträubenden Dinge, die sich beim Prozeß gegen die 141 festgenommenen Jugendlichen herausstellten.

Daß man sich bei all diesen Geschichten über das Recht und die Rechten in Nürnberg so seine Gedanken macht, ist doch logisch. Das genau darf aber nicht sein. Stoiber hat's erkannt und protestiert aufs Schärfste: „Der... Schilderung des KOMM-Prozesses vor dem Hintergrund der Nazi-Zeit kann nur die Absicht zugrunde liegen, die bayerische Staatsregierung mit der Staatsmacht des Nationalsozialismus zu vergleichen. Gegen diese Darstellung verwahre ich mich entschieden.“ Nun werden solche Gedankenverbindungen ja nicht durchs Fernsehen, sondern durch die Vorfälle in Nürnberg gefördert, und sind sicherlich nicht am 7. Oktober im Abendprogramm


CSU-Generalsekretär Stoiber. In neuer Rolle als Zensor?

zum erstenmal aufgekommen. Aber eine richtige Kritik an der Sendung würde die Darstellung der Geschichte einer Stadt aufgreifen, die es an Rechten, wie Oxner und Hoffmann, an Rechtsbrüchen, wie der KOMM-Geschichte zu trauriger Berühmtheit gebracht, aber auch immer eine Stadt mit einer starken Arbeiterbewegung war, einer Stadt, die natürlich verschiedene Gesichter hat.

Stoiber aber, und die CSU-Regierung geht es um was anderes. Paßt irgendeine Sendung nicht ins Weltbild der Regierung, werden sofort schwere Geschütze aufgefahren, vom Rundfunkrat bis zum Intendanten werden alle Verantwortlichen unter Beschuß genommen, öffentlich angegriffen und unter Druck gesetzt.

Im Falle der Sendung über Nürnberg wirft Stoiber dem Intendanten des Bayerischen Rundfunks und dem ARD-Vorsitzenden unter anderem vor, die rundfunkgesetzlichen Vorschriften über sachliche und wahrheitsgetreue Berichterstattung verletzt zu haben, und Verstöße gegen die Vorschrift, daß sich sachliche Kritik „im Rahmen des publizistischen Anstands zu bewegen haben“.

Wenn dieses Trommelfeuer der CSU-Regierung dazu führt, daß Stoiber und Co. demnächst bestimmen, was „publizistischer Anstand“ ist, kann man sicher sein, daß auch die ARD-Sendeanstalten demnächst voll als „schwarze Kanäle“ bezeichnet werden können.

Mainzer Innenminister besorgt über die Jugend:

Mehr Angst als Vaterlandsliebe

MAINZ. — Der rheinland-pfälzische Innenminister Kurt Böckmann (CDU) macht sich Sorgen. Auf einer Tagung mit hohen Polizeifunktionären zum Thema Jugendkriminalität zeichnete er ein düsteres Bild der Gesellschaft, die Angst vor der Zukunft habe und von einer allgemeinen Sinnkrise geprägt sei. Die Ursachen hat der Herr Minister erkannt: ein viel zu schlapper Staat und mangelnde Vaterlandsliebe bei der Jugend.

Die Notwenigkeit, der jungen Generation wieder eine ordentliche Portion Vaterlandsliebe einzubläuen, liegt für Böckmann vor allem deswegen auf der Hand, weil nichtvorhandene Vaterlandsliebe die Hauptursache für die Jugendkriminalität ist. Gleichgültigkeit der jungen Generation gegenüber dem eigenen Vaterland ist nämlich, nach Böckmann, Ursache für das „sinkende Rechtsbewußtsein“ und somit für die „steigende Kriminalität“. Das Schwinden von Rechtsbewußtsein und fehlende Bindungen an die Gesellschaft machen dem Minister Sorgen: „Dürfen wir uns dann wundern, daß Verfehlungen gegenüber der Gemeinschaft zunehmen?“

Schuld an allem ist der schlappe Staat. Ein Staat, der nach Böckmann „ins Schlingern“ geraten ist, der verunsichert auftrete, werde von den Jugendlichen nicht ernst genommen. Daraus folgert er messerscharf, daß ein „entschlossener Staat“ notwendig sei, der die Grenzen demokratischer Freiheit aufzeigen müsse.

Mit dieser Politik der harten Linie will der CDU-Politiker die Jugendkriminalität und die wachsenden Zukunftsängste bei Jugendlichen bekämpfen. Ob der „entschlossene Staat“, der die Grenzen der Freiheit deutlich aufzeigt, die ach so notwendige Vaterlandsliebe bei der Jugend schaffen wird, möchten wir aber doch bezweifeln.

KKW-SU: Die strahlende Zukunft

BONN. — Massive Unterstützung bekam das Deutsche Atomforum, Lobby der Atomindustrie, während einer Tagung in Bonn aus der UdSSR.

Professor Fantschenko vom Staatskomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken für Atomenergie hielt ein starkes Plädoyer für Kernkraftwerke und griff die Atomkraftgegner heftig an.

Die heftigen Diskussionen in den westlichen Ländern, vor allem über die Entsorgung, so Fantschenko, hätten keinerlei wissenschaftlichen Grund. Kernkraftwerke seien „sehr viel sicherer und umweltfreundlicher“ als herkömmliche Kraftwerke.

Neben einer grandiosen Schilderung der großen Erfolge des sowjetischen Kernkraftwerksbaus („Spezialität nukleare Fernwärme“) ging der sowjetische Wissenschaftler auch noch auf die breite Front der AKW-Gegner ein.

Einen Sieg der Bewegung der Kernkraftwerksgegner nannte Fantschenko wörtlich: „gefährlich für die Zukunft der Menschheit“.

Kann man da nicht auf die Idee kommen, die Atomlobby arbeitet mit Leuten aus Moskau zusammen, ist sie vielleicht von da schon unterwandert, oder gar gesteuert...



BKA-Kommissar Haupt, Ehefrau

Der Täter war der Kommissar

„Es könnte der perfekte Mord gewesen sein“

Der perfekte Mord — das weiß jeder Krimi-Leser — ist noch niemandem gelungen. Früher oder später stellt der Kommissar auch dem gerissensten Mörder ein Bein. Wie aber, wenn der Kommissar selbst der Täter gewesen ist? Das gibt es zwar in keinem Krimi, aber die besten Romane schreibt ja bekanntlich das Leben selbst.

Der Kommissar, um den es hier geht, ist für RM-Leser kein Unbekannter mehr. In Nr. 42 haben wir bereits über Hans-Georg Haupt, alias Klaus Förster, alias Gregor von Kronenberg, Hauptkommissar beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden, berichtet. Haupt muß sich gegenwärtig vor dem Duisburger Landgericht wegen Betrugs, Untreue und Bestechung in mehr als 200 Fällen verantworten. Der kriminelle Kriminaler — ein Spitzname des BKA, der auch im Bonner Innenministerium ein und aus ging — beschrieb vor Gericht seine Tätigkeit so: „Ich habe im Auftrag des Staates den Gangsterboß gespielt.“

Haupt, von der Illustrierten „Quick“ als „deutscher James Bond“ gefeiert, war Untergrundagent des BKA mit dem Auftrag, der organisierten Bandenkriminalität nachzuspüren. Und dabei führte er sich, mit Billigung seiner Vorgesetzten, selbst wie ein Gangster auf. Vor Gericht brachte ihn nur die Tatsache, daß er offenbar Millionenbeträge, die bei diesem Job abfielen, in die eigene Tasche steckte. Der größte Coup des Kommissars war der Aufbau eines Netzes illegaler Spielsalons. Vor der Konkurrenz aus dem kriminellen Milieu hatte er dabei den strategischen Vorteil, daß er über geplante Razzien der Polizei gegen solche Spielhöllen auf dem Dienstweg immer bestens informiert war.

Erst die Duisburger Gerichtsverhandlung war für die Staatsanwaltschaft in Haupts Wohnort Wiesbaden (dem Sitz des BKA) Anlaß, nun ihrerseits in einer äußerst merkwürdigen Affäre zu ermitteln. Am 18. Februar 1981 war der Kommissar zusammen mit seinem Kumpanen „Nico“, einem ehemaligen V-Mann von CIA, BND und Interpol, durch ein Fenster in seine Wohnung eingestiegen — angeblich ließ sich die Tür nicht öffnen, weil ein Schlüssel von innen steckte. Die beiden Herren sorgten dafür, daß alle Nachbarn ihr Unternehmen beobachten konnten und daß schließlich auch eine Nachbarin zugegen war, als dann in der Wohnung eine Tote gefunden wurde.

Es war Haupts Ehefrau Anneliese. Das Paar lebte in Scheidung, und der Kommissar hatte seine Frau just am Tag zuvor zu einer „letzten Aussprache“ in die gemeinsame Wiesbadener Wohnung bestellt. Merkwürdig war, daß er zu dieser Aussprache schon den Geheimdienstprofi „Nico“ mitgebracht hatte. Merkwürdig war auch, daß die beiden nach dem Gespräch mit Anneliese Haupt auf einen gemeinsamen Kripo-Einsatz gegangen sein wollen, von dem aber das BKA nichts weiß. Merkwürdig schließlich auch, daß nach dem Leichenfund das Schloß in der Wohnungstür ausgetauscht wurde und die Aussage des Kommissars, bei einem Telefongespräch wenige Stunden nach der „letzten Aussprache“ habe seine Frau „unheimlich gelallt“, im krassem Widerspruch zu einer Aussage der Mutter der Toten stand, die zur gleichen Zeit mit ihrer Tochter telefoniert und sie dabei „vollkommen nüchtern“ erlebt hatte.

Dennoch machten die Kripo-Kollegen des Kommissars gerade das Gegenteil von dem, was uns Fernseh-Krimis bei solchen Fällen immer vorführen: weder ordneten sie eine Obduktion der Leiche an, noch überprüften sie das Alibi des Ehemanns oder warfen auch nur einen Blick auf die Hausapotheke, um nachzusehen, ob irgendwelche Medikamente fehlten, mit denen eine Vergiftung herbeigeführt sein könnte. Die Kripo-Leute gaben sich mit der Erklärung ihres Kollegen, das Ganze sei „ein Unglücksfall“ zufrieden und verzichteten auf jede weitere Untersuchung.

Erst im Gefolge der oben erwähnten Anklage gegen den BKA-Mann nahm nun auch in Wiesbaden die Staatsanwaltschaft Ermittlungen auf und wurde gleich fündig: Bei einer nachträglichen Obduktion der Leiche wurden Spuren von Medikamenten gefunden, die nachweislich nicht aus der Wohnung stammten. Auch über ein mögliches Mordmotiv gibt es keine Unklarheit mehr. Anneliese Haupt hatte in einem Schließfach belastendes Material gegen ihren Mann gesammelt und mehrmals gedroht, „alles auffliegen“ zu lassen.

Staatsanwalt Gotthardt sieht dennoch Schwierigkeiten, den BKA-Mann jetzt noch zu überführen: „Es könnte der perfekte Mord gewesen sein.“ Aber das ist eben kein Kunststück, wenn man Kommissar ist und Kollegen hat, die bereitwillig alle Spuren verwischen.



Sonntag, 28. November
21.15 Uhr, ARD
Der Besuch der alten Dame. In Friedrich Dürrenmatts böser Komödie stellt die „alte Dame“ ihrer Heimatgemeinde eine Milliarden-Stiftung in Aussicht. Als Gegenleistung fordert sie den Kopf des Mannes, der sie in ihrer Jugend verlassen hatte. Regie: Max Peter Ammann. Mit Maria Schell, Günter Lamprecht u.a.

***

Sonntag, 28. November
22. 30 Uhr, ZDF
Yves Montand im Olympia Paris. Bericht über das gefeierte Comeback des französischen Sängers.

***

Montag, 29. November
16.15 Uhr, ARD
Abendrot. „Het Werkteater“ aus Amsterdam spielt Szenen über die Situation von Altersheim-Bewohnern.

***

Montag, 29. November
21.40 Uhr, Südwest III
Der vergessene Führer. Film über den Medienzaren Alfred Hugenberg, der maßgeblich am Aufstieg Hitlers zum Reichskanzler beteiligt war.

***

Montag, 29. November
21.45 Uhr, WDR III
Am Anfang war doch nicht der Pflasterstein. Bernd Liebner und Jens-Peter Behrend haben diese „Spieldokumentation“ mit Berliner Hausbesetzern und deren Angehörigen gedreht.

***

Dienstag, 30. November
22.05 Uhr, ZDF
Die Nirrerländer. Einwohner der westfälischen Gemeinde Niederbrechen spielen ihre eigene Geschichte in einem selbstgeschriebenen Theaterstück: Durch zunehmende Verarmung sind die Bauern gezwungen, Arbeit im nahen Ruhrgebiet zu suchen.

***

Mittwoch, 1. Dezember
22.35 Uhr, WDR III
Bude Boy. Dokumentarischer Spielfilm von Jack Hazan und David Mingay über die Punk-Gruppe "The Clash" und ihr Publikum, die von Massenarbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen der britischen Industriestädte. Mit Ray Gange, Joe Strummer u.a.

***

Mittwoch, 1. Dezember
22.15 Uhr, ZDF
1933 — Ein anderes Luther-Jahr. Am Beispiel Marburgs untersuchen Ursula Hoffmann-Volz und Angelika Schmidt-Biesalski die Rolle der Kirche bei Hitlers „Machtergreifung“.

***

Freitag, 3. Dezember
23.00 Uhr, ARD
Glaube, Liebe, Hoffnung. Ödön von Horvaths Schauspiel, dessen Uraufführung 1933 von den Nazis verboten wurde, wird in einer Fernsehfassung von Michael Kehlmann gezeigt. Mit Gertraud Jesserer, Günther Maria Halmer u.a.

Zu einigen Argumenten der MLPD über die chinesische Kulturrevolution

Losungen statt Lösungen — der Weg in die Sackgasse

Seit Gründung der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) vor einigen Monaten aus dem früheren KABD heraus,hat sich deren Zentralorgan, die „Rote Fahne", auch verstärkt mit der Politik der KPD befaßt. Vor allem in der Frage, wie die Entartung eines sozialistischen Staates zu verhindern sei, beziehen die Genossen der MLPD in ihrer Polemik eine scheinbare Position der Stärke. Wir haben die Lösung dafür, so zieht es sich durch alle ihre Stellungnahmen: die chinesische Kulturrevolution. Nun: Kein echter Kommunist wird darüber streiten, daß die Verhinderung der Restauration des Kapitalismus ein brennendes Problem ist. Die Kulturrevolution Mao Tse Tungs jedoch als Lösung dieses Problems anzubieten, heißt Zuflucht bei Parolen und Losungen zu suchen, ohne die Wirklichkeit zu beachten. Sie ist für dieses Problem keine Lösung, sondern Wegweiser in die Sackgasse der Wiedererrichtung eines kapitalistischen Ausbeutersystems.

Wenn die „Rote Fahne" in ihrem Artikel zur Rede des Genossen Ernst Aust auf dem Pressefest des „Roten Morgen" betont, seine Aussage, man müsse über die Kulturrevolution diskutieren, sei eine Rücknahme früherer Positionen der KPD, als die Kulturrevolution verurteilt worden war, so irren die Genossen gewaltig. Denn es gibt keinen Grund dafür, die Kulturrevolution als erfolgreiche oder erfolgsträchtige Maßnahme gegen die Wiederentstehung des Kapitalismus zu betrachten. Diskutieren muß man allerdings über sie. Und zwar insofern, als sie ja auf eine bestimmte Weise in der chinesischen Propaganda dargestellt wurde, die zunächst sehr glaubhaft aussah. Hier werden die breiten Massen mobilisiert gegen den Bürokratismus, gegen jene „Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg" gehen. So war die Darstellung. Und wäre es so gewesen, hätte die Kulturrevolution tatsächlich ein wesentlicher Schritt sein können, den Aufbau eines neuen kapitalistischen Systems — in welcher Form auch immer — zu verhindern.

Wir wollen nun in diesem Artikel einige grundlegende Voraussetzungen zur Beurteilung der Kulturrevolution nicht mitbetrachten, einfach aufgrund der Tatsache, daß dies ein zu umfangreiches Problem für einen einzigen Zeitungsartikel ist. So wollen wir beispielsweise nicht darauf eingehen, inwieweit China damals sozialistisch war oder nicht, inwieweit die Mao-Tse-tung-Ideen insgesamt marxistisch-leninistisch sind oder nicht: Wesentliche Fragen wie gesagt, die behandelt werden müssen, aber nicht jetzt und hier.

Was wir in diesem Artikel tun wollen, ist die Kulturrevolution alleine an dem Anspruch messen, mit dem sie propagiert wurde und wird: früher von der KP Chinas, heute — unter vielen anderen — von der MLPD.

Ein gewaltiger Paukenschlag ohne Wirkung

So kann man die Ergebnisse der Kulturrevolution zunächst einmal zusammenfassen. Denn Tatsache ist, daß die in der vielgerühmten Kulturrevolution so bekämpften „Rechten" nur wenige Jahre später die Macht in China übernahmen. Ohne auf wesentlich mehr Widerstand zu stoßen, als beispielsweise Chruschtschow in der UdSSR damals.

Nun mag man mit Mao einwenden, er habe ja gesagt, es müsse eben viele Kulturrevolutionen geben, eine reiche nicht, weil immer wieder neue bürgerliche Elemente auftauchen würden. Ein Argument, das offensichtlich an den Tatsachen vorbeigeht. Denn: Es waren ja keine neuen bürgerlichen Renegaten — oder wie man sie sonst bezeichnen möchte — die hier die Macht übernahmen. Es waren ganz im Gegenteil fast alle diejenigen, die während der Kulturrevolution im Zentrum der Kritik gestanden hatten. Bestes Beispiel, einmal mehr: Tend Hsiao Ping. In der Kulturrevolution, ab dem zweiten Halbjahr 1966 ebenso „scharf" bekämpft wie Liu Schao Schi, der Staatspräsident. Und anschließend wieder aufgestiegen: nicht allein, sondern mit seiner ganzen Mannschaft.

Offensichtlich also, vom Ergebnis her, wirkte die Kulturrevolution wieder für einen längeren Zeitraum noch auch nur gegen eine einzige Gruppierung von Rechten.

Serien von Fragwürdigkeiten

Betrachtet man sich den Verlauf der Kulturrevolution konkret, so stößt man ganz schnell auf eine ganze Serie von fragwürdigen Punkten, die zu klären wären. Wo bei einigen deutlich wird, daß sie mit marxistischem Vorgehen nichts gemein haben, bei anderen eine genauere Klärung der wirklichen Sachlage wünschenswert wäre, die heute nicht ohne weiteres möglich erscheint.

So ist beispielsweise schnell ersichtlich, daß die gesamte Kulturpolitik, die im Kern in der Ablehnung alles Ausländischen und aus der Tradition stammenden bestand, eine unmarxistische Politik war, die ihren Gipfel — von dem was bekannt wurde — in der Ablehnung Beethovens fand. Aber, mag dies noch nebensächlich erscheinen, so ist es weitaus gewichtiger, wie während der Kulturrevolution der sogenannte Ökonomismus kritisiert wurde.

Tatsache, die aus zahlreichen Dokumenten aus der VR China jener Zeit hervorgeht, ist es doch, daß im Mittelpunkt der Kritik weder die Bonzenwirtschaft noch die Privilegien führender Parteimitglieder standen, sondern vor allem zwei Dinge: die Löhne der Arbeiter und die Entwicklung der Produktivkräfte.

Wobei die Kürzung höherer Löhne als beispielhafter Akt im Kampf gegen den „materiellen Anreiz" (der nicht nur als Hauptprinzip des wirtschaftlichen Aufbaus, wie ihn die modernen Revisionisten anwenden, kritisiert wurde, sondern überhaupt) dargestellt wurde, ohne daß von konkreten Maßnahmen in anderen Bereichen gesprochen wurde, außer vielleicht der Schließung sogenannter Luxusgeschäfte.

Ebenso steht es mit der Frage der Entwicklung der Produktivkräfte. Während die modernen Revisionisten diese zum absoluten Zentralpunkt ihrer Wirtschaftspolitik machen und so, in der Absicht, die Klassenverhältnisse in ihren Gesellschaften zu verschleiern, Klassenkampf und andere gesellschaftlicher Erscheinungen rundweg ablehnen, geschah in China das genaue Gegenteil. Schon im „Großen Sprung" Ende der 50er Jahre war die Politik der kleinen „Hochöfen" im Hinterhof eine Absage an die Entwicklung der Produktivkräfte gewesen, die in der Kulturrevolution erneuert wurde. Dies ist keine Frage von Zitaten, was einer hier oder dort gesagt oder geschrieben hat — dafür läßt sich gerade in China stets für alle Seiten etwas finden. Sondern es ist eine Frage des wirklichen Standes der technischen Entwicklung, wo in China kein systematisches Vorantreiben zu sehen war, was Teng und seinen Leuten ein breites Einfallstor für ihre Thesen geschaffen hat.

Schließlich gibt es noch eine ganze Reihe anderer Fragen, wie nach der Art und Weise der Abhaltung der Parteitage und ihrer Vorbereitung, des 9. Parteitags im Jahre 1969 vor allem, aber auch der entsprechenden Plenen des Zentralkomitees der KP Chinas in den drei Jahren davor, in denen höchst eigenartige Versammlungen zustande kamen, die den Normen der Partei nicht entsprangen. Und solche Seltsamkeiten, wie, daß auf den Parteitagen niemals über Wirtschaftspläne gesprochen wurde. Die Liste ist lang.

Die Rolle der Armee

Ohne in große Spekulationen darüber zu verfallen, welche Rolle die Armee im einzelnen und in verschiedenen Gegenden gespielt hat, auf welche Seite der aus dem Boden schießenden Organisationen sie sich gestellt hat, bleibt festzustellen: Als es in die Phase der Konsolidierung der Ereignisse ging, als die sogenannten Dreierverbindungen errichtet wurde, die auch Revolutionskomitees genannt wurden, da wurde in allen Aussagen der KP Chinas ein Drittel der Mitglieder dieser Komitees der chinesischen Volksbefreiungsarmee zugesprochen.

Eine seltsame Interpretation des vieldeutigen Ausspruchs, daß die politische Macht aus den Gewehrläufen komme. Tatsache jedenfalls bleibt, daß die Millionen der Hungweibings, der jugendlichen Rotgardisten, die im ganzen Land in Massen durch die Straßen zogen (während den Arbeitern immer wieder empfohlen wurde, weiter zu produzieren) mit ihrer Bewegung am Ende eine Machtform schufen, die keinesfalls von marxistischen Grundsätzen geprägt war.

Nicht nur, daß die Zusammensetzung der beiden anderen Drittel der jeweils gebildeten Revolutionskomitees äußerst unklar blieb. Da wurde von hohen und niederen Funktionären, von Jungen und Alten der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen gesprochen, ohne dies jemals genau zu umreißen, ohn die Tatsache zu erwähnen, daß es keine festen Massenorganisationen mehr gab, die im Lauf der Kulturrevolution zerschlagen oder aufgelöst worden waren. Auch vom einmal gebildeten Zentralkomitee der Roten Garde wurde nie wieder etwas laut, es „verschwand".

Es ist auch — und vor allem — das grundsätzliche Problem, welche Rolle man der Armee in einem Staat zumißt. Ihr von vornherein eine solche Machtposition einzuräumen, daß sie als selbständige gesellschaftliche Kraft ein Drittel aller Sitze im Revolutionskomitee beanspruchen kann, ist jedoch im höchsten Maße falsch. Das ist nicht nur unmarxistisch, das entscheidende Überbetonung einer eigenständigen politischen Rolle der Armee, sondern auch sehr gefährlich, wie es sich auch im weiteren Verlauf der Dinge in aller Klarheit gezeigt hat, denn diese Machtpositionen waren eine der Basen von Tengs Machtergreifung. Genau diese Überbetonung geschah aber, als im Verlauf des Jahres 1968 eben diese Revolutionskomitees die provisorischen Ausschüsse und andere — von wem auch immer — gegründeten Organe ablösten.

Viel Papier wurde während der Kulturrevolution in China vollgeschrieben. Aber war sie ein Vorbild für erfolgreichen Kampf gegen kapitalistische Restauration?

Alles dies sind Tatsachen, die man bei einer Beurteilung der Kulturrevolution — immer unter der Fragestellung, ob sie das Mittel zur Verhinderung der Restauration des Kapitalismus ist, als das sie Mao Tse Tung und die Genossen der MLPD darstellen — berücksichtigen muß. Tatsachen von unterschiedlichem Gewicht ohne Zweifel, die aber zum Gesamtbild dazugehören.

Und die immer wieder auf eine Frage hinführen, die anscheinend so klar zu sein scheint. Zumindest, wenn man die chinesischen Dokumente liest. Auf die Frage der Klassen nämlich, der Rolle, die sie dabei gespielt haben, der Interessen, die sie hatten und haben.

Grundlegend falsche Klassenpolitik

Auch hier würde sich die Frage erheben, inwieweit China jemals sozialistisch war, ob überhaupt, wie dieser Prozeß aussah und so weiter. Eine Frage, die man diskutieren muß, um beispielsweise Aussagen darüber zu treffen zu können, ob man von einer falschen Klassenpolitik im Sinne von gemachten Fehlern reden kann oder im Sinne von klaren Absichten reden muß. Aber auch das kann hier beiseite gelassen werden.

Tatsache ist, daß die in der Kulturrevolution betriebene Klassenpolitik in zweierlei Hinsicht falsch war. Sowohl was die Politik gegenüber „der Bourgeoisie" betrifft, als auch was die Politik unter der Arbeiterklasse anbelangt.

Was die KP Chinas stets als größtes Verdienst Mao Tse Tungs dargestellt hatte, war die „Entdeckung" des Fortbestehens der Klassen, der feindlichen Klassen wohlgemerkt, im Sozialismus, sprich die Fortexistenz der Kapitalistenklasse. Darin eben, so die Theorie, hätte Stalins größter Fehler bestanden, daß er die Kapitalistenklasse für beseitigt hielt und da kam erst Mao Tse Tung, der aus der Entartung der UdSSR zu einem kapitalistischen Staat diese Schlußfolgerung zog.

Nun ist es aber so, daß es ja klare marxistische Kriterien für die Existenz von gesellschaftlichen Klassen gibt, und in der UdSSR konnte man in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mit Fug und Recht davon sprechen, daß keine Ausbeuterklassen mehr existierten. Sie waren beseitigt und mit ihnen die Ausbeutung der Menschen.

Und die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR beispielsweise geschah ja dann auch nicht über den erneuten Machtantritt der alten Ausbeuterklassen oder deren Kinder usw., sondern über die allmähliche Herausbildung einer bürokratischen Schicht, die sich mehr und mehr zu einer eigenen gesellschaftlichen Klasse entwickelte, die Verfügung über die Produktionsmittel an sich riß und erneut von der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Saus und Braus lebte.

In anderen Ländern Osteuropas war das übrigens zumindest zum Teil anders. Dort ist festzustellen, daß alte Ausbeuter heute am revisionistischen System beteiligt sind. Was seinen Grund einfach darin hat, daß dort der Prozeß der Beseitigung der Ausbeuterklassen längst noch nicht so weit fortgeschritten war, wie in der UdSSR. So kann man deutliche Unterschiede im Verlauf dieses Prozesses etwa in der CSSR oder in Ungarn feststellen.

Aber wie dies nun auch immer für China im konkreten ausgesehen haben mag, so ist in den ganzen Dokumenten aus der Kulturrevolution nur sehr wenig und wenn, sehr allgemein, über die Kapitalistenklasse zu finden, die ja bis zur Kulturrevolution selbst immer noch ihre Zinsen und Prämien kassierte. Die These hieß, es gäbe noch die Bourgeoisie, aber der Kampf richtet sich fast ausschließlich gegen deren politische Vertreter oder die Fürsprecher einer neuen Bürokratenschicht, die selbst zur neuen Kapitalistenklasse werden will.

Immer nur „vom Feind" oder „Machthabern" zu reden, ohne genau zu sagen, worum es sich handelt, das schafft wahrlich nicht die Basis zu einem umfassenden Angriff auf etwa vorhandene kapitalistische Positionen, zu einem Angriff, der sich nicht in wortreichen Selbstkritiken und zahllosen Namensumbenennungen ausdrückt, sondern in echten,tiefgreifenden,gesellschaftlichen Veränderungen.

Auf der anderen Seite wird bei genauer Betrachtung der wirklichen Ereignisse, nicht der Proklamationen, selbst aus chinesischen Dokumenten schnell deutlich, daß die Arbeiterklasse bei dieser Kulturrevolution nicht die entscheidende Rolle gespielt hat. Und daß dies auch gar nicht vorgesehen war. Warum rief man beispielsweise die Schuljugend zu endlosen Massendemonstrationen auf, während man es peinlichst vermied, die Arbeiterklasse beispielsweise zum Generalstreik aufzurufen? Daß man sie im Gegenteil aufforderte, weiterzuarbeiten, ist ebenfalls Tatsache. Es sollte also eine „Revolution" von der Schuljugend gemacht werden.

Da ist es kein Zufall, wenn im ZK-Aufruf zu dieser Kulturrevolution auch die Schrift Lin Biaos „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" als Vorbild dargestellt wird. Eine Schrift, in der nicht nur die Rolle der Arbeiterklasse weltweit geleugnet wird, sondern auch all jene Thesen enthalten sind, die später als Kern der berüchtigten „Drei-Welten-Theorie" bekannt werden sollten. Das alles paßt zur Linie, die Arbeiterklasse als zweitrangig zu betrachten.

Mit solch einer Orientierung konnte diese Kulturrevolution weder dazu beitragen, etwaige sozialistische Dinge in China zu stärken, noch in Wirklichkeit als in irgendeiner Weise allgemeingültige Form oder Methode zur Beseitigung der Gefahr einer kapitalistischen Restauration werden. Was die Genossen der MLPD so lautstark als ihre Lösung für dieses Problem darstellen wollen, ist in Wirklichkeit keine Lösung, die, wörtlich befolgt, dieselben Ergebnisse haben würde wie in China.

So bequem kommt man nicht um das Problem herum, das die Gefahr einer solchen gesellschaftlichen Entartung darstellt. Die Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Bürokratismus, die möglichst weitreichende Machtausübung durch die Arbeiterklasse selbst, die das Mittel zur Verhinderung einer solchen Entwicklung ist, ohne dies jetzt genauer auszuführen, alles dies war die von der MLPD so vielgerühmte Kulturrevolution mit Sicherheit nicht.

Die Positionen der KPD dazu, die es laut MLPD angeblich nicht gibt, die aufs engste mit der Rolle, die die Arbeiterklasse selbst spielt, zusammenhängen, werden wir in einem folgenden Artikel darlegen, ohne den Anspruch zu erheben, eine konkrete, im einzelnen ausgearbeitete Lösung für ein Problem zu haben, daß sich konkret noch längst nicht stellt. Aber es geht uns Grundsätzliche. Und grundsätzlich war die Kulturrevolution als Lösung dafür untauglich.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 47, 26 Kasım 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



Uyarı grevi. — Fabrikaların kapatılmasına, işyerlerinin yok edilmesine ve toptan çıkışlara karşı son haftalarda Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinde yerli ve yabancı işçiler protesto eylemleri düzenlediler. Örneğin Hamburg'taki MAN işletmesi patronları bazı üniteleri kapatmak isteyince 19 Kasım Cuma günü 600 işçi uyarı grevine gitti. Ünitenin kapatılmasından etkilenen 600 işçi bunun Hamburg'da tüm fabrikanın kapatılmasının ön adımı olduğunu vurgulamaktadır.

ABD'yi ziyaret eden

Kohl, Reagan ile tam bir fikirbirliği içinde!

Federal Başbakan Kohl'un ABD ziyaretini "Baltimore Sun" adlı gazete "füze yerleştirme başbakanı" başlığını atarak yorumladı. Gazete Kohl'un büyük savaş kışkırtıcılarından biri olan Reagan'la görüşmesi ardından hangi izlenimi bıraktığını kısa ve öz bir şekilde şöyle dile getirdi: O, her ne pahasına olursa olsun, *Vashington'daki Reagan Hükümeti'nin isteklerine uyarak 1983 sonbaharında ABD'nin yeni orta menzilli füzelerini Federal Almanya'ya yerleştirmek isteyen birisidir.*

Füzelerin yerleştirilmesinin öngörüldüğü bölgelerde hazırlıklara daha şimdiden başlanıldı bile. Pershing 2 füzelerinin defalarca denemesi yapıldı ve ilk olarak geçen hafta yapılan deneme uçuşu başarıldı. Böylece unların yerleştirilmesi için teknik olarak artık pek büyük bir engel yoktur. Ayrıca ABD Kongresi bu füzelerin geliştirilmesi için 111 milyon Dolar'ı ahsis etti.

Başbakan Kohl ABD ziyaretinde, Reagan ile tüm sorunlar üzerine tam bir fikirbirliği içinde olduklarını ve Cenevre'de ki "barış görüşmelerinin" (!?) ABD açısından bir sonuç vermemesi halinde Pershing 2 füzelerinin derhal yerleştirilmesine başlanılmasından yana olduğunu açık seçik bir şekilde belirtti. NATO İkili Kararı'nın mimarı olan eski Başbakan Helmut Schmidt bile ABD delegasyonunun Cenevre görüşmelerini "sadece bir gösteri" olarak nitelerken, Kohl yaptığı resmi açıklamada ABD'nin, Sovyetler Birliği ile orta menzilli füzelerin sınırlandırılması üzerine yaptığı görüşme girişimlerine "tam bir güven duyduğunu" vurguladı.

Böylece sorunu Federal Hükümet'e bırakacak olursak, gelecek yıl füzeler Federal Almanya topraklarına yerleştirilmiş olur. Ayrıca yerleştirilmek istenen füzelerin ve atom başlıkları sayısının ne kadar olacağı henüz açıklanmış değil. Bu yönde yakın geçmişte bir açıklama yapan ABC televizyonu Batı Almanya'daki her rampanın bir yerine iki füze ile donatılması gerektiğini belirtti. Gerçi ABD Hükümeti, bir kaç kez kullanılabilecek bu rampaların gerçekten mevcut yedek kapasitesini kullanma eğiliminde olmadığı üzerine yemin billah etmesine rağmen, bu kaynakların açıklamalarına asla güvenilemez. Helmut Kohl, Washington'da Federal Almanya'daki güncel siyasi durumu ortaya koyarken 6 Mart'ta yapılması düşünülen erken seçimlerde, Batı Alman halkının füze politikasını açık bir şekilde destekleyeceği umudunu da dile getirdi ve "seçmenler bunun üzerine sözünü söylemelidir" dedi.

Ancak gerçekte ise bunun kararını verenler kendileridir. Seçimler hiç bir şekilde savaş kışkırtıcılarının planlarının bozguna uğratılmasında belirleyici bir rol oynayamaz. Bunu ancak ve ancak düzenlenecek kitle eyleleri belirleyecektir. Özellikle de füzelerin yerleştirileceği bölgelerde düzenlenmesi gereken bu eylemler yerli ve yabancı işçiler ve emekçiler, sendikalar ve barış hareketi tarafından örgütlenmelidir. Biz de bu eylemlerin düzenlenmesi için kendi payımıza düşen görevi yerine getirmeliyiz.

Reutlingen-Rommelsbach'daki

Bosch işçileri uyarı grevine gittiler

REUTLİNGEN. — Geçen hafta cuma günü Reutlingen-Rommelsbach'taki Bosch işletmesinden işçiler işi bırakarak greve gittiler. Bosch patronları, 150 işçinin çalıştığı üretim bölümünü başka bölgeye taşımak istiyordular.

Bosch, rasyonalleştirme ve Mannesmann tekeli ile işbirliği anlaşması çerçevesinde sanayi alları (IA) üretim bölümünün bir kısmını Mannesmann'a attı. Santraller için borunun yapıldığı bu bölümü Bosch patronları yıllardan beri sistematik bir şekilde yok etmeye çalıştılar. Onlar bu bölüme hiç bir yeni yatırım yapmadılar ve 0 işçiye çıkış verdiler. Şu an ise bu bölümde çoğunlunu teknisyenlerin oluşturduğu 150 işçi çalışmaktadır.

İşçilerin arkasında yapılan anlaşmada, 150 işçinin 90'ını Mannesmann tekelinin otomatik olarak devralması kararlaştırıldı.

Ancak işçiler ve onların temsilcileri insan ticaretinin yapılmasına karşılar. Onlar, Bosch'ta mı yoksa Mannesmann'da mı çalışıp çalışmayacaklarını kendileri tayin etmelidirler. Bu yönde bir anlaşmayı işçi temsilciliği sosyal plan çerçevesinde patrona kabul ettirmeye çalıştı. Ancak bir anlaşmaya varılamayınca, daha sonra uzlaştırma komisyonu çağrıldı. Ne var ki bu da birliği sağlayamadı.

Görüşmelerde bir sonuç elde edilmeyince 19 Kasım Cuma sabahı İG Metall sendika temsilcileri işyerinin önünde bir bildiri dağıttılar. Bunun üzerine saat 9'da IA bölümünde çalışan işçiler tüm diğer bölümlere doğru harekete geçtiler. Böylece greve katılanların sayısı 600'ü buldu.

Greve giden işçiler sonra kantinde toplandı ve taleplerine bağlı kaldıklarını bildirmek için işletme yönetimini oraya çağırdılar. Grev yaklaşık olarak 2 buçuk saat sürdü.

Wolfenbüttel'de bir Türkiyeli işçi ailesinin evi kundaklandi

Aile ferdinin dördü katledildi

WOLFENBÜTTEL. — Braunschweig yakınlarındaki Wolfenbüttel kasabasında bir Türkiyeli ailenin evi kundaklandı. Bu kundaklamada ailenin dört ferdi feci bir şekilde yanarak can verdi. Ulm'da bir yurtta çıkan yangında bir çok Türkiyeli aile yanmaktan zor kurtuldu. Her iki olayda da polis kundaklama yapıldığından bahsetmekte, ama bunun siyasi nedenlerden dolayı yapılmış olduğunu gözardı etmektedir.

Stuttgart Mahkemesi tarafından yargılanan Manfred Roeder çetesinin giriştiği saldırıların da gösterdiği gibi biz yabancı işçi ve emekçilerin evlerine saldırıda bulunanlar ve kundaklayanlar faşist terör örgütleridir. Gerek Ulm'da, gerek Wolfenbüttel'de, evleri, gerekse de evvelki hafta Gelsenkirchen'de bir Türkiyeli işçi derneğini kundaklayanlar bunlardır. Ve tüm kundaklama girişimlerinde biz yabancıların katledilmesi önceden planlanmıştır.

Ancak buna rağmen polis olayın üzerine sünger çekmeye ve katillerin açığa çıkarılması üzerine ayrıntılı bir araştırma yapmamaya çalışmaktadır.

Wolfenbüttel kriminal polisi, aile fertlerinden dördünün ölmesi ve üçünün ise ağır bir şekilde yaralanması ile sonuçlanan kundaklama girişiminin ardında yatan nedenler üzerine en küçük bir bilgiyi vermekten kaçınmaktadır.

Ulm'da yabancı işçi yurdu kundaklandığında 55 kişi yatıyordu. Saatli bombanın patlaması üzerine uyanan birisinin yatanların hepsini uyandırması ve başlayan yangını diğerleri ile birlikte söndürmeye girişmesi sonucunda bir çok kişinin hayatını yitirmesi önlenebildi. Bu saldırının hemen ardından polis haberdar edilmesine rağmen, dört saat sonra olay yerine geldi. İşçilerin ve ailelerinin kaldığı yurdun her tarafına benzin dökülmüştü. Böylece yurtta kalan tüm insanlar barbarca katledilmek isteniyordu.

Faşist çetelerin giriştikleri bu saldırılar, yeni Federal Hükümet'in yoğunlaştırdığı yabancı düşmanı kampanya ile yakından ilintilidir. Bu politika faşistleri teşvik etmekte ve yeni saldırılara girişmelerine zemin yaratmaktadır.

Faşistlerin bu saldırıları ne ilkidir, ne de sonuncusu. Bunun için yabancı düşmanlığına ve faşist saldırılara karşı yerli ve yabancı anti-faşistler ortak mücadeleyi daha da yoğunlaştırmalıdırlar.

Genscher Ankara'ya gitti

Bonn, faşist cuntayı açıkca destekliyor

ANKARA. — Geçen hafta sonunda Federal Almanya Dışişleri Bakanı Genscher Türkiye'yi ziyaret etti. Genscher bu ziyaretinde faşist cuntanın yoğun baskısı ve tehditi altında gerçekleştirilen yeni Anayasa oylaması güldürüsüne büyük övgüler dizdi. Ve kanlı diktatörlüklerine şimdi resmi bir kılıf geçiren faşist generallere Bonn Hükümeti'nin tam desteğini bildirdi.

Faşist cuntanın resmi kılıfı olan Cumhurbaşkanlığı Konseyi üyeleri ve kukla meclisi başkanı ile yapılan görüşmede elde edilen sonuçlar, yeni Federal Hükümet'in dış politikasının ne denli gerici ve insanlık düşmanı bir politika olduğunu açık seçik bir tarzda ortaya koymaktadır. Türkiyeli ve Alman anti-faşistlerinin ve demokratlarının sürdürdükleri geniş çaplı protesto eylemleri sonucunda artık faşist cuntayı açık bir şekilde savunamayan eski Federal Hükümet'in "düşündürücü" noktalarını silip süpürdü yeni Federal Hükümet.

Askeri diktatörlüğe resmi bir kılıf kazandırılmasından başka hiç bir anlama gelmeyen yeni Anayasa oylamasını Genscher "demokratik gelişme yolunda olumlu bir başlangıç" olarak tanımladı.

Şimdiye değin sürdürülen protestolar sonucunda askıya alınan 400 milyon Mark miktarındaki ekonomik yardımın artık verilebileceğini belirtti Federal Dışişleri Bakanı. Bu hafta çarşamba günü Türkiye ziyareti üzerine Federal Parlamentoya bir rapor sunacak olan Genscher Türkiye yardımının başlatılması tavsiyesinde bulunacak.

Eli kanlı faşist rejimle sürdürülen görüşmelerde, Federal Almanya'da yaşayan biz Türkiyelilerin geleceğinin ne olacağına da geniş yer verildi. Bu soruna ilişkin olarak 1986 yılında Türkiye'nin AET'ye tam üyeliğinin kabulü sonucunda biz Türkiyeli işçilere tanınacak serbest dolaşım hakkının tek yanlı sözleşme yapılarak kabul edilmemesi kararlaştırıldı.

Böylece bizim tabii bir hakkımız olan serbest dolaşım ayaklar altına alınmaktadır. Ve faşist cunta ise bu adımı desteklemekle kimin dostu olduğunu ve biz Federal Almanya'daki işçi ve ailelerimize "sahip çıkmasının" ne anlama geldiğini ortaya koydu.

Ayrıca Federal Hükümet'in vermek istediği "mali yardımla" faşist cuntanın da "Türkler dışarı" politikasına katkıda bulunması amaçlanıyor. Nitekim "Federal Almanya'daki yabancı işçilerin sayılarının azaltılması üzerine birlikte düşünmek", "Türkler dışarı" politikasını desteklemekten başka hiç bir anlama gelmez. CDU/CSU Hükümeti'nin faşist cuntaya açık desteğini bildirmesi, biz anti-faşistlerin buna karşı protestolarımızı yükseltmemize bir neden olmalıdır.



Faşist cuntanın elebaşısı Evren Cumhurbaşkanlığına "seçildi".

Taşkömürü ocaklarındaki durum giderek kızışıyor

Ruhr bölgesinde gene mi kömür ocakları kapatılacak?

2. BÖLÜM

Federal Almanya'daki taşkömürü ocakları üzerine yayınladığımız dizinin birinci bölümünde, taşkömürü sanayisinde krizin yeniden şiddetlendiğini, bunun sonucunda binlerce işyerinin yok edilmek istendiğini ve bu krizin bugün Ruhr'da ve Saar'da iki sanayi dalında, yani hem kömür hem de çelik sanayisinde baş gösterdiğini belirttik. Şimdi bu sayıda ise taşkömürü ocaklarının kapatılması ardında yatan gerçeğin ne olduğunu ve işyerlerinin yok edilmesine karşı ne yapılması gerektiğini ele alacağız.

Beş kömür ocağı kapatılmak mı isteniyor?

Sorun, kömür çıkarma kapasitelerinin azaltılması geçici mi olsun, yoksa kapasiteler tamamen yok mu edilsin sorunudur. Sonuncusu kömür ocaklarının kapatılması anlamına gelir. Kömür ocaklarının kapatılmasının çoktan planlanmış olması muhtemeldir.

Ruhrkohle AG Yönetim Kurulu Başkanı ve Federal Alman Taşkömürü Sanayisi Birliği Şefi Karlheinz Bund, yakın geçmişte, şayet Federal devlet milyarlarca Mark taşkömürü ocakları için yardımda bulunmazsa, o zaman "kapasite sorununun gündeme getirilmesi" söz konusu olduğu tehditini savurdu.

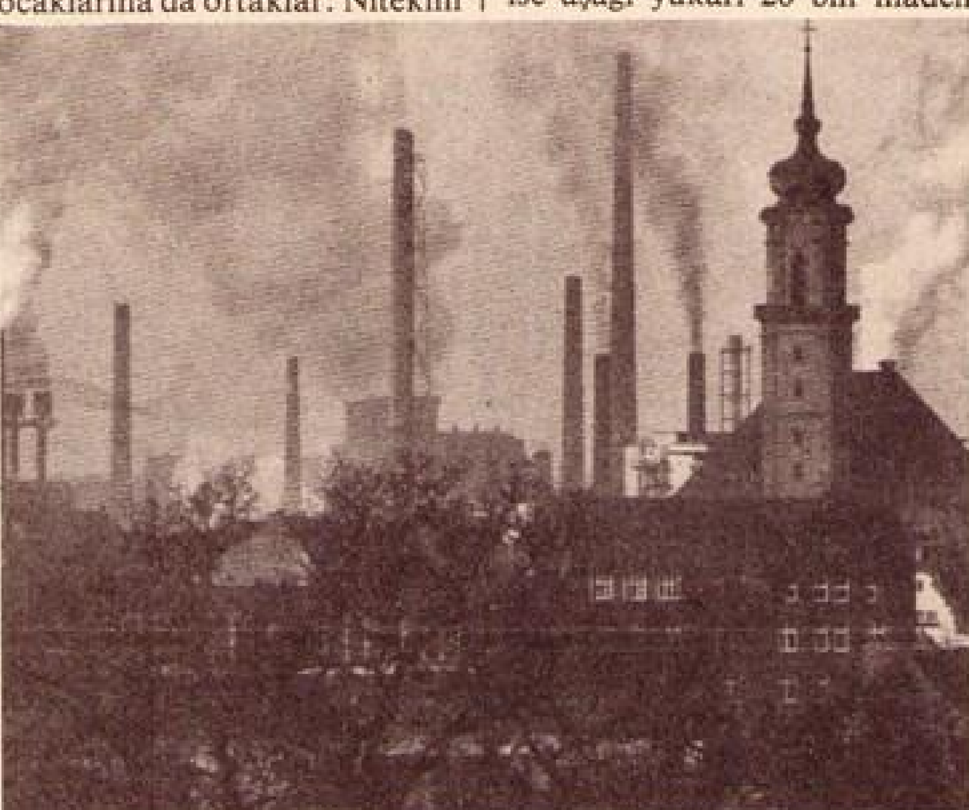
Ne var ki Ruhrkohle AG şefinin de çok iyi bildiği gibi, Bonn Ekonomi Bakanlığı, tehlikede bulunan kömür çıkarma kapasitelerinin korunması için değil, daha ziyade bunların kapatılması için içtenlikle kapatma ikramiyeleri vermektedir. Bunun nedeni çok açık: Bugün maliyeyi ve sanayiyi ilgilendiren enerji kaynağı kömür değil, atom enerjisidir. Ve sanayi kodomanları Bonn'daki hükümetlerinin yardımıyla muazzam kârlarını sağlamaktadır.

Bugün devlet, enerji ekonomisi ve atom sanayisi kapitalistlerine, büyük bir özel harcama yapmadan nükleer enerjisini geliştirmeleri ve atom santrallerinin yapımında muazzam kârlar elde etmeleri için milyarlarca Mark yardımda bulunmaktadır. Buna karşılık yerli taşkömürü sanayisinin kurtarılmasının bu baylar için pek büyük bir önemi yoktur. Onların atom programlarını geliştirmeleri kaçınılmaz olarak kömürün enerji kaynağı rolünün sınırlandırılmasına yol açmaktadır.

Ayrıca ABD'den, Güney, Afrika'dan, Kanada'dan, Polonya'dan ve Avusturalya'dan ithal edilen kömür yerli kömürden çok daha ucuzdur. Ruhrkohle AG'nin (RAG) ve Saarberg tekelinin, ABD'de ve Avusturalya'da kendilerine ait kömür ocakları var, ayrıca bunlar oradaki taşkömürü ocaklarına da ortaklar. Nitekim bu adımların tümünün atılmasını RAG'nin, bununla içiçe geçmiş bulunan ve atom ticaretinde yer alan VEBA AG'nin Denetleme Kurulları Başkan Yardımcısı olan İG Bergbau sendikası şefi Adolf Schmidt destekledi.

Ruhrkohle AG Yönetim Kurulu, 1980'li yılların sonuna doğru şu an 130 binin üzerinde olan personel sayısını yaklaşık olarak 100 bine düşürmek istediğini açıkladı. Şimdi krizin hem genel olarak derinleşmesi hem de özel olarak çelik ve kömür krizinin yeniden şiddetlenmesi ile birlikte Karlheinz Bund'un ve şürekasının bu programı bir an önce gerçekleştirmeye koyulacaklarını hesaba katmalıyız.

İlgili çevrelerde, Federal Alman Taşkömürü Sanayisi'nin dört ya da beş kömür ocağını yakın zamanda kapatacağı önsürüleri dolanmaktadır. Görüldüğü kadarıyla Castrop-Rauxel'deki Erin kömür ocağının kapatılması ile bu saldırı başlamış durumdadır.



İşyerlerinin kapatılması işçilerin açlığa terk edilmesi demektir.

Bölgeler büyük bir felaketin eşiğinde

Dört ya da beş kömür ocağının kapatılması, yılda 10 milyon tonluk kömür çıkarma kapasitesinin yok edilmesi demektir. Bu ise aşağı yukarı 20 bin maden işçisinin yaptığı işe eşittir. Taşkömürü sanayisinde kömür çıkartma kapasitesinin yok edilmesi, aynı zamanda kömür sanayisine mal satan ve buna bağlı bulunan diğer ekonomi dallarını da etkilemektedir. Bu da kömür ocaklarının kapatılması sonucunda toplam olarak 40 bine yakın işçi ve memurun işyerini kaybetmesinden başka hiç bir anlama gelmez.

Yok edilme tehlikesi ile karşı karşıya bulunan işyerlerinin büyük çoğunluğu Ruhr bölgesinde ve Saarland endüstri merkezlerinde bulunmaktadır. Bu merkezlerde bugünlerde çelik kapitalistleri de işletmeleri kapatarak toptan çıkışlara gitmekteler. Böylece birbirileriyle içiçe geçmiş bulunan kömür ve çelik sanayisi kodomanları, işsizlikten en ağır bir şekilde etkilenen bu bölgelerde, işsiz sayısının daha da artmasına yol açmaktalar!

Ancak etkileri sadece bununla da sınırlı değildir. İG Bergbau und Energie sendikasının yaptığı bir hesaplamaya göre, taşkömürü sanayisinde kapasitelerin yıllık 10 milyon ton azaltılması; yıllık milli gelirin 2,5 milyar Mark düşmesini ve ekonomide 1,4 milyar Mark miktarında siparişin yok olmasını beraberinde getirmektedir.

Bu, yankısını belediyelerin, eyaletlerin ve Federal devletin veri gelirlerinin düşmesinde de bulmaktadır. Bunun yanı sıra kömür ocaklarının kapatılması ve buna bağlı olarak verilecek çıkışlar "kamuya" yılda 1,5 milyar Mark'lık sosyal masrafa mal olmaktadır!

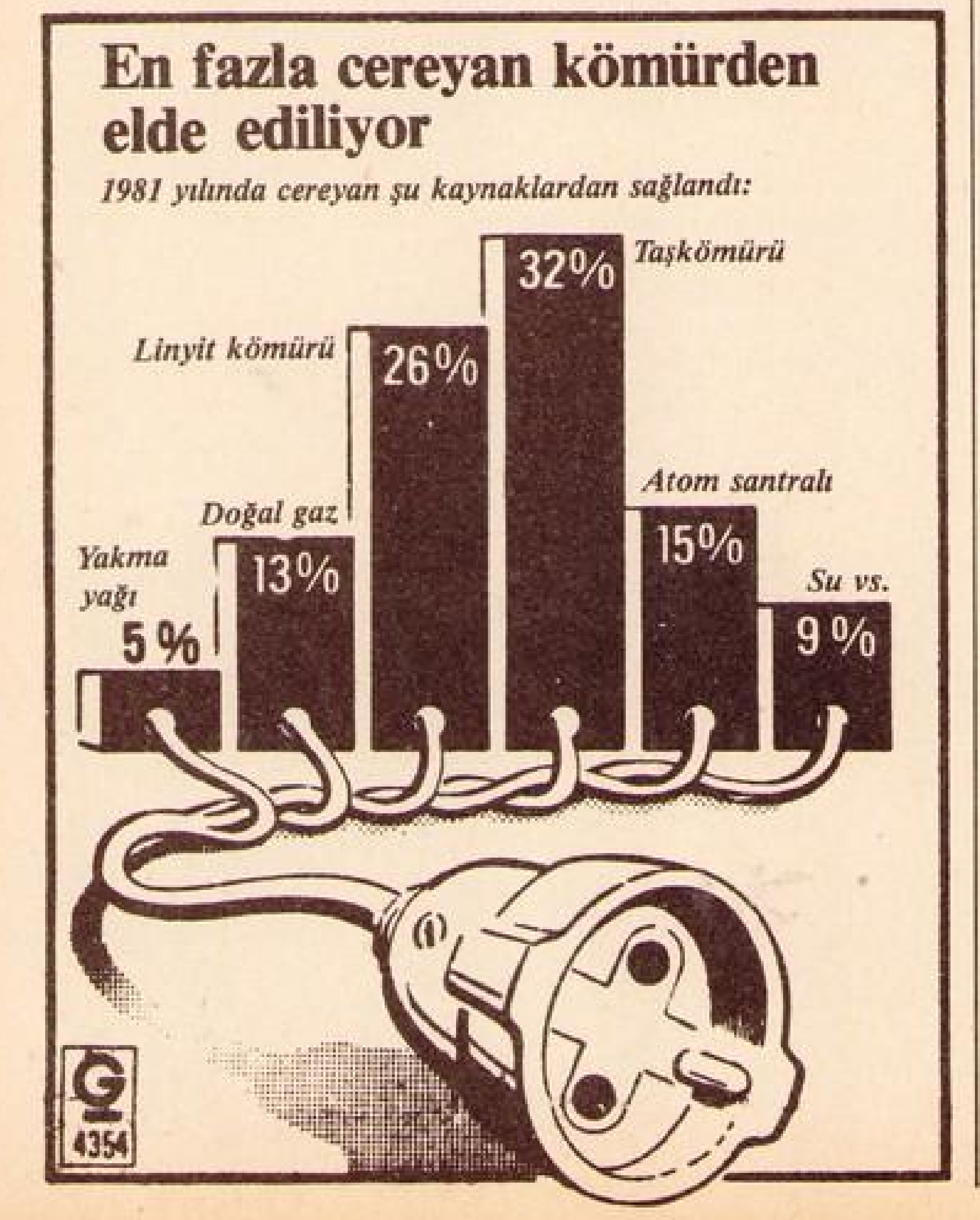
Çelik sanayisinde de üretim kapasitelerinin yoğun bir biçimde düşürüldüğünü göz önünde bulundurursak, gelecek aylarda ve yıllarda ekonomik gelişmenin ve kamu maliyesinin hangi çapta etkileneceğini tahmin edebiliriz. O zaman bütçedeki milyarlarca açığın nasıl kapatılacağını pekâlâ bugünden bile düşünebiliriz! Açık olan şudur ki, tüm bu olumsuzlukların sorumluları, zenginler kasaya çağrılmayacaklardır!

Enerji sanayisi ve çelik sanayisi kapitalistleri (bunlar her şeyden önce son yıllarda rekor kârlarını muazzam bir şekilde artıran büyük bankalardır) Ren, Ruhr ve Saar'daki sanayi merkezlerini büyük bir felâketin eşiğine sürüklemek istiyorlar. İşyerlerinin kapatılması ve kapasitelerin düşürülmesi ile bu bölgelerde ortaya çıkacak sosyal etkiler kimseyi ilgilendirmiyor. Şurası açıktır ki işyerlerinin kapatılması ve kapasitelerin düşürülmesi bu bölgelerin Federal Cumhuriyet'in en yoksul bölgeleri olması yönünde ileriye doğru sıçramalı bir adım atılmasını hızlandıracaktır.

Ancak çelik ve kömür sanayi kapitalistlerinin bu saldırılarını durdurmak için zaman geçmiş değildir. Henüz maden ve çelik kapitalistlerinin işyerlerini yok etme ve toptan çıkışlara gitmelerini önlemenin ortamı vardır. Ancak bu mücadele hem şu an mali sermayenin egemen olan kesiminin hem de onların Bonn'daki koyu gerici hükümetinin enerji politikasına karşı sürdürülmelidir. Bu mücadele, uzun süreçte yerli kömür çıkartımının çok teserli bir şekilde azaltılmasına ve kömür ocaklarının kapatılmasının sadece beş kömür ocağı ile sınırlı kalmayacağına karşı zamanında adım atma anlamına gelir.

Bu mücadelenin başlatılması için özellikle de büyük görevler sendikalarımıza düşmektedir! Onlar, kömür ve çelik sanayisindeki işyerlerinin korunmasını, enerji ihtiyacının yerli kömür kaynaklarına dayanarak karşılanmasını zorunlu hedefleri olarak belirlemelidirler! Bunun için sendikal mücadele gücü seferber edilmeli, gerekirse işyerlerinde, alanlarda geniş çaplı kitlesel eylemler düzenlenmelidir! Ancak ve ancak bu şekilde tekellerin kâr hırslarına karşı işçi ve emekçilerin çıkarları savunulabilir! Unutmamalıyız ki, bu mücadele özellikle de yerli ve yabancı işçilerin birliğini gerektirmektedir. Bugün kömür ocaklarında ve çelik sanayisinde çalışan işçilerin küçümsenmez bir bölümünü başta Türkiyeli işçiler olmak üzere yabancı işçiler oluşturmaktadır. Bu da yabancı, özellikle de onların ezici çoğunluğunu oluşturan Türkiyeli işçilerin de kararlı ve tavizsiz bir şekilde işyerlerini koruma uğruna Alman sınıf kardeşleriyle aynı mücadele cephesinde yer almaktan başka hiç bir anlama gelmez. Ancak ve ancak yerli ve yabancı işçilerin birleşik mücadele gücü işyerlerini koruyabilir. Hele hele işyerini kaybeden yabancı, özellikle de Türkiyeli işçilerin yeni bir işyeri bulma imkânlarının hemen hemen yok denecek gibi geleceklerinin ise sınır dışı edilmekten başka bir anlama gelmediğini gözönünde bulundurursak, bu mücadelenin önemi çok daha artmakta ve kaçınılmaz bir hal almaktadır.

Şurası da bilinen bir gerçektir ki, İG Bergbau sendikası Başkanı Adolf Schmidt ve aynı sendikanın yayın organı "einheit" baş yazarı ve Datteln Belediye Başkanı Horst Niggemeier türünden sendika ağaları bu mücadele yolunda hiç bir zaman gitmeyeceklerdir. Çünkü onlar için sosyal ortaklarının Denetleme ve Yönetim kurullarındaki koltukları korumak çok daha önemli. Onlar için de Bonn'daki bakanlık koltuklarında oturan dostları gibi bir tek şey var: kârları artırmak!



Kömür işyerlerini garantiliyor

Taşkömürü sanayisi ve kömür enerjisi üretimi çalışma alanlarının yaratılmasında oldukça el verişlidir! Bunların atom enerjisinin lehine sınırlandırılması, işsizliği daha da artırır. Ruhr sanayi bölgesinde fabrikada çalışan işçilere kıyasla maden işçilerinin oranı yüzde 23'tür. Bu oran Saar'da yüzde 19 ve Aachen kömür sanayi bölgesinde ise yüzde 18'dir. Atom enerjisinin elde edilmesi oldukça az iş gücünü gerektirmektedir. Bir kömür enerji satralında elde edilen aynı enerji kilovatı için nükleer enerji santralında personelin sadece yüzde 12'sine ihtiyaç duyulmaktadır. İG Bergbau sendika gazetesi "einheit"in 1 Kasım 1982 tarihli sayısında şunlar yazılı: "STEAG'ın hesaplanmasına göre örneğin Voerde'deki gibi bir kömür enerji satralı işletmesi, kömür çıkartımı ve kömür ocaklarına mal satan işletmeler dahil, 4300 sanayi işyeri teklif edebilmektedir. Ayrıca 13 bin işçi ise bu sanayi işyerlerinde çalışmaktadır. Aile fertlerini de sayacak olursak, 35500 insan bir kömür enerjisi santralından geçinmekteler. Bu sayfadaki tablo bugün henüz cereyanımızın yarısından fazlasının ve linyit kömüründen elde edildiğini gösteriyor"

Bir yandan üretim fazlalığı, diğer yandan ise yoğun sömürü

"Süddeutsche Zeitung" bir haberinde Ruhrkohle AG'nin (RAG) daha geçen yıl personel sayısını 2500 azalttığını yazmaktadır. Bu yılın başından beri ise yeni işçi alma durduruldu.

22.10.1982 tarihli 43. sayısında "Die Zeit" gazetesi ocak ayından ağustos ayına kadar çıkışı verilen 13733 maden işçisine karşılık sadece 7956 yeni işçinin işe alındığını yazmaktadır. Ayrıca gazetede personel sayısı hemen hemen yarı yarıya indirilmesine rağmen, verimliliğin yüzde 2,6 arttığı vurgulanmaktadır. Gazeteye göre bu da "yapılan yatırımların ve aynı şekilde maden işçilerinin daha da hızlı çalışmalarının" ürünüdür. Bu süre zarfında istirahata ayrılanların sayısı da düştü. 23 Haziran 1982 tarihli "Süddeutsche Zeitung" bu konuda şöyle yazıyor: "Konjüktür kötü olduğu oranca, işçiler daha sıhhatlidir — bu eski bir genel olgudur." Gazete bunun yanı sıra Ruhr Kohle AG'de istirahata ayrılanların oranının 1981 yılında yüzde 13,44'ten 12,5'e düştüğünü ve bunun bu yıl içinde daha da gerileyerek "sene sonunda yüzde 10'a düşebileceğini" belirtmektedir. Buna karşılık tüm bu faktörlerin sonucunda ("daha hızlı çalışma" ve "sıhhatli işçiler") personel sayısının azaltılması üretim fazlalığını önlemediğini yazıyor "Die Zeit" gazetesi. Kömür çıkartımı daha da arttı ve ancak "son iki ay içinde günlük kömür çıkartımını yüzde 1,2 azaltılabildi" diyor gazete. Demekki işçiler pervasız bir şekilde sömürüye tabi tutulmaktalar, daha fazla kömür çıkarmaya zorlanmakta ve hasta oldukları halde bazıları evde kalmaya bile çesaret edememektedir. Patronlar bir yandan işçileri daha hızlı çalışmaya zorlarken, diğer yandan ise buna paralel olarak işçi sayısını azaltmakta, gelecek aylarda ve yıllarda kısa çalışmayı, zorunlu izini ve çıkışları gündeme almaktalar.

Bir yandan kömür ithalat edilirken, diğer yandan ise kömür ocakları kapatılmaktadır

Federal Alman enerji tekelleri ABD'den, Avusturalya'dan, Kanada'dan, Güney Afrika'dan ve Polonya'dan kömür ithalat etmekteler, çünkü bu kendilerine daha ucuza mal olmaktadır. Federal Alman büyük kömür tüketicileri yabancı ülkelerdeki kömür ithalatını kısmen uzun vadeli anlaşmalar yaparak garanti altına aldılar. İG Bergbau sendikası başkanı Adolf Schmidt'in Denetleme Kurulu Başkan yardımcısı olduğu VEBA tekeli, örneğin yakın geçmişte ABD kömür şirketi Westmoreland'a ortak oldu. Denetleme Kurulu başkan yardımcısının da hazır bulunduğu tekelin son oturumunda VEBA şefi Benningsen-Foerder gururlu bir şekilde şunları söyledi: "Bu tür yatırımlarla VEBA tekeli tüketim ve ticaret için kendi kömür ihtiyacının bir kısmını garantiliyor." Ayrıca Adolf Schmidt, Denetleme Kurulu Başkanı I. Yardımcısı olduğu Ruhrkohle AG'nin yakın geçmişte Avusturalya'da German Creek'in yeni bir kömür ocağına 60 milyon Mark yatırımda bulunmasına da karşı değil. RAG patronu, Avusturalya kömürünün yerli kömürün sadece yarı fiyatına mal olduğunu da belirtti. Bunun için de nakliyat masraflarına katlanmaya değiyor. Avusturalya'nın yanı sıra RAG, ABD ve Kanada taş kömürü ocaklarına da ortaktır. Yüzde yüz devlete ait olan Saarberg AG ise ABD'deki kömür çıkartımına ortaktır. 14.10.1982 tarihli "Süddeutsche Zeitung" kömür ithalatı tonunun ne kadar olduğu üzerine şunu yazıyor: "İthalat 1981 yılının ilk yarısında — Alman Elektrik Tesisleri Birliği'nden yeni rakamları almanın imkânı yok — 3 milyon tonu buluyordu. Alman kömür ocaklarının üretimi ise 15 milyon ton dolayındaydı."

Enerji ihtiyacının karşılanmasında kömür temel alınmalı!

Enerji ihtiyacı, kömür temel alınarak karşılanmalı! 1979'da KPD (O zaman henüz KPD/ML ismini taşıyordu) Merkez Komitesi enerji politikası üzerine "Petrol fiyatlarını yükseltenlere kararlı bir şekilde karşı durulmalı, enerji ihtiyacı kömüre dayalı olarak karşılanmalı!" başlığını taşıyan bir açıklama yaptı. Bu açıklamada diğer şeylerin yanı sıra şunlar talep edilmektedir: Mevcut olan tüm atom santralleri kapatılmalı ve yenilerinin yapılması ise yasaklanmalı!

Enerji tröstlerinin dıştalanması temelinde enerji ihtiyacı kömüre dayalı olarak karşılanmalı!

Okul Günlüğü

lay yeri: Dortmund'da ol-ukça "normal olan" bir ilk kul. Burada aşağı yukarı 250 ğrenci var. Yabancı öğrenci-rin oranı ise yaklaşık olarak üzde 50 dolayındadır ki, bu da er renkten gericilerin "yaban-laşmadan" dem vurdukları orku yaratan etkenlerden biri-ir: Alman çocukları daha fazla ğrenemiyor, çünkü onlar Al-an okullarında azınlığı teşkil diyorlar. Ne varki "yabancı ocuklardan" bahsedildiğinde er tarafta olduğu gibi burada a Türkiyeli çocuklar kastedi-yor. Okulumuzda var olan üçük Koreliler, Yunanlılar, panyollar "Almanlaştırılmış" larak değerlendirilmekteler.

Olay, kız çocuğumun daha kula başlayışının ilk haftala-nda şu sözleri öğrenmesi ile aşladı: Tüm Türkler koku-yorlar, tüm Türler gürültü patırtı yapıyorlar, tüm Türkler Alman çocuklarını dövüyor-lar. Bunun ardından ben hemen okula giderek durumu araş-tırdım. Sonuç tüyler ürperticiy-di.

120 Türkiyeli çocuğun nere-den geldiği üzerine aslında daha önce hayret etmiştim. Çünkü o-turduğumuz semtte Dortmund'-un Kuzey'inde olduğu gibi bir Türk-gettosu yoktur. Eh, so-nunda bunu da öğrendim: Bu çocuklar, her sabah otobüsle Dortmund'un her köşesinden getiriliyordu. Her çocuğun otur-duğu semtte okula gitmesi gerektiği prensibi şöyle dursun, en azından bu 120 çocuğun aslında Dortmund'da dört ilk okula dağıtılması gerekirdi. Okulda sırada oturup dinlen-meden önce, bu 120 çocuğun büyük çoğunluğu 45 dakikalık otobüs yolculuğunu geride bırakmış oluyor. Kız çocu-ğumun Türkiyeli sınıf arka-daşlarını, semtimizden 10 kilo-metreden daha fazla uzaklıkta bulunan Dortmund üniversite-si yakınındaki çocuk oyun bah-çelerinde bir kaç kez gördük. Bu yol bizim için bir cumartesi öğleden sonra yaptığımız gezi yolu olurken, bu çocuklar için ise her günkü okul yoluydu.

Bu saçma eğitim politikası nereden kaynaklanmaktadır: sadece bu okul otobüslerinin bir kere neye mal olduğunu düşün-mek lazım? Bu çocuklar neden oturdukları semtte eğitilmemek-teler?

Alman öğretmenler, Türki-yeli velilerin çocuklarının bu okula gelmesini istediklerini bana açıkladılar. Onların ço-cuklarını milliyetçi ve dini nedenlerden ötürü saf Türk sınıflarında eğitilmelerini uygun bulduklarını belirttiler.

Demek ki tamamen gerici nedenlerden dolayı. Daha sonra bu çocukların büyük çoğun-luğunun, cami ile birlikte kuran kursunun bulunduğu ve her gün ilk okula yolculukları başlama-dan önce bu çocukların bir çoğunun buna katılması gerek-tiği, Hombruch semtinden gel-diklerini duyduğumda hiç şaşmadım.

Ancak tüm sorumluluğunu yalnızca Türkiyeli velilere yük-leyebilir miyiz? Peki Alman eğitim politikacıları — görüldü-ğü kadarıyla diğer Türkiyeli velileri etkileyen ve baskı altında alan — bazı Türkiyeli gericiler-den dolayı bu tür bir kesmekeşi nasıl yapabiliyorlar?

Şayet ben bu aynı politika-cılardan, çocuklarımın yalnızca vaftiz edilmemiş çocukların gittiği ve yalnızca meslekten men edilmiş öğretmenlerin ders verdiği bir okulda ders gör-melerini talep edecek olsaydım acaba hangi cevabı verirlerdi?

NPD'nin yıllardan beri seçim propagandasında talep ettiği şey, SPD tarafından yöne-tilen Kuzey Ren Vestfalye'de (NRW), Türkiyeli velilerin bu şekilde istediği iki yüzlüce gerekçesi altında gerçekleştiril-di.

Eh, şimdi NRW Hükümeti eğitim politikasında ilerleme kaydetti: geçen yaz saf Türk sınıfları kaldırıldı. Ancak ne varki muazzam bir şeymiş gibi görünen bu adım gerçekte ise çürük bir manevra idi. Okulu-muzdaki Türkiyeli çocuklar hiç bir şekilde semtlerindeki normal sınıflara alınmadı, Türk sınıf-ları hala var ve bunlar bu çocuk-lar ilk okula gittikleri sürece var olacak! Okula yeni başlayan Türkiyeli çocuklar — gerekli gö-rüldüğünde ve velilerin arzusu üzerine — Dortmund'daki diğer okullarda açılan saf Türk "ha-zırlık sınıflarına" gönderilmek-teler. Bu da en fazlasından 8 yaşındaki bir Türk çocuğunun otobüsle sabahları on kilometre uzaklıkta bulunan bizim okula getirilmesinden; okula yeni başlayan altı yaşındaki kardeşi-nin ise diğer bir okul otobüsü ile Dortmund'un Kuzey'inde bulu-nan herhangi bir hazırlık sınıfı-na götürülmesinden başka bir anlama gelmez.

Bu tür bir eğitim politikası-nın sonuçları dehşet yaratıcıdır.

Birincisi, Türkiyeli çocuk-ların sosyal kontak kurmala-rında her türlü imkânı elle-rinden alınmaktadır. Ben kız çocuğumun paralel Türk sını-fından, çocukların birbirini tanıması ve anlaşmaları amacıy-la defalarca çocukları eve davet ettim. Ne yazık ki başarısız oldum. Çünkü Ayşe ya da bir Emine ile arkadaşlık tekniki olarak hiç bir şekilde mümkün değil. Bu çocukların bulunduğu gettolar korkunç. Sadece konut politikası açısından değil, aynı şekilde okulda da Almanlar ve Türkiyeliler arasında her türlü normal birlikte yaşama olanak-sız kılınmıştır.

Elbette bu okul bahçesine kadar etki yapmaktadır. Daha başından çocuklar iki gruba bö-lünmüştürler. Alman çocukları burada, Türkiyeli çocukları ise orada oynuyor. Her grup kendi başına. Kavgalar oluyor, özel-likte büyükler arasında. Ve bu ise gerici veliler tarafından yaban-cılara karşı açıktan açığa şu şiar altında kışkırtmak için kullanıl-maktadır: Bizim Türklere karşı bir şeyimiz yok, ama eğer onla-rın çocukları çocuklarımızı dövüyorlarsa, o zaman kendi-mizi savunmak zorundayız. Durumu kavramayan bir çok velide bu etke yapacak bir zemin buluyor. Alman veliler arasın-da, Almanlarla Türklerin okul bahçesinde birbirleriyle hiç bir şekilde karşılaşmamalarını sağ-lamak için ayrı tenefüslerin uy-gulanmasının daha doğru olup olmadığı üzerine görüşler bile ileri sürüldü.

Aynı şekilde öğretmenler içinde durum oldukça güç. İyimser öğretmenler bile bu eğitim politikasının yol açtığı problemler, günlük küçük çatış-malar karşısında çaresiz kal-maktalar. Örneğin Türkiyeli ço-cukların bir çoğunun yaz tatili döneminde değilde, ders yılının başladığı herhangi bir dönemde Türkiye'ye izine gitmeleri bir sorundur. Tabi ki bu da Türk sınıflarında az şey öğrenmeye yol açmakta ve bunun sorum-luluğu ise öğretmenlerin üzerine yıkılmaktadır. Böylece tepki kendiliğinden Türkiyeli çocuk-lara ve velilerine karşı yönel-mektedir — nasıl olurda ders yılı-nın ortasında altı haftalığına Türkiye'ye izine gidilebilir?! Ne varki Türkiyeli arkadaşlara yaz tatili döneminde izin vermeyen Hoesch firmasına karşı kimse de bir tepki yok. Ve kızışmış durum-larda ise adi sözler israf edilmek-te, olumsuzluğun sorumluluğu, bu durum için en az suçları olanların, Türkiyelilerin üzerine yıkılmakta ve 6 yaşından büyük tüm çocukların ailelerinin yan-larına getirilmesinin yasaklan-ması ile okulda tekrardan her şeyin yoluna koyulacağı umudu beslenmektedir.

Şüphesiz ki o zaman ilk okul çağında pek fazla Türkiyeli çocuk olmayacak.

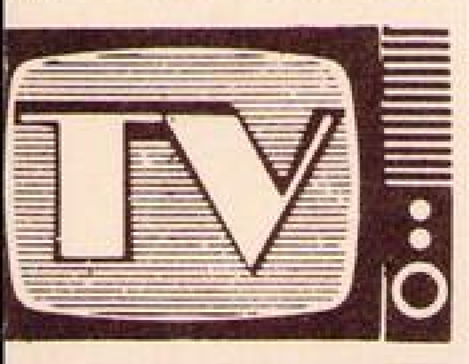
Öte yandan ebeveynler ve öğretmenler arasında da önyar-gıları yıkmak için büyük çaba harcanıyor. Nitekim bunu bu ders yılının başlangıcında öğret-menler kurulunun, Alman ve Türkiyeli ebeveynlerin çaba sarf ederek yaptıkları ve tam bir başarıya dönüşen okul şenliği gösterdi.

Bu tür eylemler oldukça önemlidir. Ancak hiç bir şekilde hayale kapılmamalıyız: Okulu-muzda yaşandığı gibi, maddi şartları yaratan gerici bir eğitim politikası olduğu sürece, o kadarda yabancı düşmanlığı olacaktır — bu suni bir şekilde yaratılmakta ve kışkırtılmak-tadır.

Yaşasın Kızıl Cephe!
Dortmund'dan bir yoldaş



Türkiyeli işçi çocuklarının geleceği daha şimdiden karanlıklaştırılmıştır.



Bu hafta TV'de

29 Kasım, Pazartesi
Saat, 21.40, Südwest 3
***Unutulan önder:** Hitler'in Reich Başbakanı seviyesine yükseltilmesine yardımcı olan basın çarı Alfred Hu-genberg üzerine bir film.*

1 Aralık, Çarşamba
Saat 22.15, ZDF
***1933—Diğer bir Luther yılı.** Ursula Hoffmann-Volz ve Angelika Schmidt-Biesalski Marburg'u örnek alarak, Hitler faşistlerinin "iktidarı ele geçirmelerinde" kilisenin rolünü inceliyorlar.*

***İnanç, sevgi, umut.** Naziler tarafından 1933'te gösteril-mesi yasaklanan Ödön von Horvaths'ın bu tiyatro oyu-nu, Michael Kehlmann tara-fından hazırlanan şekliyle gösterilmektedir.*

Hitler faşistlerinin iktidara gelişinin 50. yıldönümü do-layısıyla Alman TV'sinde çeşitli filmler gösterilecek.

Bu film gösterilerine ARD, Yahudi soy kırımını konu edinen "Holocaust" filmiyle bir başlangıç yaptı. Bu yöndeki belgesel filmler ve tiyatro oyunları 1983 yılı sonuna kadar ekrana getiri-lecek. Hitler faşistlerinin barbarca katliamları üzerine film dizilerinin gösterilmesi olumlu bir şeydir.

Bu filmlerden faydalana-rak toplumsal yaşamın her alanında tartışmalar açmalı ve bu tartışmalarda hem geçmişte olanları hem de bugünkü gelişmeleri, yani artan yabancı düşmanlığını ele almalıyız.

MHP'faşistler bir Türkiyeli anti-faşisti katlettiler.

10.11.1982, Çarşamba günü 3 Türk faşisti, Kehl Markplatz'ta üç Türkiyeli arkadaşa saldırdı-lar. Bıçak ve bisiklet zinciri ile donanmış faşistler pusuda bek-lediler. Bu saldırıda 19 yaşında-ki Ahmet Tat katledildi. Ağır bir şekilde yaralanan iki arkadaşı ile Strassburg ve Kehl'deki özel bakım koğuşuna yatırıldılar.

Bu saldırıda faşistlerden biri de öldürüldü, diğer ikisi ise tu-tuklandılar. Saldırıda bulunan faşistlerden biri, Kehl İslam Kültür Derneği (bu dernek, boz-kurt terör çetelerinin merkezi örgütü olan Türk Federasyon'a üyedir) sekreteri, öldürülen ise onun oğludur.

Ahmet Tat, Federal Alman-ya'daki bozkurtlar tarafından katledilen ilk Türkiyeli arkadaş değildir. Aynı saldırılara daha önce Aachen'de, Berlin'de ve diğer şehirlerde de girişilmişti. Kehl İslam Kültür Derneği sek-reteri daha önce de kültür der-neğine üye olmak istemeyen Türkiyeli yurttaşları bir kaç kez tehdit etti ve saldırıda bulundu. Yeri gelmişken Strauss'un Türk-Federasyon'u ve onun ana partisi olan MHP ile çok iyi iliş-kileri olduğunu da belirtmek isterim. Bu partinin başkanı Alpaslan Türkeş'i Strauss şahsi dostu olarak niteledi ve defa-larca onunla görüşme yaptı.

Türk-Federasyon başkanı Çelebi bir kaç gün önce tutuk-landı, çünkü onun kendisi gibi MHP üyesi olan katil Mehmet Ali Ağca ile Papa suikastından önce doğrudan yakın ilişkisi vardı. Türk faşistleri Federal Almanya'da hiç bir engelle kar-şılaşmadan örgütlerini inşaa edebilmekte, kültür dernekleri kurabilmekte, kuran kursları açabilmekte, siyasetlerini sür-dürmekte ve terörcü saldırılarda bulunmaktalar.

Türkiyeli anti-faşist örgüt-ler, *Volksfront*, BWK ve KPD bu faşist örgütlerinin yasak-lanmasını ve dağıtılmasını talep ediyorlar.

Buna karşılık burjuva dev-leti ne yapıyor: O, eyalet başka-nı Späth'in "Yabancılar ara-sında zorbacı çatışmalara izin verilmemeli" özdeyişi ile kur-banları ve saldırganları aynı kefeye koymaktadır. İki yaralı arkadaş hastanede polis neza-retinde bulunmaktalar ve sınır dışı edilmelerini hesaba katma-ları gerekiyor.

Bu saldırıya karşı Baden-Württemberg'te afiş yapıştırıl-dı ve bildiri dağıtıldı.

Karlsruhe'den T.L

Agfa'nın kapatılmasına karşı işçilerin kinleri giderek kabarıyor

MÜNİH. — Geçen hafta perşembe günü Agfa-Ge-vaert Denetleme Kurulu Münih fotograf makinası tesislerinin kapatılması kararını yeniden tasdikledi. Bunun üzerine cuma günü sabahleyin yapılan ola-ganüstü işyeri toplantısında acı sahneler yaşandı.

Bir çok işçi işyerinin kapatıl-masını öngören karar haberini kendilerine yediremeyerek kan aksamasına uğradı ve kalp krizi geçirdiler. Bunun için de toplantı yerine doktor getirildi.

Işçi temsilcisi başkanı Karl Müller, işletmenin kapatılması-nı önlemek için yapılan tüm alternativ önerilerin işveren tarafının reddettiğini açıkladı-ğında, buna karşı işçilerde büyük bir kin ve nefret gelişti.

Denetle Kurulu, tekel yöne-tim kurulunun işletmeyi kapat-ma planını ikinci bir kez onay-ladı. Daha önce alınan kapatma kararı, yönetmeliklere uygun olarak alınmamıştı. Bu kez de denetleme kurulu başkanının oyunun çift sayılması belirleyi-ciydi. Denetle kurulundaki "işçi temsilcileri" kapatma kararına karşı oy kullandılar.

Saat 14.30'da işin sona er-mesinin ardından kinleri kaba-ran ve hararetli tartışma sür-düren işçi grupları protesto-larını dile getirmek ve mücadele önlemleri üzerine görüşmek için Agfa yüksek binasının önünde toplandılar. Bu toplantıda konuşan İG Metall Başkanı Alois Laus, *"Denetleme kuru-lunun bu kararını İG Metall derin bir yanılgı ve tepki ile öğrenmiş bulunuyor. Ama bu kararı hiç bir şekilde destek-leyemeyiz."*

Ancak bu açıklama boş bir söz olarak kalmamalıdır. Bayer tekeli kapitalistlerinin insanlık dışı kararını "desteklememek" demek, ancak işletmenin kapa-tılmasını önlemek uğruna müca-deleyi örgütleme anlamına gelir. İşyerinin kurtarılması için işçi ve memurların elinde birleşik mü-cadelelerinden başka seçenek-leri yoktur!

KISA... KISA... KISA...

Thyssen'de 6000 işyeri yok edilmek isteniyor!

ederal Almanya'nın en büyük lik tekeli olan Duisburg'taki hyssen patronları binlerce yerini yok etmeyi planladık-rını açıkladılar. Yalnızca gele-k yılın eylül ayına kadar hyssen patronları 3000 yerli ve bancı işçinin çıkışını vermek istiyorlar. Duisburg İG Metall Yerel Örgütü çıkışların bununla sınırlı kalmayacağını ve 1984 yılında gene yaklaşık olarak 3000 işçinin çıkışının verilece-ğini varsayıyor. Böylece kısa süre zarfında 6000 işyeri yok edilmek isteniyor.

Yılmaz Güney'in "Yol" filmi sinemalarda

Cannes Film Festivali'nde Şili faşist darbesini konu edinen Costa Gavras'ın "Missing", (Kayıp) adlı filmiyle Altın Palmiye ödülünü paylaşan Yılmaz Güney'in "Yol" filmi aralık ayından itibaren Federal Almanya'nın çeşitli şehirlerinde ve Batı Berlin'-de sinemalarda gösterilecektir. Film, öğrebildiğimiz kadarıyla şimdilik şu sinemalarda gösterilecektir:

BERLİN
3 Aralık'tan itibaren
OFF sinemasında, Hermannstr. 20, 1000 Berlin 44,
SYLVIA sinemasında, Hauptstr. 11, Berlin-Schöneberg

FRANKFURT
3 Aralık'tan itibaren
HARMONIE sinemasında, Dreieichstr. 54
Her gün saat18-20.15

HANNOVER
3-9 Aralık arasında
APOLLO sinemasında, Limmerstr. 50
Hergün, saat 18-20.30, bir hafta sonrada Raschplatz sinemasın-da

KÖLN
4 Aralık'tan itibaren
LUPE sinemasında, Zülpischerstr. 24,
Hergün saat 17.45-20.00

DÜSSELDORFF
10 Aralık'tan itibaren, BAMBI sinemasında, Klosterstr. 78,
Hergün saat 20.00'de